

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 24. Januar 1905.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

**Abonnements-Bedingungen:**  
namentl. Preis 3.00 Mk., monatl. 1.10 Mk.,  
jährlich 12.00 Mk., frei ins Haus.  
Einzeln Nummer 5 Pfg. Sonntags-  
nummer mit illustrierter Sonntags-  
beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-  
abonnement: 1.10 Mark pro Monat.  
Eingetragen in die Post-Zeitungs-  
preisliste. Unter Kreuzband für  
Deutschland und Oesterreich-Ungarn  
2 Mark, für das übrige Ausland  
3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
beträgt für die sechsgepalte Koloniel-  
zeile über deren Raum 40 Pfg. für  
politische und gesellschaftliche Vereins-  
und Versammlungs-Anzeigen 25 Pfg.,  
„Kleine Anzeigen“, das erste (fest-  
gedruckte) Wort 10 Pfg., jedes weitere  
Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben  
zählen für zwei Worte. Inserate für  
die nächste Nummer müssen bis 6 Uhr  
nachmittags in der Expedition abgegeben  
werden. Die Expedition ist an Wochen-  
tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
Feiertagen bis 6 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“.

### Die Schlacht des Jaren!

Niemals wird die Weltgeschichte den Blutsack abwischen, mit dem an diesem Sonntag in Petersburg die Ehre der Menschheit besudelt worden ist. Was Tolstoi unlängst in scharfem Worten der Anklage über die Furchtbarkeit der Gegenwart gesagt hat, in der die Verunft zur Ohnmacht verdammt werde, das ward an diesem Blutsontag zur entsetzenden Tat. Der Zarismus hat einen Sieg über sein Volk errungen. Er hat Wehrlose zu Tausenden niedermetzeln lassen. Der Schnee der gefrorenen Straßen wurde von dem Blut der Frauen und Kinder gerötet, und die Soldaten, die im fernem Osten nur Niederlagen erlitten, durften an diesem Sonntag in wästem Rausch ein Fest des Sieges feiern.

Und nicht revolutionäre sozialdemokratisch gefärbte Massen sind es, die es mit dem Tode und der Verstümmelung büßten, daß sie den Weg zur Freiheit suchten — mythische Gläubige waren es, Männer, die Christus und den Jaren tief im Herzen hatten, wurden von den Bluthunden des Zarismus zerrissen.

Ein Bild von geheimnisvoll unheimlicher Nacht, dieser Zug der Peter, die am Sonntag zum Jaren wollten, um ihm die Rot des Volkes zu flagen, das Kreuz voran und das Bild des geliebten Herrschers. Der Jarenthron und das Kreuz, das sind die beiden Gewalten, die das alte Rußland schützen zu müssen vorgibt. Wenn die Schergen des Jaren, wenn der finstere Pobjedonoszew mit fanatischem Eifer gegen die westeuropäischen Gedanken kämpft, dann ist es immer dieselbe Fehde gegen die Gottlosen und Herfürer der heiligen Ordnung, welche den Jaren und den Christenglauben aus der Seele des Volkes austilgen wollen. Dieselben Kreaturen des Jaren aber haben an diesem Sonntag den Christus und den Jaren durchlöchert, unter dessen Schutz sich die Frommen stellten. Nicht den Schutz der Religion, nicht die Erhaltung der Monarchie gilt es in Rußland, das haben die Schiffe der Kosaken gegen Kreuz und Jarenbild aller Welt nunmehr in symbolischer Tat verstanden. Eine Horde von Verbrechern will sich in einer Nacht behaupten, das ist das russische Rätsel. Mag ein Volk von 140 Millionen in Rot und Elend verkommen, mag Rußland moralisch und wirtschaftlich zusammenbrechen, was liegt daran! Die Herren, die bisher das unselige Land knechteten, wollen weiter herrschen. Als Werkzeuge ihrer Macht aber bedienen sie sich der Unseligen des Volkes, die auf Eltern und Brüder schießen, weil ihr Sklavensinn niemals zu denken gelernt hat.

Der ungeheure Frevel, der vom Zarismus gegen Wehrlose verübt worden ist, breunt so lange auf der Stirn der Menschheit als ewig aufloderndes Feuer, so lange der Zarismus, der Schuldige des Frevels, mit seiner eigenen Existenz das Verbrechen nicht gesteht hat. Jeder Tropfen schuldlosen Arbeiterblutes, das am Sonntag geflossen, ist heilig und wertvoller, als das aller Jaren und Großfürsten, die Rußland bisher auf die Menen losgelassen hat. Es wäre nur eine Widerung, aber keine Sühne des furchtbaren Frevels, wenn sich mit dem Blute der Geopferten das der Henker gemischt hätte.

Der mythische Schleier von der milden Gewalt des Friedensjaren ist nun für immer zerrissen. Auch in dem dunkelsten Hirn russischer Sklaven leuchtet der Funke der Erkenntnis auf. Die Ungläubigen, die in der Barbarei geistiger Knechtschaft verkommen sind und die eben noch mit Begeisterung für das teure Väterchen in den Krieg zogen, weil die goldenen Bestien ja den edlen Friedensjaren zu vernichten trachten — diese Millionen des russischen Kaiserreiches werden nun auch erkennen, wie sehr sie von den Herrschenden angelogen und betrogen worden sind. Das Kreuz ist zerbrochen, das sie schützen sollte, zertrümmert von denselben Gewaltigen, die es predigen. Des Jaren Bild ist durchlöchert, nicht u. u. den Umstürzern, sondern von den Trägern der herrschenden Macht! Es gibt keine Hoffnung mehr für das russische Volk, als die Zerstörung des Zarismus von der Wurzel aus, mit allen seinen Schreden.

Die Verbrecher, welche am Sonntag das Volk hinmorden ließen, janzhen umsonst, daß nach dieser blutigen Lehre dem Volke es vergehen würde, Freiheit und Recht zu erstreben. Der Petersburger Blutsontag kann nicht das Ende, sondern nur der Anfang jener Revolution sein, die die Menschheit von der Schmach des russischen Absolutismus befreit.

Noch ist es unmöglich, sich aus der Fülle der hereinströmenden, zum Teil erfundenen, zum anderen Teil bössartig tendenziösen oder — so weit die amtlichen Nachrichten in Betracht kommen — jähns verlogenen und lächerlich abgeschwächten Meldungen ein klares Bild zu entwerfen.

Klar in seiner ganzen Bestalt ist nur das Verbrechen der Schredensherren des Jaren. Die Schädelpyramide der Wehrlosen, dieses einzige wahre Siegesdenkmal des Absolutismus, ist binnen 24 Stunden in die Wolken gewachsen.

Wie aber gestaltet sich die Wehr der Mäher der geschändeten Menschlichkeit? Verworren und dunkel laufen die Meldungen durcheinander. Sicher scheint, daß die Träger der russischen Kultur, in erster Linie das mißhandelte Proletariat, eingeschlossen ist, dem Schreden sich nicht zu beugen. Zeige ist der zitternde Zar nach Peterhof entflohen; während er dinkert, läßt er sich in wollüstiger Angst den blutigen Schredenrapport von seinen Dienern erzählen: Gelobt sei Jesus Christus, noch schließen die Kosaken auf sein geliebtes Volk! Aber er denkt der Sanktariatischen und der Geschichte der Romanows, die Jaren nicht sterben, sondern ausrotten läßt, wie wilde Tiere. . . . Wie lange noch?

Geheimnisvoll schwebt die Sturmflut von Blut und Schreden die Nachricht mit heran, daß Pobjedonoszew gefährlich erkrankt sei —

Ist diese Krankheit ein Erfolg der Freiheitsbewegung? Die Marine-Depots in Sebastopol stehen in Flammen — verbrennt dort ein Teil des verwerfenden Zarismus?

Die Geschichte der Menschheit fiebert in schicksalsschwerer Entscheidung. Die gesamte Kulturwelt harret der Tat, die endlich den schweren Vana löst. Der Menschheit Würde ist in Eure Hand gegeben, die Ihr Rußland von der Fremdherrschaft der Tierheit befreit. . . .

### Der Blutsontag.

#### Der Zug der Peter.

Tausende von Toten, Tausende von Verwundeten — das ist das Ergebnis des frommen, zarentreuen Zuges der Arbeiter. Die Zahlen schwanken: 2000, 3000, 10 000 — ein Meer von Blut von wehrlosen Männern, Frauen und Kindern.

Die Ereignisse am Sonntage schildern Telegramme des „Berliner Tageblatt“:

Bald nach Mitternacht hatte eine Arbeitermenge von an tausend Mann das städtische Wasserwerk angereift gesucht, um es zu zerstören. Sie wurde von Militär durch scharfe Schüsse zurückgetrieben, an 30 Tote und Verwundete zurücklassend.

Der blutig eingeleitete Tag sollte blutig verlaufen. Schon beim Morgengrauen wurden sämtliche aus den Vorstädten nach der Stadt führenden Straßen durch einen fünfstufigen Militärkordon gesperrt, um keine Arbeitermengen ins Zentrum gelangen zu lassen.

Der Platz vor dem Winterpalais wurde vom Militär okkupiert. Im Hof des Palais war eine Artilleriebrigade postiert. Die Straßen durchzogen starke Reiterdetachements. Kosaken mit blanker Klinge wurden an den meisten Straßenecken aufgestellt.

Gegen 10 Uhr morgens waren der Warschauer Bahnhof und der Baltische Bahnhof von einem Militärkordon umgeben, um das Eindringen von Arbeitern zu verhindern.

Gegen 11 Uhr 15 Minuten marschierte die gewaltige Arbeitermenge an. Den Demonstrierenden voran zog der Priester Gapon, der in einer Hand das Kreuz, in der anderen eine Kasse mit der Witschrisch für den Jaren und den Forderungen der freilebenden Arbeiter trug. Ihm folgten 15 000 bis 18 000 Mann, die eine Hymne sangen.

Etwa 80 Schritte vor dem Militärkordon hörte dem Hausen der Befehl zurückzugehen, entgegen, da sonst geschossen werden würde. Ein Moment des Jögerns kam in die Menschenmasse. Dann trat Gapon vor, um mit dem Offizier zu unterhandeln, wobei er versuchte, ihm die Witschrisch zu überreichen. Alles wurde aber zurückgewiesen. Nun kehrte Gapon um und stellte sich an die Spitze seiner Schar, die jetzt vormarschierte. Ein Kommandoschrei ertönte, die Hähne knackten, dann fiel um 11 Uhr 40 Minuten die erste Salve blinder Schiffe. Die Arbeiter marschierten weiter vor. Ein neuer Kommandoschrei, ein Anrufen, und drei scharfe Salven wurden in den dichten Haufen hineingeschossen. Ein furchtbarer Schrei des Entsetzens ertönte. Schmerzensrufe, Stöhnen der Verwundeten, welche eine wilde Flucht der Arbeiter hervorriefen, war das Resultat dieses Gewaltaktes. Als einer der ersten war der Priester Gapon verwundet umgefallen, den Schnee mit seinem Blute färbend. Um ihn lagen Tote und Verwundete zu vielen Hunderten. Furchtbar war die Wirkung des Feuers auf so nahe Distanz gewesen. Wohl fielen vereinzelt Revolvergeschosse aus den Händen der fliehenden Arbeiter, die von wilder Panik ergriffen, dahinjagten und die ihre Wut an vereinzelt Posteiwposten ausließen, indem sie mehrere von ihnen töteten. Hier war die Tragödie zu Ende. An 300 Tote und ebenso viel Verwundete bedeckten die Straße. Nach zwei Stunden konnte ich unbehelligt bis zu den Punition-Becken gelangen, wo ein großer Anschlag am Tor verhandelt, daß alle Arbeiter den rickständigen Lohn erhalten können. Überall standen kleinere Gruppen von Arbeitern und weinenden Frauen zusammen, die heftig gesululierten. Ich befragte einige und erhielt zur Antwort, sie begriffen nicht, warum Militär auf sie schiesse, wo sie doch nur dem Jaren ihre Witschrisch übergeben wollten.

Sehr blutig verlief ein zweiter Zusammenstoß an der Moskauer Straße, auf welche 20 000 Arbeiter aus Kopsino anrückten. Hier sollen an Tausend tot und etwa 300 verwundet worden sein.

In gleicher Weise wurden die Arbeiter auf anderen Straßen empfangen.

Auf dem Platz vor dem Winterpalais war bis 6 Uhr abends alles ruhig, denn jede kleine Ansammlung wurde sofort gesprengt und überritten. Einige zehntausend Arbeiter waren immerhin in der Stadt. Sie promenierten ruhig durch die Straßen; doch wo sich ein Aufmarsch zeigte, da sprengten gleich Kosaken mit blanker Waffe heran, eine Schneewolke hinter sich lassend. Man hörte Angstschreie und Hülferufe, hörte Schiffe fallen, dann war alles ruhig. Der Versuch, zu revolutionieren, schien völlig gescheitert. Die Zahl der Toten anzugeben, ist schwer, doch dürfte sie gegen 2000 betragen. Die Zahl der Verwundeten festzustellen, ist unmöglich. Verhaftungen wurden nicht vorgenommen.

Am späten Nachmittag fanden in einzelnen Hauptstraßen wie den Newski, der Rosolaja und der Gorochnaja regelrechte Straßenkämpfe statt. Auf Umwegen gelangten Arbeiterströme in das Zentrum der Stadt und versuchten sich vergeblich zu einem festen Akkord zusammenzuschließen und gegen das Militär geschlossen vorzugehen. Bei der Admiralität gab das Militär im Laufe des Tages zehn scharfe Salven ab, die viele Opfer forderten. Stellenweise antworteten die Arbeiter durch Werfen von Handgranaten und Bomben und durch das Abfangen vereinzelt fahrender Militärpersonen, die halbtot geprügelt wurden.

Sonntagabend machte die Stadt den Eindruck eines großen Heerlagers. Auf den Plätzen und in den Straßen brennen Wachtfeuer und lagern Truppen; man hört Kollegewieher und Gestamp. Die Hospitäler sind überfüllt. Die Zahl der Verwundeten soll an 4000 betragen.

Den Oberbefehl über die Truppen führte Großfürst Wladimir, in dessen Palais sich seit dem frühen Morgen sein Stab befand. Die erteilte Parole war, keinen zu schonen und jede Zusammenrottung zusammenzuschleichen. Viele Parole wurde streng befolgt, ein einschneidendes blutiges Werk wurde verrichtet; leider haben viele Unschuldige leiden müssen, die für ihre Reugler schwer bestraft worden sind. Die Polizei und die Gendarmerie waren so gut wie außer Funktion gesetzt. Es herrschte Militärgewalt.

### Schiffe aufs Kreuz.

Aus Telegrammen des „Tag“:

Es ist furchtbar; das Blut erstarrt einem in den Adern bei diesem Anblick in Friedenszeiten. Die Arbeiter selbst sind vollständig unbewaffnet. Sie hatten die friedlichsten Absichten und wollten nur ihre Petition einreichen. . . . Sobald der Platz vor dem Winterpalais gesäubert war, zog die nach vielen Tausenden zählende Menge den Newski-Prospekt entlang. Hier wiederholten sich die Schredensjahren. An der Polizeibrücke wurde abermals scharf geschossen. Neue Opfer fielen, auch Frauen. . . . Es war ein echtes Revolutionsbild, das sich jenseits der Rewa in den Stadtteilen Waffli-Ostrow an der Petersburger Seite fortsetzte. Hier wurde ebenfalls scharf geschossen, und der Schnee färbte sich rot von dem Blut zahlreicher Opfer, desgleichen am Karwa-Tor wie am Rewski-Tor, wo große Fabriken liegen. Hier wurde sogar ein Priester schwer verwundet, der mit einem Heiligenbild und dem Bildnis des Jaren in den Händen dem Zuge voranging.

### Frauen und Kinder.

Augenzeugen der Sonntags-Meuteleien berichten in Wiener Blättern:

Am furchtbarsten wütete das Militär beim Alexandergarten, wo zuletzt die Infanterie zwei Salven abgab. Die Toten, welche in Droschken und Fuhrmannswagen abgeführt wurden, sind entsetzlich zugerichtet von Säbelhieben und Pferdehufen. Wenn Schlitten mit Toten und Verwundeten, worunter Frauen und Kinder, durch die Menge fuhren, wurden alle Häupter entblöht.

### „Seid gnädig!“

Aus offiziellen Telegrammen:

Ein Arbeiter richtete von einem Fenster eine Ansprache an die Kameraden, in welcher er auf die Gewalttätigkeit der Truppen und auf die Haltung des Kaisers gegen das Volk hinwies. Die Menge nahm die Rede sympathisch auf. Ein Arbeiter schrie: Nieder mit der Selbstherrschast! Als auf der Schlüsselburger Chaussee der erste blinde Schuß fiel, begann die Menge, energisch vorzudringen. Die Kosaken hielten anfangs mit den Ragallen und der flachen Klinge ein, was mehrere Verwundungen zur Folge hatte. Hierauf sanken die vorn stehenden Arbeiter auf die Knie und flehten die Kosaken an, sie zum Kaiser zu lassen. Sie riefen: „Wir gehen nicht gegen den Kaiser, wir wollen ihm selbst die volle Wahrheit sagen. Seid gnädig, laßt uns zum Kaiser!“ Ihre Flehen blieb jedoch ohne Wirkung. Als dann drängte die Menge aufs neue vor, worauf noch drei Salven abgegeben wurden.

### Barrikaden.

Aus offiziellen Telegrammen: Die Menge beschloß, bewaffneten Widerstand zu leisten und stellte in der vierten Linie im Waffli-Ostrow-Stadtteil Drahthindernisse her. Ein Teil der Aufschärer zog fort, um sich zu bewaffnen. Vorübergehenden Offizieren werden die Degen weggenommen. Vor der Menge, welche von den Putilow-werken her kam, schritt mit dem Kreuze in der Hand der Priester Gapon, neben ihm ein Bauer mit dem durchschossenen Wille des Kaisers. Gapon selbst ist verwundet.

Im Waffli-Ostrow-Stadtteil zersöhren die Aufschärer die Telegraphenleitungen und bauen Barrikaden. Sie bewaffnen sich mit Säbeln und Werkzeugen.

Höchst erbittert ist die Menge im Zentrum der Stadt gegen die Offiziere. Man reißt ihnen die Epauletts ab, schlägt sie und ruft: „Mörder!“

### Beim Anbruch der Nacht.

Die Telegramme der bürgerlichen Blätter sind sich einig über die ungeheure Brutalität der wahnwüthig gewordenen Soldateska, erzählen aber, um den Eindruck des furchterlichen abzuschwächen, daß die zur Wut entflammten Massen sich zur Wehr setzten. Nachdem die Menge am Sonntag sich verlaufen, ritten immer noch Militär-Detachements mit blankgezogenen Waffen über die Plätze und sprangen oft in großem Uebereifer direkt auf das Trottoir, um ruhig dastehende Gruppen mit dem Säbel zu bedrohen. Von der Salve, die bei der Polizeibrücke abgegeben wurde, drangen in das Palais Strononow verschiedene Kugeln. Das Volk raste förmlich, berichtet der „Lokal-Anzeiger“, beim Anblick des Militärs. Viele haben ihre Männer, ihre Brüder verloren. Das Geschrei der Weiber erfüllte die Luft jenseits der Rewa. Im Waffli-Ostrow-Stadtteil wurden regelrechte Barrikaden aus Wagen und Schlitten aufgebaut. Zu Fuß gehende höhere Militärs wurden unaufhörlich insultiert.

### „Einige Verwundungen“

sind vorgekommen — in diesem Stil arbeiten die Wolffschen Depeschen über die Petersburger Meuteleien.

### Die Darstellung des Jenseits.

Petersburg, 23. Januar. Amtlich wird gemeldet: Im Anfang des Jahres 1904 wurden auf Ersuchen einiger Fabrikarbeiter Petersburger die Statuten der Petersburger Gesellschaft der Fabrikarbeiter befragt. Die Gesellschaft bezweckte, zur Befriedigung der geistigen und religiösen Interessen beizutragen und die Arbeiter von verbrecherischer Propaganda fernzuhalten.

Zum Vorsitzenden wählten die Arbeiter den Geistlichen des Deportationsgefängnisses Georgij Gapon. Nach und nach begann die Gesellschaft, die Beziehungen der Arbeiter zu den Arbeitgebern zu beraten und im Dezember 1904 veranlaßte sie die Arbeiter zur Einmischung in die Frage der Entlassung von 4 Arbeitern der Putilowwerke, von denen einige, wie erwiesen ist, nicht einmal entlassen sind, sondern freiwillig die Arbeit ausgegeben haben. Trotzdem stellten die Arbeiter am 15. Januar die Arbeit ein, aufgereizt durch Gapon und Mitglieder der Gesellschaft. Dabei forderten sie Abänderung der Arbeitsordnung und Entlassung von Arbeitern. Die



Verhigungsversuche der Fabrikinspektion waren fruchtlos. Alle Arbeiter mehrerer großer Fabriken traten dem Ausstände bei, der sich schnell ausbreitete und fast auf alle Fabriken übergriff. Gleichzeitig wuchsen die Forderungen der Arbeiter. Die schriftlich, meist von Gapon formulierten Forderungen wurden unter die Arbeiter verteilt.

Die Arbeitgeber hielten eine Beratung ab und kamen zu dem Ergebnis, daß die Befriedigung einiger Ansprüche ein vollständiges Einlen der Industrie zur Folge haben müsse, andere Forderungen müßten gerührt und teilweise auch erfüllt werden. Dabei wurde die Bereitwilligkeit ausgesprochen, mit den Arbeitern zu verhandeln, was aber bei der Organisation der Ausständigen unmöglich war. Verhandlungen waren nur mit Arbeitern einzelner Fabriken möglich. Damit waren die Arbeiter aber nicht einverstanden. Da der Ausstand ohne Störung der Ruhe verlief, wurden keinerlei Repressivmaßnahmen ergriffen und keine Verhaftungen vorgenommen.

Doch der Agitation der Arbeitergesellschaft schloß sich bald die Agitation revolutionärer Kreise an. Am 21. d. M. trat die Gesellschaft, geführt von Gapon, offen mit ihren revolutionären Bestrebungen hervor. In diesem Tage sahte Gapon eine Petition der Arbeiter an den Kaiser ab, welche außer den Forderungen für die Arbeiter freche Forderungen politischen Charakters enthält. Unter den Arbeitern war die schriftliche Aufforderung von der Notwendigkeit verbreitet, sich am 22. auf dem Palaisplatz zu versammeln, um durch Gapon dem Kaiser das Bittgesuch zu unterbreiten. Den Arbeitern wurden die Forderungen politischen Charakters und der Zweck der Versammlung auf dem Palaisplatz verdeutlicht.

Die fanatischen Reden, die Gapon, seine geistliche Würde vergebend, an die Arbeiter richtete, sowie die verbrecherische Agitation erregten die Arbeiter vermaßen, daß sie am 22. in großen Massen nach dem Zentrum der Residenz zogen.

An einigen Punkten kam es zwischen ihnen und den Truppen infolge der Weigerung, den politischen Anordnungen Folge zu leisten oder infolge direkter Angriffe auf das Militär zu blutigen Zusammenstößen. Das Militär mußte feuern. Dies geschah auf der Schlüsselburger Chaussee, bei dem Karawaschen Triumphtor, auf dem Kreuzplatz und in der vierten Linie im Wassili-Dirowski-Teil, im Alexandergarten, auf der Erde der Kewsky und der Straße Gogols, bei der Polizeibrücke und bei der Kasan-Kathedrale. Auf der vierten Linie errichtete die Menge aus Draht und Brettern drei Barrikaden und hißte auf einer derselben eine rote Fahne. Aus den Fenstern der benachbarten Häuser wurde das Militär mit Steinen beworfen und beschossen. Die Menge nahm den Schutzeuten den Säbel fort und bewaffnete sich damit, plünderte die Waffenfabrik von Schaff und nahm gegen hundert Klingen fort, die ihr aber zum größten Teil wieder von der Polizei abgenommen wurden.

Die Menge zerhörte die Telefonleitung und stürzte die Telegraphenmasten um. Auf das Amtsgelände des zweiten Stadtteils wurde ein Angriff gemacht, ein Lokal wurde zerstört; auf der Petersburger Seite wurden abends fünf Juden geplündert.

Das Ultimatum an den Zaren.

Das Schreiben des Priesters Gapon an den Zaren lautet: Herrscher, glaube nicht, daß die Minister die volle Wahrheit über die Lage gesagt haben. Das ganze Volk vertraut Dir und beschloß, morgen nachmittags 2 Uhr vor dem Winterpalais zu erscheinen, um Dir seine Not darzulegen. Wenn Du, wannemüßig, nicht vor dem Volke erscheinst, dann zerreißt Du das moralische Band zwischen Dir und dem Volke. Das Vertrauen zu Dir wird schwinden, das unschuldige Blut zwischen Dir und dem Volke fließen wird. Erscheine morgen vor Deinem Volke, empfangt unsere Ergebnisseadresse mutigen Geistes! Ich, der Vertreter der Arbeiter, und meine tapferen Arbeitsgenossen garantieren die Unverletzlichkeit Deiner Person. Damit der Zar dieses Schreiben nicht erfährt, schossen die Kosaken.

Der Priester Gapon.

Eine amtliche Meldung behauptet, daß der Priester Gapon nicht verwundet worden sei. Der verkehrsmäßige Charakter der nachfolgenden Darstellung über die Tätigkeit des frommen Märtyrers geht aus dem folgenden unzweideutig hervor:

Die Zahl der Teilnehmer wurde auf 15 000 Mann geschätzt, darunter zwei Geistliche; einer im Ornat mit dem Kreuz in der Hand; im Zuge wurden außer Heiligenbildern und Kirchenfahnen das Bildnis des Kaisers getragen. Georgi Gapon schritt in Begleitung seiner Leibwächter und trug das einfache Kleid der Geistlichen; das Ornat sollte er erst bei der Erreichung des Reichsratsgebäudes anlegen, von wo er ungehindert über die Morlasja nach dem Platz vor dem Kaiserpalais zu gelangen rechnete. Die Menge zog unter Abingung des Chorals „Gott rette deine Leute, schenk Sieg unserm rechtschätigen Herrn“ dahin. Als das Kommando zum Feuern erschallte, erfolgte eine Salve gegen den Zug; die Heiligenbilder und das Bildnis des Kaisers wurden von Angeln durchlöchert; der an der Spitze gehende Geistliche wurde verwundet; Gapon, der sich gleich anderen zu Boden geworfen hatte, kroch in ein benachbartes Haus und zog sich bürgerliches Gewand an. Einer seiner Umgebung vermochte zu entkommen.

Dagegen berichtet das „Bureau Laffan“: Gapon hat für seine Ideale sein Leben gelassen oder liegt wenigstens durch die Brust geschossen im Hospital. Gapon galt den Sozialisten eine Zeitlang als verdächtig, weil er mit Subatow, der die sogenannten „lokalen“ Arbeiterorganisationen gründen wollte und mit Plehwe in Verbindung stand und anscheinend mit ihnen zusammen arbeitete. Er tat dies aber, wie er am Freitag in einer Unterredung mit dem Petersburger Korrespondenten des „Daily Telegraph“ erklärte, nur, weil es ihm anders überhaupt nicht möglich war, an die Arbeiter heranzutreten, ohne daß man ihn von oben herab sofort stumm gemacht hätte. Aber sofort nach Plehwe's Tode warf er die Maske ab und strebte offen seinem Ziele zu. Ueber seine Tätigkeit während dieser Zeit erzählte er: „Ich versuchte zuerst, eine Kolonie für die Arbeitslosen einzurichten, und schrieb über diesen Gegenstand eine Denkschrift, die ich der Kaiserin überreichte. Sie sprach mir ihre warme Anerkennung meiner Ideen aus. Aber die Sache machte keine Fortschritte, und ich erhielt keine Erlaubnis. Dann kam Subatow. Ich wünschte, daß er und seine Agenten die Arbeiter lediglich organisieren wollten, um sie zu täuschen und ihre Führer zu ermorden, damit diese dann eingeleckt oder in die Verbannung geschickt werden könnten. Trotzdem beschloß ich, seinem Vorbilde zu folgen und unterbreitete vor acht Monaten Herrn v. Plehwe einen Plan für die Gründung von Arbeiterorganisationen. Ich erhielt die Ermächtigung dazu und brachte absichtlich von einander verschiedene Arbeitergruppen in eine Organisation zusammen, um den politischen Interessen das Uebergewicht über die wirtschaftlichen zu verschaffen. Ich bildete die Führer, Sekretäre und Redner aus, hatte aber keine finanziellen Hülfsmittel. Jetzt habe ich elf Zentralorganisationen, die Tag und Nacht arbeiten.“

Ueber seine Politik und seine Ziele äußerte sich Gapon folgendermaßen: „Nur politische Angelegenheiten können den Weg für wirtschaftliche Reformen ebnen. Bevor der Streik begann, suchte ich den Polizeipräsidenten auf und teilte ihm mit, daß wir die Arbeit einzustellen beabsichtigten, falls unser Los nicht durch Erfüllung unserer ihm schriftlich überreichten Forderungen verbessert werde. Er fragte mich, mit welchem Recht ich für die Arbeiter spreche. Ich antwortete, weil ich ihr Vertrauen genieße, und daß sie meinem Rate folgen würden. Er nahm die Forderungen entgegen und sagte, er würde mit den zuständigen Persönlichkeiten sprechen. Am nächsten Tage benachrichtigte er mich, daß die Forderungen nicht bewilligt werden würden, und dann erst begann der Streik. Ich weise darauf hin, daß ich der Regierung eine billige Gelegenheit gegeben habe, etwas für uns zu tun, ohne daß wir unsere Forderungen zum Streik nahmen. Die Hindernisse waren

politischer Art, und deshalb haben wirtschaftliche Verbesserungen politische Reformen zur Voraussetzung. Daher haben wir unser Programm geändert. Aber wir brauchen die moralische Unterstützung der gebildeten Klassen. Am Sonntag versammelten wir uns um 2 Uhr auf dem Platz vor dem Winterpalais. Wir haben den Fürsten Wlodi mitgeteilt, daß wir den Zaren zu sehen und ihm ein Gesuch um eine Verfassung zu überreichen wünschen. Wir werden ohne rote Fahne, ohne revolutionäre Reden oder Rufe kommen, einfach als treue Bürger, um den Zaren zu sprechen, der von der Bureaucratie getäuscht worden ist und unsere Bedürfnisse nicht kennt, aber sie, wie wir hoffen, von uns erfahren wird. Wir hoffen, daß wir das Gesuch dem Kaiser überreichen und Worte der Hoffnung von seinen Lippen hören werden. Wenn er ablehnt, wird es eine furchtbare Erhebung geben. Es ist möglich, daß ein Präfeld oder ein Minister kommen wird, um anstatt des Kaisers das Gesuch entgegenzunehmen, aber darauf werden wir nicht eingehen. Wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt werden, werden wir der Welt bewiesen haben, daß friedliche Mittel vergeblich sind, und wir werden den Versuch nicht wiederholen, sondern mit anderen Mitteln unser Möglichstes tun. Ich rechne darauf, daß 500 000 Einwohner von Petersburg, darunter 130 000 Arbeiter, sich in der Nachbarschaft des Palastes versammeln werden. Wenn die Polizei oder die Kosaken und den Weg zum Palast sperren und uns auseinanderreiben, wie es in Moskau mit der Volksmenge geschah, können sie Gewalt anwenden und Blut vergießen. Ich werde in der ersten Linie stehen, wie es dem Führer ziemt, der für den schicksalsschweren Schritt seiner ihm vertrauenden Gefährten verantwortlich ist, und wenn die Regierung uns niederstrecken läßt, werde ich als der erste fallen. Vielleicht werde ich am Sonntag mein Leben lassen, aber ich bin überzeugt, daß das vergossene Blut uns die Freiheit bringen und mehr erreichen wird, als die erfolgreichste Agitation. Wenn der Zar weise ist, wird er am Sonntag nach Petersburg kommen, um uns zu empfangen.“

Die Stimmung in Petersburg.

Mit frechem Hohn verbreitet die russische Regierung den folgenden „Streckenbericht“: „Die Zahl der Getöteten bis gestern abend 8 Uhr beträgt 76, die der Verwundeten 233. Unter den ersteren befindet sich ein Medieraufseher, unter den letzteren der Gehülfe eines Stadtteil-Aufsehers, ein Schutzmann und ein Gendarm. Nach dem „Bureau Laffan“ erklärten die Regierungsbehörden: „Wir haben ihnen eine Lehre gegeben. Jetzt werden wir eine Zeitlang Ruhe haben.“

Die Frage war am Montagmorgen: Werden die Truppen ihrem militärischen Eide treu bleiben? Die Antwort ist, daß Montag abend 2000 Menschen in bürgerlicher Kleidung tot in den Straßen von Petersburg und 5000 verwundet in den Hospitälern liegen. Eine große Anzahl weiterer Verwundeter befindet sich außerdem in Privathäusern in Verstecken. Die Regierung hat den Verkauf von Petroleum verboten, da die Arbeiter größere Mengen Petroleum zusammenzubringen versuchten, um die Paläste in Brand zu stecken. (?)

Dem „Tag“ wird aus Petersburg telegraphiert: Der Generalstreik der Arbeiter wächst sich immer mehr und deutlicher zur ersten revolutionären Bewegung aus, die jetzt alle Rücksichten fallen läßt. Natürlich wird in erster Linie die Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse angestrebt, deren Los in Anbetracht beklagenswert ist. Bei Gelegenheit hatte die Reden der Arbeiterverbände in ihren verschiedenen Sektionen — es gibt deren hier elf — anzuhören, staunt über den Feinmut und die Unverblämtheit, mit der die bestehende Staatsverwaltung verdammt wird. Sollte man unsere Bitte unberücksichtigt lassen, so sprach einer der Arbeiter in einer Versammlung, „so wollen wir es ruhig bis zum Neujahrstagen kommen lassen; möge man uns insgesamt als Kanonenkugeln niederstrecken, ich stelle mich als erster zur Verfügung; dann kann die Regierung in Zukunft vielleicht ohne uns auskommen, da sie dann nur Kapitalisten als Leutnanten haben wird.“ Die Streikenden und die mit ihnen sympathisierende Menge, darunter ein großer Teil der gebildeten Bevölkerung, sind unzweifelhaft fest entschlossen, nicht eher zu rasten, als bis das gewünschte Ziel erreicht, die langersehnte Verfassung erzwungen ist.

Kundgebungen der Intellektuellen.

Sonabendabend hielten in Petersburg eine große Anzahl Schriftsteller eine Beratung ab über die Maßnahmen, welche zur Vorbeugung eines Blutvergießens ergriffen werden könnten. Es wurde beschlossen, eine Abordnung zum Minister des Innern zu senden, um ihn zu veranlassen, den Kaiser geneigt zu machen, daß er die Petition der Arbeiter entgegennehme. Unter den Abgeordneten befand sich auch Maxim Gorki. In der Amtswohnung des Ministers des Innern wurde der Abordnung gesagt, daß der Minister nicht zu Hause sei; die Abordnung wurde sodann an den Gehülfen des Ministers Rudzjewski gewiesen. Dieser erklärte, er könne in der Sache nichts tun und würde die Bitte der Schriftsteller dem Minister übermitteln. Hierauf wandte sich die Abordnung an den Staatssekretär Witte, welcher antwortete, er könne nicht an den Kaiser die Bitte richten, daß er unverzüglich irgendwelche Entscheidung treffe. Weiter bemerkte Witte, er persönlich könne sich nicht in die Anordnungen des Ministers des Innern einmengen, werde ihn aber über die Abordnung in Kenntnis setzen und ihn bitten, sie zu empfangen. Hierauf sprach er mit dem Minister des Innern durch Fernsprecher, welcher erwiderte, er werde die Abordnung nicht empfangen.

Sonabend fand eine stark besuchte Versammlung von Leuten, die den gebildeten Ständen angehörten, statt. In derselben wurde beschlossen, Komitees zu bilden für Sammlung von Spenden für die Familien der geschädigten Arbeiter. Die Verteilung der Spenden ist dem Hilfsverein für politische Verbannte und Gefangene übertragen.

In einer in der letzten Nacht stattgehabten Versammlung von Redakteuren Petersburger Zeitungen wurde beschlossen, an die Zensur der Hauptverwaltung folgende Anzeige zu richten: Die Redaktionen der Petersburger Zeitungen bringen zur Kenntnis, daß die Existenz der periodischen Presse nur unter der Bedingung möglich ist, wenn sie alle Ergebnisse des gesellschaftlichen Lebens mitteilen kann; infolgedessen halten es die Organe für unmöglich, sich nach den Zensurverboten auf diesem Gebiete zu richten. Die Zensur beschloß ferner, den Segern vorzuschlagen, Deputationen zu Verhandlungen mit den Arbeitern zu wählen, um die Wiederaufnahme der typographischen Arbeiten in die Wege zu leiten.

Wirkung auf die Börse.

Die Nachricht von den russischen Megeleien in Petersburg hatte heute an allen größeren Börsenplätzen, an denen in stärkerer Maße russische Renten- und Eisenbahnpapiere gehandelt werden, einen nicht unbedeutlichen Kursrückgang zur Folge. Allerdings so beträchtlich, wie man nach der blutigen Schlächterei in Petersburg und ihrer unabweislichen Rückwirkung auf die ohnehin höchst prekäre wirtschaftliche Lage des Zarenreichs erwarten sollte, waren die Kursrückgänge nicht. Ueberall hatten sich die Vertreter der vornehmlich an den früheren und letzten russischen Anleihen beteiligten Banken eingefunden und wählten durch sogenannte Interventionskäufe die Kurse der angebotenen russischen Papiere möglichst zu halten. Hier in Berlin hatte die bekannte Spezialfirma für russische Anleihen, das Haus Mendelssohn u. Ko., das die Interventionsaktion leitete, sogar ihren ganzen Stab aufgeboten. Gleich zu Beginn der Börse setzten die meisten leitenden Bank- und Komant-Aktien, obgleich die Hoffnungen die Kurse zu stützen suchte, um mehrere Prozente niedriger ein, Bank-Aktien meist um 1/2 bis 2/3 Proz. Bergwerks- und Hütten-Aktien um 2 bis 4 Proz. Als dann um 1 Uhr Nachrichten aus dem Ruhrrevier einkamen, daß die dortige Situation sich insofern günstiger ge-

staltet habe, als der bergbauliche Verein seine still lehrende Haltung gegenüber den Arbeiterforderungen gegeben habe, trat zwar eine Erholung der Kurse ein, auf die telegraphischen Meldungen aus Paris, daß das Publikum seine russischen Papiere in Masse abzustößen erfolgte aber alsbald aufs neue ein Abfall, speziell in Bankaktien, so daß diese sich im Vergleich zum Sonnabendkurs meist um bis vier Prozent niedriger stellten.

Noch bewegter gestaltete sich der Rentenmarkt, an dem bald nach Börsenbeginn ein ziemlich umfangreiches Angebot in russischen Renten hervortrat, doch nahm die Russenliquie alles auf, so daß zunächst die Kursrückgänge nur bis zu 1 Prozent betrugen. Als dann auf die Pariser Meldungen über den dort erfolgten Abfall russischer Anleihepapiere und Eisenbahnprioritäten die Arbitrage große Abgaben vornahm, vermochte aber die Interventionsgruppe trotz aller Stützungsbestrebungen nicht standzuhalten. Die Kurse der russischen Anleihen gingen meist um 1 bis 2 Proz., die Eisenbahnprioritäten um 1 bis 1 1/2 Proz. zurück; einzelne Werte, wie die nachstehenden offiziellen Notierungen zeigen, sogar bis zu 2,60 Proz.

Table with 3 columns: Bond Name, 21. Januar, 23. Januar. Rows include Russian 4% consolidated bonds of 1880, Russian 4% consolidated bonds of 1880, Russian 4% bonds of 1902, etc.

Bedeutender waren die Kursrückgänge in Paris, besonders in russischen Industriepapieren. Aufschneidend rechnet man dort damit, daß die Schlächtereien in Petersburg eine weitere Ausdehnung der russischen Auslandsbewegung zur Folge haben werden. Dagegen scheint nach den Wlodi'schen Depeschen die Petersburger Börse nur schwach reagiert zu haben — infolge welcher Widerstandsaktionen, läßt sich nicht ersehen. —

Nach dem Blutsonntag.

„Bis zum letzten Blutstropfen!“

Noch vom Vormittag des Montag meldete das Bureau „Laffan“, daß der Tag verhältnismäßig ruhig zu beginnen schien. In vielen Zweigvereinen des Arbeiterklubs wurden Sonntagabend Versammlungen abgehalten, welche beschlossen, die gestellten Forderungen anspruchsvoller zu halten; ferner wurde beschloffen, Plünderungen und Schädigungen des Eigentums vorzugeben. — Das Bildnis des Kaisers wurde gefeiert im Arbeiterklub vernichtet. Montag vormittag 11 Uhr wurden auf telegraphische Weisung des Ministers des Innern alle Zweigniederlassungen des Arbeiterklubs geschlossen.

Indessen hat auch der Montag neue Megeleien gebracht, über deren Umfang noch keine näheren Nachrichten vorliegen. Auf dem Newski-Prospekt kam es zu einem Zusammenstoß, bei dem das Militär mehrere Salven abgab.

Zu Wassiljewski-Dirows wurde, wie „Laffan“ meldet, eine Barrikade, die in der Nacht errichtet worden war, durch Artillerie zerstört. Dreißig Helben, die sie verteidigt hatten, verloren dabei das Leben.

Dasselbe Bureau meldet vom Montag: Die Arbeiter der Parison-Werke beschloffen in einer Versammlung den Kampf bis zum letzten Blutstropfen fortzusetzen. Die Aufregung unter der Bevölkerung hat den Explosionspunkt erreicht. Große Arbeitermengen füllen die Straßen. Die Reichsbank ist geschlossen worden. Die Maschinen der „Nowoje Wremja“ sollen zerstört worden sein.

Ein Sieg der Revolutionäre.

Eine weitere Laffan-Meldung besagt: 12 000 ausständige Arbeiter von den Kapilow-Werken, drei deutsche Meilen von Petersburg entfernt, marschieren auf die Hauptstadt. Das Militär, das gegen sie anrückte, wurde von ihnen geschlagen.

Nach den bisherigen Erfahrungen kann nur vermutet werden, daß die Arbeiter entweder vorzüglich bewaffnet sind oder daß das Militär zu ihnen übergegangen ist.

„Am Dienste des Zaren und der Religion!“ Aus Paris wird dem „Lokal-Anzeiger“ telegraphiert: Nach Meldungen aus Petersburg erhielten General Wassiljewski, Kommandant der Petersburger Marschtruppen, General Sacharow und der Stadt-Kapitel-Poulon eine Art Diktatur für die Zeit des Aufstaus; sie gaben ein durch das Polizeijournal verbreitetes Communiqué aus, welches die ruhige Bürgerhaft dazu begünstigste, daß sie sich von den Unruhen ferngehalten habe. Das Militär habe im Dienst des Zaren und der Religion, welche durch gottverlassene Priester beleidigt worden sei, schweren Oergens seine Pflicht erfüllt.

Die Nachricht von der Errichtung der Militärdiktatur wird von der offiziellen Petersburger Telegraphenagentur folgendermaßen demontiert:

Der Unruhen wegen haben diese Behörden heute keine Sitzungen abgehalten, weshalb wohl auch in Paris Gerüchte über Militärdiktatur entstanden sind.

Dem entspricht auch folgende offiziöse Meldung aus Petersburg:

Die vierte Zivilabteilung des Bezirksgerichts stellte ihre Sitzungen ein, da zehn Rechtsanwältinnen beantragten, die für heute angelegten Verhandlungen wegen mangelnder Ruhe zu vertagen.

Wir haben keinen Kaiser mehr!

Der Priester Gapon hat folgenden Brief an die Arbeiter gerichtet: „Nach dem heutigen Tage haben wir keinen Kaiser mehr. Das Blut der Unschuldigen trennt ihn vom Volke. Infolgedessen rufe ich: Es lebe der Beginn der Volkserhebung für die Freiheit. Ich segne Euch alle und werde heute abend mit Euch sein.“

Rußland hat tatsächlich keinen Kaiser mehr! Von den Jurien verfolgt, flieht der Schuldige des Petersburger Massenmordes von Ort zu Ort. Von Petersburg nach Jarosloje-Selo! Von Jarosloje-Selo nach Peterhof. Die nächste Station soll dann Iwabia sein — wenn ihn sein Schicksal nicht unterwegs ereilt.

Aus Paris wird gemeldet: Mehrere Montag morgen bei hiesigen Volkshäusern eingetroffene Telegramme verzeichnen das Gerücht, daß die Familie des Zaren nach Peterhof gefandt worden, aber der Zar selbst in Jarosloje-Selo geblieben sei. Der Zar erkundigte sich insbesondere danach, wer eine Gruppe von Revolutionären gegen Jarosloje-Selo geführt und welche Militärabteilung ihr den Weg dorthin verlegt habe. Er erfährt nicht die Zahl der Toten und Verwundeten. Amtlich wird aus Petersburg nur gemeldet, daß die Kaiserin-Wutter sich von dort nach Jarosloje-Selo begeben hat. Ueber ihre Haltung und diejenige des Zaren berichtet dem „Lokal-Anzeiger“ weiter folgendes Privattelegramm:



Der Zar ließ sich erst nach längerem Widerstreben dazu be-  
kannnen, seine Familie nach Petershof zu begleiten. Ob er dort  
bleibt oder sich nach Livadia begibt, hängt von den Ereignissen ab.  
Die Kaiserin-Wiater wollte den gegen das Schloß sich bewegenden  
Menschen entgegenfahren, der Zar wollte sie begleiten, da kam  
aber telephonisch die Nachricht, daß die Manifestanten zerstreut  
seien. Infolgedessen unterließ sie die Fahrt.

Großfürst Wladimir, der Helfer von Petersburg, über-  
mittelt dem Zaren nur die von den Behörden veröffentlichten  
falschen Zahlen über die bei den gestrigen Vorgängen Ge-  
töteten und Verwundeten. Unter der Bevölkerung herrscht  
tiefe Erbitterung und Verachtung über die Verlogenheit des  
amtlichen Berichts.

#### Diplomatische Intervention?

Wird das Europa, das sich gefittet nennt, der Menschen-  
schlächtere des Zaren ruhig zusehen? In der Nacht vom  
Sonntag zum Montag soll ein besonderes Arbeiterkomitee  
beschlossen haben, die fremden Völkerverträge um Einmischung der  
Mächte anzugehen. Nach einer Nachricht, die der „Lokal-  
Anzeiger“ aus Paris erhielt, erklärte der General Sacharow,  
daß Konflikte mit auswärtigen Mächten zu befürchten  
wären. „Reit Journal“ bestätigt, daß Sonntag 8 1/2 Uhr  
eine hochstehende Persönlichkeit vor einer Vorkommission an-  
gesprochen worden sei, weil sie sich weigerte, den Schlitten zu  
verlassen und der Aufforderung, niederzuknien und um Ver-  
zeihung zu bitten, Folge zu leisten.

Es wäre kindisch, in dergleichen geringen Zwischenfällen  
den Grund einer diplomatischen Einmischung zu suchen. Nicht  
um angegriffene Herren oder besudelte Wappenschilder handelt  
es sich jetzt, sondern um die Ehre der Menschheit, die  
unweigerlich verlangt, daß dem Schlächter Zar ein Mächtiger  
in den Arm stele. Das offizielle Rußland kann nur mehr über  
wehrlose Arbeiter siegen, aber bewaffneten Mächten müßte es  
sich fügen, sobald sie nur den Finger an den Zahn legen.

Was wird Deutschland tun? Es ist wie Cordelia, es  
schweigt, wo es liebt!

#### Panik in Moskau.

Privatmeldungen über die Sonntagsvorgänge in Peters-  
burg riefen in Moskau eine Panik hervor. Die Filiale der  
Petersburger Agentur wurde förmlich besäumt, um Auskünfte  
über die wahre Sachlage zu geben. Die Börse war flau.  
Die Aufregung war um so größer, als die Stimmung ohnehin  
erregt ist. Für den 26. wird ein allgemeiner Anstand er-  
wartet.

Wegen befürchteter Unruhen versügte der Stadthauptmann,  
daß die Gasthäuser von 7 Uhr abends ab gesperrt und keinerlei  
Versammlungen abgehalten werden dürfen.

#### Die Marindepots von Sewastopol in Flammen.

Die Marindepots von Sewastopol stehen in Flammen.  
Montag nach dem zweiten Sabotageakt zum Sammeln der  
Arbeiter, um 7 Uhr morgens, brach in verschiedenen Werk-  
stätten der Admiraltät Feuer aus. Fast gleichzeitig stand das  
Dach des Gebäudes in seiner ganzen Ausdehnung in Flammen.  
Der Brand wuchs so rasch, daß die Arbeiter der Modell-  
abteilung kaum durch einen Sprung durch das Fenster sich  
auf das Nachbardach retten konnten. Die Ursache des Brandes  
ist nicht bekannt. Der Schaden beträgt einige hunderttausend  
Rubel. In den Werkstätten sind gegen 1500 Arbeiter be-  
schäftigt. Dank der vielen Vorkehrungen gegen eine Feuers-  
gefahr gelang es, viele Hafengebäude zu retten. Der Brand  
war um 1 Uhr nachmittags lokalisiert.

#### Pobjedonoszew — krank!

Die Petersburger Telegraphenagentur meldet: Der Ober-  
prokurator des heiligen Synods, Pobjedonoszew, ist gefährlich  
erkrankt.

#### Das Nachspiel der Wasserweiche.

Der Kommandant und der älteste Offizier der Garde-  
batterie, welche während der Wasserweiche am 19. d. Mts. die  
Salutschiffe abgab, Kapitän Dawidoff und Stabskapitän Kargess,  
sind am Sonntag verhaftet worden.

### Die Internationale der Reaktion.

Nicht alle Organe des reaktionären Preußen-Deutschlands haben  
es verstanden, das menschliche Grauen niederzulampfen, das sie  
angesichts der entsetzlichen Schlächtere des Zaren, ihres glorieichen  
Verbündeten ergriffen hat. Die offizielle Presse hat in diesem  
Augenblick, in dem sich auch dem letzten Mann keine Meinung über  
die Lippen drängt, nichts zu sagen. Der „Reichs-Anzeiger“ leitet  
die Wiedergabe der Petersburger Grenztelegraphen im Stil eines  
bedeutungslosen Polizeiberichts ein: „In St. Petersburg ist es  
gestern zu Zusammenstößen zwischen dem Militär und den Arbeitern  
gekommen.“ ... Einen vorläufigen Schritt tritt die „Norddeutsche  
Allgemeine Zeitung“ aus ihrer Reserve heraus. Sie schreibt  
nämlich:

Wie vorher zu sehen war, ist es gestern in Petersburg zu  
Zusammenstößen zwischen den demonstrierenden Arbeitermassen und  
der bewaffneten Macht gekommen, wobei eine Anzahl Arbeiter tot  
auf dem Platz blieben und zahlreiche Verwundete nach drei  
Krankenhäusern und sonstigen Verbandsstellen geschafft werden  
mussten.

Das offizielle Organ hat es also „vorhergesehen“, daß der Zar,  
dem es die Fremdschaft hält, wehrlose Untertanen, die ihm eine  
Wittschiff überreichen wollten, zu Tausenden niedermetzen lassen  
würde.

Die eigentlich konservativen Zeitungen verhehlen es sich nicht,  
daß das System, das sie vertreten, schließlich nur mehr hinter einem  
Wald von Leichen existieren kann. So schreibt die „Kreuz-Zeitung“:  
Die Revolution hat in Petersburg gestern drohend ihr Haupt  
erhoben, und wer auch heute noch das Vorgehen der Arbeiter als  
eine nur dem Frieden gewidmete Sache ansieht, der muß entweder  
sehr harmlos oder sehr interessiert sein.

Einem solchen Ansturm muß der Staat aber seine volle Autorität  
entgegensetzen oder — er ist verloren. Die Geschichte hat erwiesen,  
daß jedes Nachgeben den Zusammensturz, das Ende mit Schrecken  
so gut wie verbürgt, und es ist eine alte Erfahrung, daß unerbitt-  
liche Energie im richtigen Augenblicke bei weitem humaner ist, als  
unentschlossenes Schwanken. Die Opfer, die erstere auch fordern  
mag, sind gering jenen gegenüber, die stets eintraten und auch  
einträten müßten, wenn die Fingel der Regierung am Boden  
schleifen.

Der Standpunkt der „Kreuz-Zeitung“ entbehrt nicht einer ge-  
wissen Logik; dabei muß es freilich zweifelhaft sein, ob eine isolierte  
Kundgebung der richtige Augenblick ist, um den Massenmord los-  
zulassen. Die „Kreuz-Zeitung“ weiß, daß wer herrschen oder zur  
Herrschaft gelangen will, auch das Töten verstehen muß. Die  
russischen Revolutionäre werden das aber am Tage nach dem Peters-  
burger Blutsonntag auch wissen.

Die „Konservative Korrespondenz“ schweigt bereits in dem  
Gedanken, daß sich das System des Selbstherrschertums in Deutschland  
zu demselben Höhepunkt „amerikanischen Energie“ erheben könnte.  
Dabei ist sie voraus, daß man in Deutschland ebensogut eine  
Kreuzfahrt auf friedliche Demonstrationen veranstalten könnte wie in  
dem vorbildlichen Rußland. Sie meint:

Der Verlauf der am Sonntag in Petersburg stattgehabten  
großen Arbeiterdemonstration ist ein Schulbeispiel für die ver-  
hängnisvollen Folgen, die die Ausföhrung des von Verstein aus-

geplanderten und in weiten deutschen sozialdemokratischen Kreisen  
gelegten Gedanken einer Massen demonstration haben kann.  
Zwar hat auch Verstein zugegeben, daß es bei dieser Massen-  
demonstration „etwas Schrammen“ sehen könnte; allein  
das dürfte die Arbeiter nicht daran hindern. Auch die russischen  
Arbeiter sind von ihren revolutionären Führern und hingebend  
unterstützt durch die deutsche Sozialdemokratie in die „un-  
blutige“ Demonstration hineingetrieben worden. An die  
„Schrammen“, die sie dabei erhalten haben, werden sie lange  
denken, und sich dafür bei ihren Führern hoffentlich entsprechend  
bedanken. Die „unblutige“ Straßendemonstration sollte die  
Träger der Staatsgewalt einschüchtern und zur Probe für das  
Verhalten des Militärs dienen. War doch den Arbeitern vorgerebet  
worden, gewisse Truppenteile würden mit ihnen gemeinsame Sache  
machen! Die Revolutionäre wollten zum Blutvergießen durch ihre  
„friedliche“ Straßendemonstration ansetzen, um die Massen dadurch  
zu fanatisieren und zu revolutionären Taten anzuspornen.

Am letzten Ende scheint auch die „Konservative Korrespondenz“  
einzusehen, daß die Bluttat von Petersburg das Signal zu  
revolutionären Taten ist.

Die Behauptung, es sei am Sonntag von seiten der Arbeiter  
ein gewalttätiges Vorgehen geplant gewesen — das Hauptargument  
der Reaktionen — stammt aus einem freisinnigen Blatte. Wohl  
ohne schändliche Absicht, aber mit geradezu verbrecherischer Leicht-  
fertigkeit hatte das „Berliner Tageblatt“ am Sonntag morgen eine  
insam-jensationalistische Vorspiel-Meldung gebracht, in der es hieß:

Sollte der Zar sie (die Wittschiffe) nicht entgegennehmen, so  
würde das Winterpalais gestürmt und demoliert und die  
Stadt in Brand gesteckt werden. „Und das Militär?“ warf  
ich ein. — „Wir haben Nachrichten“, antwortete mir ein  
Mitglied, „daß vier Regimenter bereits erkrankt haben, nicht auf  
uns schießen zu wollen. Vielleicht ist die Nachricht falsch, aber wir  
sind entschlossen, unsere Sache mit Gewalt durchzuführen.“

Aus den Gerüchten, die ich nun mit sah, sprach fast... Ent-  
schlossenheit. Somit erscheint morgen ein blutiger Zusammenstoß  
unabwendbar, denn die Regierung will nicht nachgeben und ist auf  
eine Katastrophe vorbereitet.

Diese Nachricht, die vom „Streikkomitee“ stammen sollte, aber  
zweifellos erlogen ist, wurde in Berlin am Sonntag um 6 Uhr  
morgens öffentlich verbreitet und war naturgemäß kurz darauf  
in den Händen der Petersburger Polizei!

Die schamlose „Post“ ist mit der Strede zufrieden;  
wenigstens will sie sich kein Urteil darüber anmaßen, ob es mit  
etwas weniger Blutvergießen abgegangen wäre. Sie äußert sich  
folgendermaßen:

Die Schuld an diesen bedauernswerten Vorgängen tragen in  
erster Linie die Arbeiter und ihre Führer. Zwar versicherten die  
Arbeiter ihre vollkommene Unschuld, aber man darf doch  
nicht vergessen, selbst wenn man diese Versicherung ernst nimmt,  
daß die gefährlichste Seite ein übermächtiger Volkshaufe ist.

Selbstverständlich haben wir, selbst wenn wir die Unter-  
drückung solcher eigenartiger Massen demonstrationen für das Recht  
und die Pflicht einer jeden sich selbst achtenden Regierung halten,  
noch keine Veranlassung, uns mit der Art und Weise einverstanden  
zu erklären, in der die Aufrechterhaltung der Ordnung von seiten  
der Staatsgewalt durchgeführt wurde, und es scheint tatsächlich,  
daß es wohl möglich gewesen sein dürfte, die Ordnung mit etwas  
weniger Blutvergießen aufrechtzuerhalten. Doch sind das Fragen,  
die sich ohne genaue Kenntnis der Verhältnisse nicht entscheiden  
lassen. Jedenfalls muß das eine anerkannt werden, daß die  
militärischen Maßnahmen rechtzeitig getroffen waren.

Auch der pastorale „Reichsbote“ scheint zufrieden. Segen den  
Mann, der den friedlichen Demonstrationen das Kreuz vorantug,  
zeter er also:

Man hatte der Revolte den Schein einer Arbeiterdemonstration  
gegeben; aber tatsächlich war es die politische Revolution, zu der  
man die Arbeiter willig gemacht hatte, indem man ihnen vor-  
spiegelte, es handele sich um ihre Interessen; tatsächlich aber ist in  
der Petition an den Zaren von speziellen Arbeiterinteressen kaum  
die Rede; vielmehr wird gleiche Gerichtsbarkeit, persönliche Frei-  
heit, Glaubensfreiheit, Amnestie für alle politischen Verbrecher,  
Vorfreiheit, sofortige Beendigung des Krieges, Verlangen des  
Marine-Ministers im Inland verlangt. Das sind keine politische  
Forderungen — keine speziellen Arbeiterforderungen.

Dagegen können die nächsten Bestimmungsgenossen der „Post“,  
die „Berliner Neuzeit“ und „Reichs-Anzeiger“ sich eines gewissen menschlichen  
Empfindens nicht erwehren. Denn sie schreiben:

Das allgemeine menschliche Empfinden wird zu dem Ergebnis  
kommen, daß trotz der großen Gefahren die Behörden gefeiert anders  
hätten handeln sollen. Die Anführer waren nicht bewaffnet. Es  
scheint, als würden sie sich begnügt haben mit der Annahme ihrer  
Wittschiffe.

Die Petersburger Arbeiter haben eine schwere Niederlage er-  
litten. Aber daß den modernen Waffen gegenüber die Arbeiter noch  
erfolgreich werden könnten, darf als ausgeschlossen angesehen werden.  
Eine Niederlage hat dennoch auch die Regierung erlitten. Ein Bild  
des Schreckens und des Grauens und noch keine Hoffnung, daß es  
besser werden könnte!

Auch die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ hält das Blutbad  
vom Sonntag für einen schweren Fehler der russischen Regierung.  
Sie läßt sich folgendermaßen vernehmen:

Was leicht hätte vermieden werden können, ist nun doch ein-  
getreten. Die russische Hauptstadt ist gestern der Schauplatz einer  
blutigen Revolte gewesen, und die Ruhe ist auch heute noch nicht  
eingetreten, man erwartet im Gegenteil noch blutigere Zusammen-  
stöße. Es ist ganz anders gekommen, als Kaiser Swiatopoll-  
Mitsch bei seinem Amtsantritt versprochen hatte. Statt einer  
russischen Volksvertretung — eine Militärdiktatur in Petersburg!  
Wer trägt die Schuld daran? In erster Linie die russische  
Regierung. . .

Welche von beiden Meinungen Recht behalten wird, muß die  
nächste Zukunft entscheiden. Den Reaktionen, die die russische Regie-  
rung tadeln und jenen, die sie loben, ist es gleichgültig darum zu  
tun, daß der Schanzort der Reaktion im Osten erhalten bleibt. Die  
einen hoffen, daß die Petersburger Blutorgie das Ende der  
russischen Revolution, die andern fürchten, daß sie erst recht ihr  
Anfang sein werde. Ob sich diese Furcht oder jene Hoffnung  
bewahrheitet, davon wird zum guten Teile die nächste Zukunft ganz  
Europas abhängen!

### Tolstoi über die Soldateska.

In seinem „Merzblatt des Soldaten“ wendet sich  
Tolstoi, der russische Weltpatriot der Humanität, an die Soldaten,  
die auf ihre eigenen Brüder schießen:

„Du bist ein Soldat, man hat dich gelehrt, zu schießen, zu  
stecken, zu marschieren, Gewandtheit zu machen, lesen und schreiben;  
man hat dich geführt zum und zur Parade; vielleicht bist auch  
im Krieg gewesen und hast mit den Türken und Chinesen ge-  
kämpft, wobei du alles tatest, was dir befohlen wurde; dir ist es  
nie eingefallen, dich selbst zu befragen, ob das, was du tust, gut  
oder schlecht ist.“

Au einmal erhält deine Kompanie oder deine Eskadron  
den Befehl, loszumarschieren und Schießpatronen mitzunehmen.  
Du reitest oder gehst, ohne zu fragen, wohin du geführt wirst.

Man führt dich vor ein Dorf oder vor ein Fabrikort  
und du siehst aus der Ferne, daß auf dem Platz Bauern oder Fabrik-  
volk, Männer, Frauen mit Kindern, Greise, Greisinnen hausen-  
weise umherstehen. Der Gouverneur, der Staatsanwalt mit  
Polizisten treten an den Häufen heran und reden auf ihn ein.  
Der Haufen schweigt zuerst, dann erhebt sich ein Geschrei, immer  
lauter und lauter, und die Obrigkeit entfernt sich von dem Volke.  
Und du erörst, daß hier die Bauern oder die Fabrikarbeiter  
rebellieren und daß du hergebracht bist, um sie zur Ruhe zu  
bringen. Die Obrigkeit entfernt sich ein paarmal von der Menge  
und tritt wieder zu ihr heran, aber das Geschrei wird immer  
lauter und lauter, und die Obrigkeit bespricht etwas miteinander  
und man gibt dir den Befehl, das Gewehr mit Schießpatronen

zu laden. Du siehst vor dir Menschen — dieselben, aus deren  
Reihen du genommen bist — Männer in Schafspelzen, in Bast-  
schuhen und Frauen, bedeckt mit Kostüchen, in Jacken, genau  
solche Frau, wie deine Frau oder deine Mutter.

Den ersten Schuß befehlt man dir über die Köpfe der Menge  
zu richten. Aber die Menge geht nicht aufeinander und schreit  
noch lauter; und nun befehlt man dir zu schießen, wie es sich  
gehört nicht über den Kopf, sondern gerade in die Mitte der  
Menge.

Man sucht dir einzuprägen, du trägst keine Verantwortung  
dafür, was durch deinen Schuß entsteht. Aber du weißt, daß  
jener Mann, der vom Wute überströmend, fallen wird, von dir  
und von niemand anderem getötet ist, und du weißt, daß es an  
dir gelegen hat, nicht zu schießen und dann wäre der Mann nicht  
tot gewesen.

Was sollst du nun tun? Es genügt nicht, daß du das Gewehr  
herunterstellst und dich weigerst, jetzt auf deine Brüder zu schießen.  
Morgen kann sich ja daselbe wiederholen, und daher, ob du es  
willst oder nicht, mußt du gut nachdenken und dich fragen, was  
das ist der Stand des Soldaten, der dich dahin ge-  
bracht hat, daß du auf deine wehrlosen Brüder schießen mußt?

In einem anderen Aufsätze Tolstois, „Die Exekution“,  
heißt es:

„Der Zug, dem ich am 9. September begegnet bin, der  
Soldaten, Gewehre, Schießpatronen und Muten zu hungernden  
Bauern führt, um einen reichen Gutbesitzer im Besitze eines  
kleinen Waldes zu beseitigen, den er den Bauern weggenommen  
hat, den er nicht braucht, der aber die Bauern auf das dringendste  
brauchen, geht mit einer schlagenden Klarheit, in welcher Nähe  
sich bei den Leuten die Fähigkeit entwickelt hat, die ihren Ueber-  
zeugungen und ihrem Gewissen zuwiderlaufenden Dinge zu tun,  
ohne es zu sehen.“

Alle diese Leute, die unterwegs waren, um hungernde und  
wehrlose Leute zu töten oder zu misshandeln, dieselben Leute, von  
denen sie erzählt werden, hatten das Aussehen von Leuten, die  
sehr davon überzeugt waren, daß sie gerade das tun, was sie tun  
sollen und sogar etwas stolz sind, damit sich brüsten, daß sie dieses  
Werk tun.“

Ueber die Soldaten, die im Zuge fahren, sagt Tolstoi im be-  
sonderen:

„Sie alle, die zum größten Teil Bauernsöhne sind, wissen,  
in welcher Angelegenheit sie fahren, sie wissen, daß die Gut-  
besitzer immer die Bauern bedrücken, und daß es auch in diesem  
Falle nicht anders war. Außerdem liebt ein großer Teil dieser  
Leute Wälder, und zwar nicht allein solche Wälder, in denen das  
Kriegslandwerk gerührt wird, sondern auch solche, in denen keine  
Unfruchtbarkeit nachgewiesen wird. Mit ihnen dienen oft zusammen  
freigeistige Kameraden, Freiwillige und auch von derselben Art  
junge liberale Offiziere, und unter ihnen ist bereits der Samen  
des Zweifels über die absolute Gesehlichkeit und über die Vor-  
nehmheit ihrer Tätigkeit ausgestreut. Allerdings sind sie alle  
durch den schrecklichen, geschickten, während Jahrhunderten aus-  
gearbeiteten Drill hindurchgegangen, der jede Selbsttätigkeit des  
Menschen tötet, und sind so angewöhnt an einen mechanischen  
Gehorsam, daß bei den Kommandoworten: Die Front schießt! . . .  
Front . . . Schuß . . . usw. die Gewehre sich bei ihnen von selbst  
erheben und die gemohnte Bewegung gewendet werden. Aber das  
„Schuß!“ heißt jetzt nicht mehr wie beim Schießen nach Ziel-  
scheiben, sich zu amüsieren, sondern es heißt, seine geäußerten, aus-  
gebeuteten Väter, Brüder zu töten, die hier in Haufen mit  
Weibern, Kindern auf der Straße stehen und ein wenig schreien,  
indem sie mit den Händen gestikulieren. Da stehen sie — der  
eine mit einem dünnen Bart in einem geflickten Bauernrock und  
Wassschuhen, der genau so aussieht, wie der Vater, den er zu  
Hause im Gouvernement Njasen oder Njasan zurückgelassen hat —  
da steht einer mit einem weißen Bart, mit gebildetem Rücken,  
mit einem großen Stod, ganz wie der Vater ihrer Väter, der  
Großvater, — da steht ein junger Burche in Stiefeln und rotem  
Hemd, genau so einer, wie er selbst war, der Soldat, der auf  
ihn schießen muß. Und da steht eine Frau in Wassschuhen in  
einer „Ranetsa“, die steht genau so aus wie die Mutter, die er  
zu Hause gelassen hat.“

Und auf die soll er wirklich schießen?  
Gott allein weiß, was jeder Soldat in diesem letzten Augen-  
blick nun wird. Ein einziger geringster Hinweis darauf, daß er  
das nicht tun darf, und was die Hauptsache ist, daß er das nicht  
zu tun braucht, ein einziges solches Wort, eine Andeutung wird  
dann genügen, um sie zurückzuhalten.“

### Der Generalstreik im Ruhrrevier

Ist auch am Sonntag völlig ruhig verlaufen. Nirgends kam es  
zu Ausschreitungen.

Die Zahl der Ausständigen wird amtlich folgender-  
maßen angegeben:

Essen, 21. Januar. In den 18 Bergrevieren der Ober-  
bergamts-Bezirks Dortmund fehlten heute von der Gesamtbeleg-  
schaft von 240 978 Mann der vom Ausstand betroffenen Bezirke  
195 071 gegen 193 438 vom 21. d. M., mithin ist eine Zunahme  
von 1633 zu verzeichnen.

In Wirklichkeit ist die Zahl der Streikenden belamlich noch be-  
trächtlich höher.

#### Diener der Kirche und der Generalstreik.

Unser B-Korrespondent schreibt uns:  
Welche Sympathie der Streik in der Bürgerstimmung besitzt, wie  
sehr die Provianteit des Bergbau-Bereichs Zustimmung in weite  
Kreise der Bevölkerung getragen hat, dafür legte Zeugnis ab eine  
Vollversammlung im Hombroich. Hier trat der bekannte Pastor  
Rosenstein, vielgenannt als Leiter eines Volksvereins, als Redner  
auf. In einer einstündigen Rede, in der er bewies, daß die  
Materie ihm nicht fremd ist, über die Technik des Bergbaues  
aber sich gut unterrichtet zeigte, ging er scharf mit  
dem schädigenden Treiben des Grubenkapitals ins Gericht  
und rechtfertigte den Streik der Bergarbeiter nach jeder  
Richtung. Aber mit moralischer Unterstützung sei es  
nicht getan, jeder Bürger müsse nach Kräften den  
Streikenden finanziell zur Seite stehen. Und der  
tapfere Pastor appellierte nicht vergeblich. Eine vorgenommene  
Sammlung, an der sich höhere Beamte mit namhaften Beiträgen be-  
teiligten, ergab ein erfreuliches Resultat. In einer Resolution wird  
sobald noch die Erwartung ausgesprochen, es möge der Regierung  
gelingen, eine Vermittelung zustande bringen.

Rehlich stellte sich zum Streik ein Kaplan in Lünen, der eben-  
falls in einer Versammlung den Streik rechtfertigte und die Unter-  
stützung der Streikenden empfahl.

Um so peinlicher muß das Verhalten des Pastors  
von Weisen in einem Ort bei Unna — ein sehr reicher Mann —  
berühren. Dieser erklärte mehrfach, der Streik sei un-  
berechtigt und die Bergarbeiter seien nicht mehr wert, als daß  
sie im Kampfe unterlägen!

Wie mag sich im Kopfe dieses Dieners der Religion der Liebe  
— die Nächstenliebe ausmalen?

#### Kriegerverein und Streik!

Alles ist veranlaßt — sogar Kriegervereine sind „berührt“: Im  
Hombroich beschloß der Kriegerverein, für dieses Jahr  
keine Kaiser-Geburtstagsfeier stattfinden zu  
lassen. Auf Antrag eines Vorstandsmitgliedes wurde weiter  
ohne Widerspruch beschlossen, den durch den Ausfall der Feier  
erhaltenen Betrag den Streikenden zuzuwenden!

Ob die Regierung nun bald merkt, welches Mißtrauen sie fäst  
mit ihrer Verteidigung der Grubenbarone?

#### Falsche Berichte.

Vorgelegt wird die Dessenlichkeit noch mit falschen Berichten  
traktiert. Die Zahlen der angeblichen Arbeitswilligen sind vollständig

\*) Bauernkamentrod aus farbigem Wollschaff.



terefährend. Es werden jetzt zu den Besatzungen gerechnet sämtliche Bauarbeiter, die an Zecheneubauten beschäftigt sind, Zechenbeamten usw. Die Zahl der arbeitswilligen wirklichen Bergarbeiter ist tatsächlich ganz gering und sei die Bewegung ganz belanglos.

### Der Polizeistreik.

Unser Z-Mitarbeiter telegraphiert am Montag abend: Gegenüber dem Gefahre nach mehr Polizei und nach Militär stelle ich als Beispiel folgendes fest: Auf Zeche „Wienbacher“ bei Barop ist kein einziger Polizist und kein einziger Gendarm bei der Aus- und Einfahrt der Arbeitswilligen. Nur ein oder zwei Zechenbeamte stehen an jedem Eingang, um die Arbeitswilligen zu schützen. Die paar Arbeitswilligen bedürfen aber keines Schutzes. Es ist kein einziger Streikender in der Nähe der Zeche zu sehen. Die Zechenbeamten versicherten mir, daß während der ganzen Dauer des Streiks noch niemals der geringste Versuch gemacht worden ist, Arbeitswillige zu belästigen. Nur das Schauspiel der unter Polizeischutz nach Hause gehenden Arbeitswilligen lockt anderwärts Neugierige heran.

Am Sonntag sind keinerlei Störungen gemeldet worden. Auf „Friedrich der Große“ bei Nerne kam ein Arbeitswilliger erst Montag früh zur Schicht nach der Kaserne, während er schon Sonnabend abend hatte kommen sollen. Er sagte dem Betriebsführer, daß ihn kurz vor der Zeche vier Streikende überfallen und gezwungen hätten, wieder umzukehren. Der Betriebsführer verständigte die Polizei. Diese stellte fest, daß der Mann Sonnabend abend zur Kindtaufe war und die ganze Nacht am Bierstisch gesessen hatte.

Die Nachricht, daß in Raurel ein Baumstamm auf das Bahngleis gelegt worden sei, ist frei erfunden.

### Jugendunfälle.

Unser Z-Mitarbeiter telegraphiert uns: Auf Zeche Rheinpreußen ist die neunstündige Schicht einschließlich der Seilsahrt vom 1. April an eingeführt worden, genügend Bauholz für die Grube und mehr Hausbrandkohle. Außerdem ist versprochen worden, daß bewilligt wird, was die Ruhrzechen bewilligen werden. Die Arbeiter verlangen schriftliche Verpflichtung. Außerdem soll keine Kohle ins Streikgebiet geliefert werden.

Zeche „Freie Vögel“, die nicht im Syndikat ist, hat Jugendunfälle gemacht. Eine Belegschafts-Versammlung wird entscheiden, ob sie annehmbar sind.

### Arbeitswilligen-Löhne.

Ein Privat-Telegramm meldet uns: Auf Zeche „Humboldt“ bekommen Arbeitswillige, die bisher über Tage arbeiteten, 6 M. Schichtlohn!

### Die Schichtverlängerung durch die Seilsahrt.

Unser Z-Berichterstatter schreibt uns aus dem Ruhrrevier: Es herrscht in der Öffentlichkeit vielfach Unklarheit über den Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Seilsahrt. Die Behauptung der Unternehmer, daß die Verlängerung der Seilsahrt keine Verlängerung der Arbeitszeit bedeute, hat viele an den Angaben der Arbeiter irre gemacht. Und doch haben die Arbeiter recht. Mit der Verlängerung der Seilsahrt geht das zunächst so. Die Seilsahrt sollte eigentlich nur eine halbe Stunde dauern, und auf einigen Zechen ist dies auch noch der Fall. Auf vielen jedoch dauert sie schon offiziell eine ganze Stunde. Das heißt, wenn um 6 Uhr Schichtwechsel ist, dann sollen die Leute um 6 Uhr anfangen einzufahren. Das genügt den Unternehmern jedoch noch nicht. Vielfach hat man es so gemacht, daß von den Leuten verlangt wird, daß eine Viertelstunde vor sechs Uhr schon alle in der Grube sind. Die um diese Zeit noch über der Erde waren, hat man rücksichtslos nach Hause geschickt, so daß sie die Schicht verloren. Auf diese Weise hat man es erreicht, daß jeder der erste bei der Einfahrt sein will, und nur ja nicht als letzter fortgeschickt zu werden. So kommen denn eifrige Leute, wie ich selbst gesehen habe, schon halb vier Uhr, obwohl die Schicht erst um 6 Uhr beginnt. Wie sie kommen, fahren sie auch gleich mit dem ersten Karre ein. Sobald sie hinunter kommen in die Grube, fangen sie an zu arbeiten, weil die Bedinge, die Affordblöhne, mehr und mehr herabgesetzt werden, die Leute immer gehen und angetrieben, Faulenzen, gegeben werden. In früheren Zeiten sammelten sich die Leute unten erst und hielten „Das Berggericht“. Das heißt, sie untersuchten dies und jenes am Bau, plauderten ein Wort, und erst wenn die ordentliche Zeit des Schichtbeginnes herangerückt war, gingen vor Ort. Das ist heut anders geworden. Heut heißt es schauken um jeden Preis. Darum geht jeder zur Arbeit, sobald er in die Grube kommt, und deshalb bedeutet jeder frühere Beginn der Seilsahrt einen früheren Beginn, das heißt eine Verlängerung der Arbeitszeit. Warten dürfen die Leute jetzt nur bei der Ausfahrt. Da muß erst noch der und der Wagen mit Kohle gefördert werden, und so vergeht erst manche Viertelstunde, ehe die Leute heraus dürfen, obwohl die Schicht zu Ende ist.

### Kontraktbruch!

Aus Dortmund schreibt unser E-Korrespondent: Eine tollere Komödie, als die vom Kohlenuntertum wegen des Kontraktbruches der Arbeiter aufgeführte, läßt sich schießerdinges nicht denken; als Seitenstück könnte man höchstens noch gelten lassen, das Getue über die geforderte amtliche Untersuchung der Arbeitsverhältnisse. Diese Untersuchung stellen die Herren der schwarzen Diamanten sich vor, als Wiederholung einer Farce, die wir schon einmal erlebt haben. Die amtliche Untersuchung ist nämlich gar nichts Funtelnagelneues. Es ist alles schon dagewesen und es müde sonderbar an, wenn jetzt von der Untersuchung großes Wesen gemacht wird. Vereits einmal sollte eine solche Untersuchung die leitende Tat sein. Das war nach dem Streik von 1889. Aber die Untersuchung wurde zu einer Ehrenrettung der — Unternehmer, durch diese selbst. Die Regierungskommission ordnete Konferenzen an. Arbeiter der Belegschaften erhielten Einladung dazu, und waren nicht wenig verblüfft, in der Konferenz von den — Arbeitgebern vernommen zu werden. Diese traten als Ankläger auf und führten natürlich durch Examinierung der angefertigten Arbeiter den Wahrheitsbeweis, daß sie unschuldig seien, daß keine Mißstände bestanden oder bestanden haben. Keinhals denkt man sich die Sache auch diesmal wohl, und da können die Unternehmer sich ins Häuslein laden. Um der Farce für diesmal vorzubeugen, hat eine Versammlung in Dortmund am Freitag abend beschloffen, die Regierungskommission aufzufordern, bei den Untersuchungen der Belegschaften der einzelnen Belegschaften, die Organisationsvertreter und den Siebener-Ausschuss zuzuziehen.

Wäre damals die Untersuchung nicht zu einer Possen gemacht worden, die Regierung könnte sich heute nicht hinstellen und erklären: ich weiß von nichts! Aber man würde sich auch nicht über Kontraktbruch der Arbeiter beschweren und entrüsten, denn wie 1889, so ist auch jetzt wieder fortgesetzter Kontrakt- und Wortbruch seitens der Kohlenmagnaten des Streiktes Ursache. Kontraktbruch und Wortbruch, Tag für Tag, trug den Zündstoff zu der Explosion zusammen. In dem Berliner Friedensprotokoll von 1889, unterzeichnet vom Sekretär des Bergbauvereins, ist feierlich versichert worden, daß Regelungen würden nicht stattfinden. Schmächtig hat man das Wort gebrochen, rücksichtslos sind einzelne Leute auf die Straße geworfen worden, mit Hohn und Spott übergoßen wurden die Gemahregelten von Zechentor zu Zechentor gejagt, bis man sie zu Tode geblutet hatte.

In demselben Protokoll ist feierlich zugesagt worden, die Schichtzeit solle inklusive Einfahrt und Ausfahrt nicht mehr wie 9 Stunden betragen. Wie hat man Wort gehalten? Schände gebrochen hat das Unternehmertum die feierliche Zusage. Nicht nur das! Weil die Arbeiter sich gegen den Wortbruch nicht wehren konnten, behauptet

man nun, mit einem Zynismus sondergleichen, das Recht auf weitere Schichtausdehnung.

Und wie sah es aus mit der Achtung vor den Bestimmungen der Arbeitsordnung, der Zechenordnung und des Berggesetzes? Unzählige Male hat man Kontraktbruch begangen, sich Gesetzesverletzungen zu schulden kommen lassen. Vorschrift ist, daß das Gedinge immer vor dem 15. eines Monats festgesetzt werden muß, damit die Arbeiter, wenn ihnen der Afford nicht paßt, kündigen und vor Zerknirschung des ungenügenden Gedinges abgehen können. In diese Bestimmung setzt man sich gar nicht. Oft wird in einer Löhnung das Gedinge mehrmals heruntergerissen. Das ist jedesmal Kontraktbruch. Wer dagegen aufmüht, steigt hinaus oder er bekommt Strafarbeit bis er zahm geworden ist. Nichts hört man bei den Vertretern der Regierung und bei den Ordnungsparteien von Entrüstung über diesen tausendfältigen Kontraktbruch. Die Verweigerung der Deputatslöse ist Kontraktbruch, die mißbräuchliche Kullerei ist Kontraktbruch, Beschimpfung und Belädigung der Arbeiter ist Kontraktbruch. So häuft man Kontraktbruch auf Kontraktbruch! Keine Seele findet sich im Ministerium, die sich darüber entrüstet, in aller Unschuld erklärt man: wir wissen von nichts! —

### Wagennullen-Unterstützungskassen.

Unser E-Korrespondent schreibt uns aus Dortmund: Eine der Forderungen der Bergarbeiter ist die der Mitverwaltung an den Unterstützungskassen. Der Herrsichende wird dieser Forderung wenig Bedeutung beilegen, die Bergarbeiter aber legen dieser Forderung großes Gewicht bei. Es ist auch gar nicht eine so untergeordnete Frage, als es den Anschein hat, das wird schon befestigt durch die Hartnäckigkeit, mit welcher die Unternehmer diese Forderung ablehnen. Die Güntlingwirtschaft, welche in diesen Kassen vielfach getrieben wird, ist es nicht allein, welche den Standpunkt sowohl der Unternehmer als auch der Arbeiter bestimmt.

Bei den Unterstützungskassen spricht noch ein anderer viel genannter Faktor mit, es ist das Wagennullen. Das Nullen wird sehr verschieden gehandhabt, es gibt Zechen mit reinen Kohlenflößen, die fast gar nicht Nullen, bei anderen Werken steigt die Zahl der genullten Wagen bis auf 5 Proz. der Gesamtförderung. Das Nullische dabei ist, daß die Arbeiter gar keine Kontrolle über das Nullen haben. Nach dem Berggesetz haben die Arbeiter wohl das Recht, auf eigene Kosten die Kullerei überwachen zu lassen, aber in der Praxis läßt sich mit dieser Bestimmung nichts anfangen. Als kürzlich einem Betriebsführer erklärt wurde, die Belegschaft werde einen Kontrollleur anstellen, gab ihnen der Herr zu verstehen, die Zeche werde schon Mittel finden, die Kontrolle illusorisch zu machen und kategorisch erklärte der Herr: „Es wird doch noch weiter genullt!“ Bei einer anderen Gelegenheit meinte derselbe Beamte: „Wenn nicht mehr genullt werden soll, können wir den Betrieb einstellen!“

Durch diese Neuerung wird der viel verbreitete Verdacht bestätigt, das Nullen habe vielfach den Zweck, den Profit zu erhöhen. Dieser Verdacht wird weiter gestärkt, durch die Weigerung, den Arbeiter das Mitverwaltungsrecht an den Unterstützungskassen einzuräumen. Bestimmungsgemäß muß nämlich der entsprechende Arbeitslohn für genullte Wagen den Unterstützungskassen zufließen.

Durch das Mitverwaltungsrecht an den Kassen würde der Arbeiter wenigstens eine Kontrolle über die Beachtung dieser Bestimmung möglich sein. Zwar könnten sie nicht kontrollieren, ob Wagen zu Unrecht genullt sind, aber es unterstände dann doch ihrer Nachprüfung, ob ein, der Zahl der genullten Wagen entsprechender Betrag der Unterstützungskasse zugeflossen ist. Die Hartnäckigkeit, mit der sich die Unternehmer dem Mitverwaltungsrecht widersetzen, läßt nur zwei Möglichkeiten offen, entweder ist die Güntlingwirtschaft so toll, daß man sie dem Auge der Öffentlichkeit vorzuenthalten muß, oder man hat schwerwiegende Gründe, die Kullerei nicht der Möglichkeit einer Nachprüfung nach irgend welcher Seite zu unterstellen.

Der ganze Betrieb ruht. Die „Union“ in Dortmund liegt seit Montag vollständig still. Wenn in Aussicht stehende englische Kohlen heute eintreffen, soll der Betrieb Dienstag teilweise wieder aufgenommen werden.

### Vom Kohlenmangel.

Aus dem Ruhrrevier wird uns berichtet: Um aus Schlefien Kohlen nach dem Ruhrrevier zu holen, sind am Sonnabend von Langendreer 17 Lokomotiven nach Katowitz abgedampft. Wahrscheinlich handelt es sich hierbei um Affortierung der Läger des Eisenbahnstus. Mittels Personenzug ist Sonntag früh das Zugpersonal nachgefahren.

Auf den industriellen Werken wird der Kohlenmangel teilweise so stark fühlbar, daß sogar die mechanischen Betriebe betroffen werden. Alle nicht eiligen Kommissionen werden zurückgestellt und nur dringende Arbeiten werden ausgeführt.

Infolge der Bochumer Versammlung wird für März noch eine Steigerung der Zahl der Streikenden erwartet. Hält dann der Streik noch eine Woche an — voraussichtlich dauert er aber noch mindestens drei Wochen — werden die meisten industriellen Anlagen still liegen. Das hat man dem Kohlenmagnaten zu verdanken.

Nur ein ganz wenig Entgegenkommen und der Generallstreik wäre noch vermieden worden — und wird er durchgeföhrt, bis die Hauptforderungen bewilligt sind! so erklärte unter stürmischem Beifall der Abg. Sasse in der großen Bochumer Versammlung.

### Kohlenmangel im rheinischen Industriegebiet.

Der Kohlenmangel hält im nieder-rheinischen Industriegebiet noch immer an, obgleich dort in den letzten Tagen bedeutende Mengen englischer und belgischer Kohlen eingetroffen sind. Die Preise dieser Kohlen sind aber, je nach der Qualität, um 10—14 M. pro Tonne höher als die Ruhrkohle. Bei den gedrückten Preisen für manche Artikel der Eisenindustrie, z. B. Stabeisen, Bandstahl, Feinbleche usw. ziehen es daher die solche Artikel fabrizierenden Werke meist vor, Betriebsbeschränkungen vorzunehmen, als solche hohen Kohlenpreise zu bezahlen. Es ist also in den nächsten Tagen auf weitere Betriebsbeschränkungen zu rechnen. Einzelne kleinere Arbeitszeiterverzögerungen haben noch am Sonnabend stattgefunden.

Es zeigt sich immer mehr, was schon aus dem letzten offiziellen Telegramm der Essener Kohlenbörse hervorging, daß die Vorräte der Zechen bezug des Kohlenfundus bedeutend überschätzt worden sind. Allerdings könnte das Syndikat, wenn es wollte, auch mit seinen jetzigen Vorräten dem Kohlenmangel in den meisten Gegenden leicht abhelfen; aber es verfolgt die Politik, seine Vorräte zurückzubehalten und nur seinen Kunden schmale Rationen zuzulassen, um sich nicht völlig bloßzugeben. So wird zum Beispiel der Rheinische Volkszeitung von einem sachmännischen Mitarbeiter berichtet: „Verbraucher, welche glauben, die noch nicht abgenommenen Posten jetzt beziehen zu können, sind im Irrtum, wenngleich einzelne noch ganz erhebliche Posten abzunehmen haben. Vorsicht ist die Mutter der Weisheit, denkt das Syndikat. Keiner weiß, wie lange der Zustand dauern wird, und da heißt es sparieren mit den Vorräten umgeben, wenngleich dieselben noch recht bedeutend sind. Zwar gehen die Angaben über den Umfang der Bestände weit auseinander, und da das Syndikat schon seit vielen Monaten Mittelungen darüber nicht mehr gemacht hat, ist man auf Schätzungen angewiesen. Legt man bei dieser Schätzung die Bestände einer unserer größten Bergwerksgesellschaften zugrunde, so kann man, ohne stark daneben zu greifen, die Vorräte auf 2 und 1 800 000 Tonne beziffern. Das ist keine Kleinigkeit; solche Vorräte heißen eine Zeitlang über die größte Not hinweg. Jedoch muß berücksichtigt werden, daß wir in einer Jahreszeit leben, in welcher naturgemäß der Verbrauch an Brennstoffen am größten ist und zwar sowohl in Hausbrandkohlen, als auch in Gewerkskohlen.“

Ein Vorrat von 1 800 000 Tonnen ist sicherlich an und für sich ein recht ansehnliches Quantum, aber in Anbetracht der Riesenlundshaft des Syndikats ist es nicht viel. Vor Beginn des Streiks wurde der Vorrat vielfach auf das Dreifache, ja selbst auf das Vierfache geschätzt.

### Der Rümensch Stinnes.

Von Herrn Stinnes erhalten wir folgende Zuschrift: Hugo Stinnes. Rülheim, den 19. Januar 1906.

In die Redaktion des „Vorwärts“, Berlin SW. Durch einen Verwandten wird mir Nr. 15 Ihres Blattes vom 18. cr. zugefandt.

In der Annahme, daß es Ihnen unerwünscht ist, wenn Unwahrheiten durch Ihr Blatt Verbreitung finden, konstatiere ich:

1. daß ich Arbeitswilligen die Seilsahrt aus irgend einem Grunde nicht verweigert habe,
2. daß ich weder einen eingeschriebenen, noch unfrankierten, noch überhaupt einen Brief an die Kommission von „Bruchstraße“ mit dem Inhalte geschrieben habe, daß ich Verhandlungen vor dem Einigungsamte ablehne.

Der mit dem Oberbergamte in dieser Angelegenheit geführte Briefwechsel entspricht inhaltlich ebenfalls obiger Angabe nicht.

Auf die törichte Nebenart vom „Zechen iden“ mir gegenüber, der ich seit Jahren bemüht bin, auch im südlichen Ruhrrevier gut eingerichtete, große Zechenanlagen zu schaffen, muß ich mir verjagen einzuweichen. Ebenso habe ich zu der Bezeichnung „Anarchist“ nichts zu erwägen. Die Ausdrucksweise ist beschmadsache. Ich darf aber wohl die Bitte aussprechen, in der Verbreitung häßlicher und unwahrer Nachrichten über Ihre Rümensch, auch wenn sie nicht der sogenannten Arbeiterklasse angehören, vorfichtiger zu sein, als Sie es bei mir gewesen sind.

Hochachtungsvoll (gez.) Hugo Stinnes.

Diesem Brief gegenüber konstatiere ich:

Dem Arbeitersekretär in Dortmund ist von einem Mitgliede der Arbeiterkommission der Zeche „Bruchstraße“ mitgeteilt worden, die Kommission habe von Herrn Stinnes einen eingeschriebenen unfrankierten Brief erhalten. Es ist ja möglich, daß der Brief etwas anderes enthalten hat, als die Ablehnung der Annahme, vor dem Einigungsamte zu erscheinen. In einer Belegschaftsversammlung von einer der Stinnes gebörenden Zechen ist mitgeteilt worden, daß auch auf dieser Zeche Arbeitswillige, die sich gemeldet haben, von der Verwaltung zurückgewiesen seien mit dem Bemerkten, sie seien aus der Belegschaft ausgeschlossen und könnten darum nicht mehr anfahren. Die Behauptung des Herrn Stinnes, daß er große Zechen angelegt habe, widerlegt nicht die Tatsache, daß er andere Zechen still gelegt hat. Er hat still gelegt „Racialsteinbank“, die er von dem Bochumer Verein erworben hat; zum Teil still gelegt ist „Hasenwinkel“, „Louise Tiefbau“ ist er im Begriffe still zu legen. Obwohl die Bergbehörde dagegen Mißtrauen erhoben hat, hat er dennoch erklärt: ich lege doch still. In der Gewerkschaftsversammlung von „Louise Tiefbau“ hat er die Opposition gegen das Stilllegen als „Mißes Geschrei“ bezeichnet. Er hat daher mit der Stilllegung von „Louise Tiefbau“ die Gefahr heraufbeschworen, daß auch „Güdauf“ und „Kaiser Friedrich“ in Mitleidenschaft gezogen werden.

### Die Revolution in Rußland.

Petersburg, 23. Januar. (B. L. B.) Gestern wurden zahlreiche Versammlungen von Vertretern der gebildeten Stände abgehalten, in denen die Sympathie für die Bewegung zum Ausdruck kam. Die größte fand in der freien ökonomischen Gesellschaft statt, die von 600 Personen besucht war.

Gruppen von Leuten der intelligenten Bevölkerung nötigten die Ladenbesitzer auf dem Newski-Prospekt, ihre Magazine zum Zeichen der Sympathie für die Bewegung zu schließen.

Auf einem großen Teil des Newski-Prospekts herrscht, da die elektrische Beleuchtung versagte, totale Dunkelheit, dadurch entstand ein Gedränge. In dem Kaufhause wurden Versuche gemacht, die Läden zu demolieren.

Das Versagen der elektrischen Beleuchtung erklärt sich daraus, daß die Arbeiter der Elektrizitätswerke streiken.

Petersburg, 23. Januar, abends 11 Uhr. Die Straßen sind leer, nur auf dem Wassnezewski-Prospekt und in der Sadowajastraße, wo volle Dunkelheit herrscht, bewegen sich Volksmassen, überall sieht man herumgehende Patronillen, die Restaurationen und Läden sind geschlossen.

Petersburg, 23. Januar. (Meldung der „Petersburger Telegraphen-Agentur“.) In den von der Elektrizitätssirma Helios bedienten Gebäuden erlosch heute nachmittag die elektrische Beleuchtung, da nimmere auch die Arbeiter dieser Firma sich dem Ausstand angeschlossen haben.

### Der Generallstreik greift um sich.

Moskau, 23. Januar, nachmittags 2 1/2 Uhr. (B. L. B.) Tausend Arbeiter der Fabrik Bromley stellten im Einverständnis mit den Kameraden in Petersburg, die sie darum ersucht, die Arbeit ein. Die Arbeiter der oben genannten Fabrik überredeten andere Arbeiter, gleichfalls zu streiken. Mehrere Fabriken fügten sich; dann gingen alle zur Buchdruckerei Syten, wo um fünf Uhr die Arbeit eingestellt wurde.

Paris, 23. Januar, 12 Uhr 20 Min. nachts. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die Petersburger Ereignisse rufen gewaltigen Eindruck hervor und drängen die Ministerfrise in den Hintergrund. Angst und Trauer herrscht bei den Jarenfreunden, Hoffnung und Entrüstung bei den Sozialisten und Radikalen. Letztere Stimmung bei der Pariser Bevölkerung vorherrschend. Die Sozialisten, Gewerkschaften, auch Studenten und Professoren bereiten Protestmeetings vor. Nur der reaktionärste Teil der nationalistischen Presse sucht Stimmung zu machen gegen die Deher zur Rechtfertigung des Jaren. Sogar Rochefort nennt den Jaren: verurteiltes Sühnopfer der Verbreiten seiner Vorfahren. Zaurss' Artikel „Tod des Zarismus“ betont persönliche Verantwortung Nikolais: „Ein Blutstrom trennt Jar und Volk. Der Jar und der Zarismus stehen fortan im Banne der Nationen. Es gibt eine Stufe des Verbreitens, worauf absolute Regierungen nicht sinken dürfen, ohne jegliche Beziehungen mit freien Völkern unmöglich zu machen.“ „Debats“ betont den revolutionierenden Einfluß des Krieges durch Enthüllung unheilvoller Mängel und die Notwendigkeit von Reformen. „Temps“ tadelt die Weheleien, deren nächste Ursache die Blindheit der Behörden, während tiefere Ursache die konservative Verstocktheit der Regierung, die glaubte, Rußland wirtschaftlich modernisieren und politisch un verändert lassen zu können.

### Letzte Nachrichten und Depeschen.

Genf, 23. Januar. (B. L. B.) Die hier weilenden russischen revolutionären Sozialisten hielten heute abend eine sehr zahlreich besuchte Versammlung ab, in welcher den Petersburger Genossen die Sympathie ausgesprochen wurde. Die Zugänge zu dem Versammlungslokal waren polizeilich bewacht, ebenso das russische Konsulat.

### Kabinettsbildung in Frankreich.

Paris, 23. Januar. Eine Note der „Agence Havas“ meldet: Roubier versammelte heute nachmittag eine Anzahl politischer Persönlichkeiten, ausgenommen Delcassé, an die er die Aufforderung zur Bildung des Kabinetts richtete. In der politischen Lage, die seit langem im Auge gefaßt wurde, ist über alle Punkte des Programms ein Einvernehmen hergestellt. Eine zweite Versammlung, der auch Delcassé beizuwohnen wird, wird abends stattfinden.



Reichstag.

125. Sitzung vom Montag, den 23. Januar 1905, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsliche: Müller, Graf Pofadowsky. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung über die Interpellation Auer und Genossen über den Bergarbeiterstreik im Ruhrgebiet.

Abg. Bresselt (Pol.): Die Meldungen aus Petersburg beweisen es, daß man die Forderungen der Arbeiter nicht mißachten darf. Aber die Rede des konservativen Herrn von Normann war eine Umschreibung des Satzes: Fiat justitia, pereat mundus. Kann man denn das Legitimitätsprinzip hier anwenden? Das Kohlen Syndikat hat es doch mit dem Arbeiterrecht wirklich nicht genau genommen. Selbst der Vertreter der preussischen Regierung, Handelsminister Müller, hat es zugegeben, daß ein Rechtsbruch seitens des Unternehmertums vorliegt. Stimmes ist nicht allein schuldig, das ganze Kohlen Syndikat steht hinter ihm und ist für den Rechtsbruch auf Langendreeer verantwortlich. Daß der Streik ausgebrochen hat, ist also auf das Konto des ganzen Syndikats zu setzen. Die Arbeit der Bergarbeiter ist verglichen mit der Arbeit in anderen Berufen so einzuschätzen wie die Tätigkeit des Soldaten im Frieden verglichen mit der Tätigkeit des Soldaten im Kriege. Herr Auer und Herr Stögel haben nicht übertrieben. Ich könnte ihre Beispiele aus dem Schimpfregister noch steigern. Vor Gericht ist durch die Aussage dreier Arbeiter unter ihrem Eide festgestellt worden, daß die Disziplinarstrafen ganz willkürlich gegen sie verhängt waren. Das Kuller bringt die Arbeiter um ihren ganzen Lohn. Die Durchschnittsziffern des Herrn Müller widerlegen das nicht. Besonders empört die Arbeiter, daß die Gefängnisse nicht bestraft und die Wagen Mißliebiger, besonders Organisierten, mit Vorschiebe gemuldet werden. Das Kuller sollte schon deswegen unterbleiben, weil die Löhne an sich knapp genug sind und der erträgliche Durchschnitt nur infolge des Einrechnens der hohen Löhne und durch die Liebesgaben zustandekommt. Der Abg. Schmieding hat im Abgeordnetenhause gesagt, wenn es dem Bergarbeiter nicht gut ginge, wäre die Landflucht unerklärlich. Daß es den Landarbeitern nicht besonders geht, ist an sich schon keine Rechtfertigung der Grubenbarone. Zufällig weiß ich, daß auf der Zeche „Neumühl“ ein Arbeiter im Oktober 88 M. 55 Pf., im November 78 M. verdient hat. Wie man damit eine Familie ernähren kann, ist mir unerfindlich. Auch das Verhalten der Kassenärzte ist vielfach lieblos und wenig sorgfältig. Ist es etwas anderes als Hohn, wenn der Arzt einem armen Krüppel sagt, er sei noch nicht ganz erwerbsunfähig, weil er noch Müllner werden könnte? Man hätte diesen Arbeiter also wohl auf ein Konvaleszenzhaus schicken sollen? (Heiterkeit.) Das sind Kleinigkeiten, aber Kleinigkeiten haben schon oft zu Revolutionen geführt. — Es besteht das Bestreben, eine Sühnigkeit für die Bergarbeiter zu schaffen. Dahin gehört der Gebrauch, daß ein Arbeiter die Zechenhäuser sofort verlassen muß, wenn sein Arbeitsvertrag gelöst ist, ferner die Untersagungen, auch die er jeden Anspruch verliert, so bald er die Arbeit niederlegt. Durch alles dies will man dem Arbeiter die Bewegungsfreiheit rauben, man will ihn politisch korrumpieren. (Hört! hört! bei den Polen.) Wenn man auf Staatshälften rechnet, so wendet man sich an die falsche Adresse. Die Zechenbarone können dem Staate sagen: Lehre vor berei eigenen Tär. Versammlungen werden widerrechtlich verboten und aufgelöst, eine Beschwerde nutzt gewöhnlich nichts. Der Herr Reichskanzler sprach vom Schutze der persönlichen Freiheit. Wie sieht es aber in den dem Grafen Bischoff unterstellten Betrieben aus? Vor mir liegt ein Zeugnis eines Magazinvorgewalters, das mit brutaler Offenheit ausspricht, daß der Betreffende zwar beschiden, freisch, zuverlässig, nüchtern und ehelich sei, aber entlassen werde, weil er bei der letzten Landtagswahl für den polnischen Kandidaten gestimmt habe! (Hört! hört! bei den Polen.) Und da tritt der Herr Reichskanzler für den Schutz der Arbeitswilligen ein! — Die polnischen Bergarbeiter werden mit ihren deutschen Kameraden jederzeit zusammenstehen. Die polnische Fraktion fühlt sich mit den polnischen Bergarbeitern solidarisch, sie ist bereit, mitzuarbeiten an einem Reichs-Vergesetz. Vor allem aber wünscht sie, daß die Regierung alles tut, um den Streik möglichst bald zu schlichten. Wie mir berichtet wird, haben die nicht zum Syndikat gehörenden Gruben „Freie Vögel“ und „Unverhofft“ sich zu Verhandlungen mit den Bergarbeitern bereit erklärt und haben gestern einen Vertrag mit ihnen abgeschlossen. Wenn das diese Gruben können, muß es das Syndikat erst recht fertig bekommen. Will das Syndikat nicht, so ist es Pflicht der Regierung, es zu zwingen. (Drab! bei den Polen.)

Abg. Behr (Holl.) zu Herrnheim (nat.): Meine politischen Freunde unterscheiden sehr scharf zwischen der Lage, die durch den Streik entstanden ist, und den Forderungen, die nach Ausbruch des Streikes gestellt wurden. Kamens einer sehr großen Zahl meiner Freunde kann ich die Geneigtheit aussprechen, diese sozialpolitischen Forderungen auf ihre Berechtigung hin zu prüfen und ihnen eventuell auf dem Wege der Gesetzgebung Folge zu geben. — Ich bedauere aufs lebhafteste, daß das Jahr 1905 wie das 1904 wieder mit einem kontraktbrüchigen Streik begonnen hat. Ich gebe zu, daß der erste Erlaß auf Zeche „Bruchstraße“ auch ein Kontraktbruch war. Wären aber die übrigen Verabredungen in der sonst maßvollen Rede Auer über diesen Punkt richtig, so hätte die Oberbergbehörde sich die größten Verschulungen zu schulden kommen lassen. Denn wir müssen drei Tage nach Erlaß alle Forderungen der Arbeitsordnung vorgelegt werden. Eine Reihe von Unklarheiten im Vergesetz lassen seine Revision notwendig erscheinen. Zunächst ist das Verhältnis zwischen der Bedingearbeit und der Arbeitsordnung nicht klar genug dargestellt. Dann hat bei der Bedingearbeit selbst der Arbeiter alle Pflichten und der Unternehmer volle Freiheit. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Denn wenn eine Veränderung des Bedinges notwendig wird und eine Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter nicht erfolgt, muß sich dieser mit dem ortsüblichen Tageslohn, d. h. etwa 2,80 M. zufrieden geben.

Meine politischen Freunde wünschen, daß das Wagnis nicht vollständig abgeblasst wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Es kommt gar nicht darauf an, ob es einen Lohnausfall von drei, von vier oder von fünf Prozent verursacht, sondern die Lasten an sich belästigt die Arbeiterkraft zu sehr. Wir erheben daher den Anspruch, daß die Regierung für die Abschaffung des Wagniswollens sorgt. Ebenso muß die Frage der Seilschaft gesetzlich geregelt werden. Die überreichliche Gesetzgebung schützt hier die Arbeiter besser als die deutsche. — Die ganze öffentliche Meinung hat ja mit den Ausständigen Sympathien, trotzdem die Lasten des Kontraktbruchs diese Sympathien etwas abschwächt. Die Sympathien sind deshalb so groß, weil die Arbeit unter Tage und in der großen Hitze in keiner Weise mit der Arbeit in Fabriken zu vergleichen ist.

Das ganze wirtschaftliche Leben Deutschlands ist abhängig von der Gesundheit der Verhältnisse in den Kohlen-Revieren. Denn ohne Kohle keine Industrie! Aber leider untergräbt das Zentralblatt der Gewerkschaften die Autorität der Arbeitgeber. Die Arbeiterführer können sich da nicht wundern, wenn sie selbst keine Autorität haben. In Amerika und England gliedert sich das politische Leben in zwei Richtungen, indem jede der Parteien alle Massen der Bevölkerung umfaßt. In Frankreich und Deutschland gliedert es sich in horizontaler Richtung. Die Gewerkschaftsbewegung hat doch schließlich das Ziel, die bestehenden Klassen aufzulösen und die Arbeiterschaft in den Vordergrund des Lebens zu bringen. In Frankreich sieht man,

welch schlimme Konsequenzen aus einer übertriebenen Gewerkschaftspolitik entstehen. Wir sind sehr für Arbeiterklammern. Wenn diese beständen, wäre der Streik vermieden worden. Ein national-liberaler Arbeiterverein hat merkwürdigerweise an mich die Eingabe gemacht, daß kein Maximal-Arbeitstag beschlossen würde.

Wie meine Partei darüber denkt, weiß ich nicht. Mein Freund Wassermann und ich sind persönlich der Meinung, daß bei der Ausnahmestellung der Bergarbeiter für diese ein Maximal-Arbeitstag angebracht ist.

Mit ganz besonderer Freude kann ich feststellen, daß die Bergarbeiter sich zu keinerlei Gewalttätigkeiten, zu keinerlei Anführern haben hinreich lassen, und daß die Regierung von einem Ausgebote militärischer Macht abgesehen hat. Wo die Sozialdemokraten die Macht haben, da schreitet allerdings sofort das Militär ein. Das war nicht nur unter Kaiser und so, sondern auch unter den sozialdemokratischen Regierungsräten in der Schweiz. Vor mir liegt eine Rechtfertigung des Regierungsrates Bülthöfer in Basel, der wegen des militärischen Aufgebotes beim Maurerstreik von seinen Genossen scharf angegriffen wurde. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Ra also! Zahren rechts.) Er schreibt in dieser Rechtfertigung im Baseler „Vorwärts“, die „Regerien“ betitelt, daß in den Gewerkschaften die Revolutionäre ihr Unwesen treiben, daß dort Regeregerie abgehalten, vom Generalstreik gefaselt, der Atheismus verhandelt und über hundert Dinge philosophiert und geschwätzt wurde, die nicht in die Gewerkschaftsbewegung gehörten; die verlässigeren Leute machen sich über die ganze Gewerkschaftsbewegung lustig. Gegenüber diesem militärischen Ausgebote der Miliz lobe ich mir doch das Verfahren der deutschen Regierung. (Sehr gut! und Heiterkeit rechts.) Ich glaube, daß diese Tatsachen den Maßstab zu einem objektiven Urteil und zur Anerkennung für sie bieten. Meiner Meinung nach hat die Mißstimmung über das Kohlen Syndikat mehr Anlaß zum Streik gegeben, als die tatsächlichen Beschwerden der Arbeiter. Das ist eine vitale Angelegenheit des Reiches, nicht nur Preußens. Auch die Hiberniaerwerbung hat uns sehr interessiert, weil wir in Süddeutschland ja abhängig von der Lieferung der Ruhrkohle sind. Wir hoffen, daß die Hibernia-Erwerbung nur der erste Schritt sein wird, dem die Erwerbung weiterer Zechen folgen wird. (Hört! hört! links.) Der Chef des Kohlen Syndikats hat heute auch eine viel größere politische Macht als der Handelsminister. Wir haben es vorausgesehen und deshalb schon 1900 den Antrag auf Reichsaufsicht über die Syndikats und Kartelle gestellt. Wir sind keine prinzipiellen Gegner der Kartelle, aber wir verlangen die Regelung ihrer Verhältnisse etwa nach den Beschlüssen des Juristentages von 1904. Ich habe im Namen meiner Partei die Erklärung abgegeben, daß wir beabsichtigen, beim Etat des Reichsanwalts des Innern eine Resolution einzubringen, dahingehend, möglichst bald sowohl die Vertreter der Bergarbeiter, als auch die Vertreter der Zechen vor die arbeitsstatistische Kommission zu laden, nicht etwa in der Absicht, den Streik beizulegen — denn dazu würde die Kommission keine Kompetenz haben —, sondern in der Absicht, daß nicht nur Herr Müller und Herr v. Beslow, sondern auch wir hier im Reichstage über die wirklichen Verhältnisse genau informiert werden. Wäre der Streik in England, so würde schon jetzt eine parlamentarische Kommission zur Prüfung der Verhältnisse eingeleitet. — Aber die arbeitsstatistische Kommission ist ja ein guter Erlaß dafür, denn alle Parteien und auch die verschiedenen Regierungen sind in ihr vertreten. Leider steht aus geschäftsmäßigen Gründen kein Mittel zu Gebot, einen dringenden Antrag einzubringen, sondern wir müssen uns auf eine sogenannte Resolution beschränken. — Aber es handelt sich um keinen gewöhnlichen Streik, sondern geradezu um ein nationales Unglück. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Deshalb hoffen wir, daß die Regierung tunlichst bald unseren Wünschen nachkommt. (Lebhafter Beifall bei den Rationalen.)

Preussischer Handelsminister Müller: Der Herr Vorredner hat eine große Anzahl von Vorschlägen gemacht, wie nach seiner Meinung die Streitigkeiten beigelegt werden können. Er möge mir verzeihen, wenn ich darauf hier nicht eingehe, es würde das nicht der Stellung entsprechen, die ich mir von Anfang an vorgezeichnet habe. Jede Äußerung über die Zulässigkeit von solchen Vorschlägen würde eine Stellungnahme bedeuten, von der ich gegenwärtig absehen muß. Ich meine, Gesetze soll man nicht ad irato (im Zorn) machen, aber wenn die Ruhe, wie ich hoffe, in nicht zu ferner Zeit zurückgekehrt sein wird, wird man zweifellos Lehren aus den jetzigen Streitigkeiten ziehen und dann wird die Zeit gekommen sein, zu erwägen, wo man Abhilfe schaffen kann. (Zuruf bei den Sozialdemokraten.) Daß ich bei der Enquete über die Zechenstilllegung keine Arbeitervertreter zugezogen habe, lag lediglich daran, weil ich mir in diesem Falle keinen Nutzen davon versprach. Herr Bresselt gegenüber betone ich, daß es mir nicht eingefallen ist, den Eigentümern der Zeche „Bruchstraße“ Kontraktbruch vorzuwerfen. Ich habe lediglich klargestellt, wie die Verhältnisse liegen. Ich bitte ihn, im stenogramm meine Ausführungen nachzulesen.

Abg. Dr. Spahn (Z.): Es ist wohl die Ueberzeugung der großen Mehrheit des Reichstages, daß die Sympathien des deutschen Volkes auf Seiten der Streikenden und nicht auf Seiten der Zechenbesitzer sind. Dieser Eindruck ist noch durch die Rede des Herrn Heyl erhöht worden. Dadurch, daß der bergbauliche Verein die Vermittlung abgelehnt hat aus ganz fadenförmigen Gründen, hat er die Zechenbesitzer in Unrecht gesetzt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf die juristische Frage, ob Kontraktbruch vorliegt oder nicht, kommt es jetzt gar nicht an. Wenn der Krieg besteht, ist es gleichgültig, wer ihn erklärt hat, es muß vielmehr mit allem Nachdruck auf den Frieden gewirkt werden. (Sehr richtig! im Zentrum.) In die Frage des Kontraktbruchs spielen moralische Gesichtspunkte wesentlich hinein. Auch der den Krieg erklärt, kann in einer moralisch besseren Situation sein als der, der ihn durch sein Verhalten dazu gezwungen hat. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Nach dem Verhalten des bergbaulichen Vereins auch gegenüber dem Staatskommissar fand ich das Auftreten des Handelsministers wenig energisch. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Seine Stellung als preussischer Minister legte ihm die Pflicht auf, die ganze Macht der preussischen Gesetzgebung anzuwenden und diesen Krieg zu Ende zu führen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der bergbauliche Verein behauptet, die Arbeiter hätten Forderungen erst nach Ausbruch des Streiks gestellt. Aber seit 1889 sind Jahr für Jahr diese Forderungen auch hier im Parlament erhoben worden. Seit der Reugründung 1904 ist die Macht des Syndikats ganz gewaltig gestiegen. Das Syndikat griff über auf Transport und Handel; es kam die Hibernia-Affäre, der Tropf-Zeust; das Zusammenwirken der großen Banken machte den Arbeiter so recht klar, daß beim Arbeitsvertrag nicht mehr Mann gegen Mann, sondern Gewerkschaft gegen Syndikat vorgehen mußte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten und im Zentrum.) Die Zechenverwaltungen, die zum größten Syndikat organisiert sind, hatten wirklich kein Recht mehr, eine Verhandlung mit den Organisationen abzulehnen, besonders im Bergbau, wo die Arbeiterverträge für ganze Reihen von Klassen festgesetzt sind. Und nun kommt als letztes und ärgstes: die Zechenstilllegung. Sie gibt dem Maximilianer Stimmes, dem man nachrechnen kann, daß er im Jahre Millionen und Millionen verdient, Anlaß, die Zeitsahrt zu verlängern. Was soll man da noch von Kontraktbruch reden?! Sollen die Zechenverwaltungen uns glauben machen, daß 177 000 deutsche Vergleute Forderungen stellen, die sie selbst nicht erfüllen, indem sie den Bergbau ruinieren?! Jetzt haben die Zechenbesitzer die ganze deutsche Volkswirtschaft gefährdet. (Sehr gut! b. d. Sozialdemokr.) Weißt man aber die Frage, ob die Löhne in derselben Weise, wie die Einnahme der Zechenverwaltung, gestiegen sind, so findet man, daß das nicht der Fall ist. (Hört! hört! bei den

Sozialdemokraten.) Die Löhne sind noch heute nicht so hoch, wie im Jahre 1900. Die Gesundheitsverhältnisse der Ruhrbergleute haben geradezu etwas Bedrückendes. — Die Auffassung des Herrn Ministers über die Bergarbeiter-Vereine und über ihren Einfluß auf den Streik beruhen auf Fehlschlüssen. Nur 40 Proz. der Bergleute sind organisiert. Diese waren zuerst gegen den Streik. Es entspricht aber durchaus den Zahlenverhältnissen, wenn diese von den 60 Proz. Nichtorganisierten fortgerissen werden. In Petersburg sind die Arbeiter nicht organisiert. Wären die deutschen Arbeiter nicht organisiert, wer weiß, welchen Gefahren wir entgegengehen würden! (Sehr richtig! links.) Der Herr Minister sollte den Zechenverwaltungen kräftiger entgegengetreten. Eine Möglichkeit der Abhilfe in der Sache gefunden werden. Ich würde es nach englischen Muster für richtig halten, daß, wenn die Zechenbesitzer sich auch gegenüber den Regierungsvertretern fernherhin ablehnend verhalten, eine Untersuchungskommission in Verbindung mit Bundesratsvertretern sofort im Reichstage zusammentritt, die die Beschwerden entgegennimmt und so rasch wie möglich mit Vorschlagschlägen kommt, die dann sofort hier erledigt werden. (Dravo! im Zentrum.)

Ich bedauere außerordentlich, daß der Herr Reichskanzler die Behauptung aufgestellt hat, die Organisationen der Arbeiter ständen im Dienste der politischen Parteien. Für die christlichen Gewerkschaften muß ich dies ganz strikte zurückweisen, sie sind gegründet, weil der Satz: Religion ist Privatsache, von den freien Gewerkschaften nicht gewahrt wurde.

Der Reichskanzler hätte die Zechenverwaltungen daran erinnern müssen, daß der Staat es ist, der die Klagen vergeben hat. (Lebhafter Beifall im Zentrum und links.)

Abg. Zimmermann (Ant.): Vor einigen Wochen hat Graf Pofadowsky den ganzen Kulturfortschritt auf die Affoziation des Kapitals zurückgeführt. Jetzt hat er den Salat. (Stürmische Heiterkeit bei den Antifemiten.) Vor dem Richterstuhl der höheren Berechtigung können trotz des Kontraktbruchs die Arbeiter glänzend bestehen. Aber der wachsenden Macht des Großkapitals im Bergbau gegenüber hat die Regierung sich bisher vollkommen macht- und rathlos erwiesen. Wohlmeinende Ermahnungen werden auf Herrn Stimmes keinen großen Eindruck machen. Ich habe noch immer das Mißtrauen, daß die schönen Gesichtsverprechungen des Herrn Müller nicht Wirklichkeit werden, besonders da Herr Müller uns als Vertreter des Mandatertums erscheint. Naturgemäß richtet sich bei einem so großen Unglück wie das deutsche Volk, wie dieser Streik es ist, der Blick stets auf die höchste Stelle. Es heißt, der Kaiser werde sich anlässlich eines Diners vom Kommerzienrat Lueg Vortrag über den Streik im Ruhrgebiet halten lassen. Wenn Zeitungsmeldungen richtig sind, so kam es ganz anders. Man unterhielt sich über drahtlose Telegraphie, vom Streik kein Wort. (Unruhe rechts.) — Der Reichskanzler hat den Arbeitern die harte Hand gezeigt, was tut er gegen die Ausschreitungen des syndizierten Großkapitals? Grimmschau war eine Strafpfote von durchweg sozialdemokratisch organisierten Arbeitern; im Ruhrgebiet aber hat die Sozialdemokratie vor den christlichen Verbänden den Klassencharakter zurücktreten lassen. Wir würden Unruhe gewiß bedauern. Aber wozu hat das Unternehmertum die Fremden und Unorganisierten, die Reserverarmee der Ausländer, herbeigeht? Ich freue mich, daß dem internationalen Großkapital gegenüber sich auch bei dem Interpellanten ein nationaler Jug gezeigt hat. Ich hoffe, er wird auch künftig die kleinen Handwerkerzünftigen nicht vom Großkapital leichtlich vernichten lassen. Wenn die großkapitalistische Entwicklung so weiter geht, kann es leicht kommen, daß die Monarchie vor der herrschenden Geldaristokratie zu einem Schatten wird und tief drinnen nur die elende Masse des feuerzählenden Pöbels bleibt. Wie forumpierend und demoralisierend die Herrschaft des Großkapitals ist, beweist ein Zitat der „Berliner Zeitung“, in dem ein hoher Staatsbeamter mit guten Beziehungen zu den Ministern zu lukrativer Tätigkeit als Repräsentant einer ersten Eisenbahnmaterial-Fabrik gesucht wird. (Lebhaftes Hört! hört! bei den Antifemiten.) Kann etwas Kräftigeres und Schimpflicheres gedacht werden? Vergessen wir nie, daß die Autokratie der schlimmste Feind des monarchischen Staatssystems ist. Wenn nicht gegen die goldene Internationale ein Damm gezogen wird, so wird die rote Internationale triumphieren. (Stürmischer Beifall bei den Antifemiten.)

Abg. Bömelburg (Soz.):

Bei dem Streik handelt es sich um eine spontane Volksbewegung, die nicht von einzelnen Personen hervorgerufen sein kann. Es war also keinlich, wenn vom Regierungssitze aus den Arbeiterführern der Vorwurf gemacht wurde, daß sie den Ausbruch des Streiks auf Zeche „Bruchstraße“ nicht verhindert hätten. Doch die Ordnung nicht gestört worden ist, ist nicht der Vermeidung der Sicherheitsmannschaften zu danken, sondern dem erzieherischen Einfluß der Arbeiterführer. Es war also nicht keinlich vom Abg. Weumer, zu erwähnen, daß auch einzelne Unruhen vorgekommen seien. Er hat dabei aus einer trüben Quelle geschöpft, wenn auch nicht aus der „Alteinhich-Wesfälischen Zeitung“, so doch aus einer dieser sehr nahen Zeitung; selbst vom Regierungssitze ist gegeben worden, daß diese Klammern Nachrichten übertrieben worden sind.

Abg. Weumer hat auch die Höhe der Unfälle im Bergbau bestritten; nun, nach der neuesten amtlichen Statistik betrug im Jahre 1903 die Zahl der Unfälle im allgemeinen 9,12 auf 1000, im Bergbau 19,9 (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten). Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang im allgemeinen 0,4 auf 1000, im Bergbau 1,88. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Am Schlusse seiner Rede hat Abg. Weumer uns zugerufen: Recht vor der eigenen Türe! weil in einer, seiner Ansicht nach sozialdemokratischen, Konsumgenossenschaft bei Offen die Brotzeife sehr hoch sei. Ich konstatiere zunächst, daß es keine sozialdemokratische Konsumgenossenschaft weder dort, noch sonst in Deutschland gibt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Außerdem sind die Angaben des Abg. Weumer unrichtig. Das Mikrogramm Schwarzbrod kostet nicht 19,3 Pfennige, sondern 16,5 Pfennige. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ferner sind die Speise dieser Genossenschaft höher. Beträgt doch der Wochenlohn in der Kruppischen Bäckerei nur 18 M., in dieser als sozialdemokratisch angesprochenen Bäckerei aber 25 M. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Sollte sich aber dennoch ein höherer Gewinn herausgestellt haben, so würde dieser ja doch wieder an die Mitglieder zurückgefallen sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) — Wenn aber der Abg. Weumer im ganzen ziemlich ruhig gesprochen hat, so hat er wohl auf seine Wählerchaft Rücksicht genommen.

Die Zechenverwaltungen haben die Unterhandlung mit den Arbeiterführern abgelehnt, weil sie keine Garantie für die Durchführung der Vereinbarung böten. Das ist ein fadenförmiger Vorwand. In Wirklichkeit handelt es sich um das Prinzip: Herr im eigenen Hause zu sein. Wir erleben alljährlich in Deutschland daselbe in Hunderten von Fällen. Beim Hamburger Hafenarbeiterstreik zum Beispiel wollte der Senat selbst vermitteln, aber die Arbeiter lehnten das ab. Bei dem Metallarbeiterstreik in Berlin erleben wir augenblicklich ja daselbe. Schon im ersten Befehl für Schaffung von Gewerbegerichten wurden diese als Einigungsämter eingeleitet. Bei der Revision des Gesetzes wurde sogar der Vorladungszwang dem Vorsitzenden der Gewerbegerichte gegeben. Aber all dieses blieb tatsächlich fruchtlos. (Hört! hört! b. d. Soz.) Wir haben Fälle, wo die Unternehmer beschlossen haben, die Gewerbegerichte als Einigungsamt überhaupt nicht anzuerkennen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Wir konnten deshalb von vornherein annehmen, daß die Vermittlungen abgelehnt werden würden. Und in der Tat haben die Unternehmer der Regierung nicht nur einen Korb gegeben, sie nicht nur sankt zur Tür hinauskomplimentiert, sondern die Unternehmer haben sogar die früheren Handlungen der Regierung dazu benutzt, um ihre Ablehnung zu begründen! Ja, sie



berlangen sogar von der Regierung, daß sie ihren, der Unternehmern, abnehmenden Standpunkt noch rechtfertigen solle. Die Regierung hat freilich nur geantwortet, was sie gefaßt hat. Die Unternehmer im Ruhrrevier kennen den preussischen Handelsminister nicht erst seit heute (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie kennen das offene Ohr der Regierung, wenn sie versuchen, in Aussicht genommene sozialpolitische Maßnahmen zu hinterziehen. Sie wußten, daß ihr Verhalten den Arbeitern gegenüber noch kurz vor Weihnachten von den Regierungsbeamten in Schutz genommen wurde, und sie wissen sehr gut, daß in den Betrieben des Staates nicht weniger Mißstände als in den Privatbetrieben vorhanden sind. Dazu kommt, daß die Besitzklasse in den Ministern nur Männer steht, die ihr Interesse vertreten sollen. Bedeutend schwieriger ist die Situation geworden durch das Auftreten des Reichsfinanzlers und des Handelsministers am ersten Tage der Interpellation. Der Reichsfinanzler hatte wohl einige Worte des Bedauerns dafür, daß die Unternehmer die Unterhandlungen abgelehnt haben, aber gleich hinterher hob er die Wirkung dieser Worte auf, indem er den Arbeitern gegenüber mit dem Polizeifäßel rasselte. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Wenn er sich am Schluß über unseren Aufruf beschwerte, so hat er ja nur durch seine Worte bestätigt, was wir da geschrieben haben. Und was sagte der Handelsminister? Er sprach von der Berechtigung der Berufsvereine, von Arbeitskammern, von der Revision des § 65 des Vergengesetzes. Das war alles nichts neues, das hat bereits früher Graf Posadowsky in Aussicht gestellt. Wenn er wirklich auf die Unternehmer Einspruch ausüben wollte, dann hätte er sagen sollen: wir haben die Absicht, in aller nächster Zeit den achtstündigen Arbeitstag, inklusive Ein- und Ausfahrt, für den Vergbau einzuführen; wir wollen das Wagenmüllern gesetzlich verbieten und wollen eine bessere Beaufsichtigung, unter Heranziehung der Arbeiter, einführen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Ueber so einfache Vorschriften hätten die Juristen nicht wochen- und monatelang beraten brauchen. Und wenn weiter die Unternehmer sich zu lange gesträubt hätten, den berechtigten Lohnforderungen der Arbeiter nachzukommen, so hätte er erklären sollen, daß die Regierung sich gezwungen fühle, an die Verstaatlichung des Vergbaues heranzugehen. Wenn die Herren mit ihrem jährlichen Einkommen von 20 bis 30 Millionen gemerkt hätten, daß diese großen Gewinne ihnen entgehen könnten, sie wären so rasch kleinsat geworden und Verhandlungen wären in kürzester Zeit zustande gekommen, aber freilich konnte der Minister Möller nicht, denn dann hätte man ihm gesagt, er sei auf dem besten Wege zur Sozialdemokratie. Dabei will ich gleich bemerken, daß auch die parlamentarische Untersuchungskommission nicht erst über die Notwendigkeit des Achtstundentages, Verbot des Wagenmüllerns und bessere Grubeninspektion Untersuchungen anzustellen braucht. Aber mit einer Untersuchung über die Lohnverhältnisse und die anderen Mißstände sind wir gern einverstanden. Im Jahre 1889 wurden ja die Arbeiter mit dem Polizeifäßel zur Arbeit zurückgetrieben. Dieses Mal wird es nicht so weit kommen. Aber sollten trotzdem auch dieses Mal die Streikenden unterliegen, so verdirbt es ihnen, es dauert nicht wieder 15 Jahre, bis die deutsche Industrie von neuem vor diese erste Gefahr gestellt wird. Darum gilt es Vorkehrungen zu schaffen, die die Wiederkehr eines solchen Ereignisses für absehbare Zukunft ausschließen.

Der Reichsfinanzler und der preussische Polizeiminister haben mit dem Polizeifäßel gerasselt, und wir können jeden Tag in den Zeitungen lesen, daß immer mehr Polizeibeamte in das Streikrevier gesandt werden. Wir scheinen die bis jetzt zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung getroffenen Maßnahmen keineswegs geeignet zu sein. Wir ist heute ein Telegramm zugegangen, in dem es heißt, es herrsche geradezu musterhafte Ruhe, in Oberhausen aber seien Streikende von Zehnpolizisten aus den Betten geholt worden (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten), ein streikender Arbeiter sei von Zehnpolizisten geschlagen, bis er blutend zusammenbrach. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Was über Befähigungen von Arbeitswilligen gesagt wird, bezeichnet das Telegramm als erlogen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das Verhalten der Polizei und der Behörden den Streikenden gegenüber wird im allgemeinen gelobt; nur über die von Zehnen eingerichteten Zehnwachen, die aus Zehnenbeamten gebildet werden, wird geklagt. Nach einer Aeußerung des Bürgermeisters von Witten soll diese Einrichtung auf Veranlassung von oben erfolgt sein. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dieser Bürgermeister ist auch dafür eingetreten, daß zwischen den Behörden und den Vergarbeitern eine möglichst enge Fühlung bestehen sollte. Er hat seine Freude über die Haltung der Streikenden und seine Hoffnung ausgesprochen, daß diese ihre Haltung nicht ändern würden. Der Bürgermeister hat auch die ihm nahe gelegte Verletzung der Gendarmrie und die Heranziehung von Militär abgelehnt und den Streikenden sein Vertrauen ausgesprochen. Ich bin sehr überzeugt, daß, wenn alle Bürgermeister so redeten, wir überhaupt keine Polizei brauchen. Die Fühlung der Behörden mit den Ausführenden gewährleistet die Ruhe und Ordnung. — Aber so sind die Herren nicht alle. Das Oberhaupt der Stadt Gelsenkirchen macht bekannt, daß Zusammenrottungen mit Strafen bis zu zehn Jahren Justizhaus geahndet werden, und beruft sich dabei auf eine Kabinettsorder vom 29. September 1846. — Für das Gesicht des Oberbürgermeisters von Dortmund liefert die Geschichte Dortmunds eine Fülle von Beispielen. (Sehr richtig!) Dort kam es bei der letzten Wahl durch das rigorose Auftreten der Polizei zu großen Unruhen; die Polizisten hieben überall und sofort ein — und der Oberbürgermeister, weit entfernt, sie zu tadeln, nannte ihr Auftreten korrekt! — Die beste Beurteilung hat er gefunden, als bei einer dieser Vorgänge betreffenden Geschäftsverhandlung der letzten Zeit selbst ein Polizeikommissar ausfragte, daß die Beamten ihre Befugnisse überschritten hätten und gerügt worden wären. — Und doch treibt der Herr Oberbürgermeister Regierungsrat Schmieding es jetzt wieder so. — Er stattete jetzt als Erster Feuerwehrlente u. m. mit Polizeibefugnissen aus, verbot — ungefahrungsweise — das Streikpostenstellen, und nachdem er eine Arbeiterversammlung, die auf ihrer Tagesordnung den Vergarbeiterstreik führte, verboten hatte, ließ er die Verteilung von Zetteln nicht zu, auf denen kurz stand: „Die Versammlung ist verboten worden! Proleten, geht ruhig nach Hause!“ Als eine Versammlung der Belegschaften der Zeche „Kaiserstuhl“ angefaßt war, schickte er 80 Polizisten; selbst die Zehnenverwaltung hielt das für zu viel und behielt davon nur 25! Und gerade bei der altangesehnen Vergarbeiterbevölkerung Dortmunds sind Unruhen nicht zu befürchten. Aber der Herr Oberbürgermeister soll als Mitglied des Aufsichtsrates der Harpener Vergbaugesellschaft ja 20—30 000 Mark im Jahre beziehen! Verhängnisvoll wäre es, wenn der Herr soweit ginge, Versammlungen zu untersagen; denn diese bieten Gelegenheit, die Leute zu beruhigen und zur Ordnung zu ermahnen. — Freiherr v. Deyl empfahl, bei solchen Gelegenheiten Militär heranzuziehen und bereit sich darauf, daß dies in der Schweiz unter Zustimmung der sozialdemokratischen Abgeordneten geschehen sei. Dies ist in einem Fall nur zum Teil, im anderen gar nicht zutreffend. Man spricht immer soviel vom Schutze der Arbeitswilligen. Manchmal freilich dürfte eher ein Schutz gegen die Arbeitswilligen angebracht sein. Diese bestehen zum größten Teil aus moralisch defekten Leuten, die zu ruhigen Zeiten überhaupt nicht arbeiten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es um so bedenklicher, wenn man neuerdings sogar dazu übergegangen ist, die Arbeitswilligen zu bewachen. So hatte bei dem Streik in Leverkusen die Fabrikleitung jedem Arbeitswilligen einen eisenschlagenen Stod übergeben (Hört! hört! b. d. Soz.) und auf einem Bau in Köln wurden alle Arbeitswilligen mit Revolvern bewaffnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In der Zeche „Kaiserstuhl“ 65 Zuschläger angefertigt, die man den Arbeitswilligen in die Hand geben will. (Medner legt einen solchen Zuschläger an dessen Ende sich ein eiserner Ring befindet, unter Leitung der Rechten auf den Tisch des Hauses.) Bereits am vorigen Donnerstag sind nicht weniger als 15 solcher Wordinstrumente

ausgegeben. Von irgend welchen Anordnungen des höchsten Polizeibefehl, daß solche Zuschläger den Arbeitswilligen nicht übergeben werden dürfen, hat man nichts gehört. Auf diese Weise kann die Ruhe und Ordnung während nicht ausreicht erhalten werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Zahl der Gesetzesübertretungen während des Streiks ist geringer als in ruhigen Zeiten. Aber durch solche Maßnahmen sind die Behörden ja geradezu die Unruhen hervor. Ebenwenig sind die sogenannten Zehnwachen geeignet, die Ruhe zu erhalten. Sie bestehen doch nur aus Zehnenbeamten, die vor allem den Wünschen ihrer Vorgesetzten Rechnung zu tragen haben. Daher möchte ich die Regierung dringend bitten, die Zehnwachen so schnell wie möglich zu beseitigen, die Ueberwachung allein den Polizeibeamten zu überlassen und diesen die strenge Weisung zu geben, daß sie nur dann eingreifen, wenn ungeschiehe Handlungen vorkommen. Man sollte den Führern der Gewerkschaften Gelegenheit geben, für die Ordnung zu sorgen. Die Behörden sollten sich mit ihnen verständigen. Dann kann der Streik monatelang dauern, ohne daß es zu Unruhen kommt. Man muß einmal von Regierungsseiten von dem alten Schema abweichen und muß versuchen, diese für das Deutsche Reich so schwierige Frage möglichst bald aus der Welt zu schaffen. (Lebhafte Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. von Heydebrand und der Lasa (konj.): Ein näheres Eingehen auf den Streik würde mich in Widerspruch mit unserer vom Abg. v. Kormann verlesenen Erklärung setzen. Aber ich will diese Erklärung etwas erläutern. Es ist von gegenseitiger Seite behauptet worden, daß wir über die Rechtsfrage den sozialen Gesichtspunkt in dieser Angelegenheit vergessen haben. Wir wissen wohl: sumum jus summa injuria. (Das höchste Recht ist das höchste Unrecht.) Aber das gilt doch nur bei den vitalsten Interessen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Diese Voraussetzung ist hier nicht gegeben. Wir haben nicht die Ueberzeugung gewinnen können, daß auf Seite der Grubenbesitzer ein direkter Kontraktbruch vorgekommen ist. Es ist gar keine Frage, daß die Arbeiter mit vollem Recht sich über vieles beschweren können. (Hört! hört! links.) Besonders das Stilllegen der Zechen wird von meinen politischen Freunden nicht gebilligt. Wir finden darin eine Verletzung von nationalen Werten, die wir dringend brauchen. Aber das berechtigt die Arbeiter noch nicht, sich über bestehende Verhältnisse hinwegzusetzen. Es handelt sich um keine Lebensfrage, die von heute auf morgen entschieden werden mußte. Es wäre vielleicht gut gewesen, wenn die Zehnenverwaltungen an den Vermittlungen teilgenommen hätten. Das hätte der Sache die Schärfe genommen. (Hört! hört! links.) Aber die Zechen standen nicht ihren Arbeitern allein, sondern der ganzen organisierten Arbeiterschaft gegenüber. Bis zu einem gewissen Grade kann man es doch verstehen, wenn die Zehnenbesitzer jetzt gegenüber diesem Kontraktbruch nicht eher verhandeln wollen, als bis durch Zurückkehr zur Arbeit er wenigstens einigermaßen wieder gutgemacht ist. (Lachen b. d. Soz.) Diese Frage muß doch vorangestellt werden, weil doch das Recht etwas ist. . . . (Zuruf bei den Sozialdemokraten: was von Ihnen gebrochen wird! — Unruhe rechts.) Ich vertrete nicht den Standpunkt der Arbeitgeber, sondern den des Rechts! Wir haben ein volles Verständnis für die Forderungen des vierten Standes. Aber sie würden leichter anerkannt werden, wenn nicht mancherlei politische Dinge hineinpielten. Der vierte Stand kann sich nicht wundern, wenn er auch politische Gegnerschaft findet, wenn auch er kein Verständnis für die Bedeutung der anderen Stände hat. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Man darf nicht vergessen, daß die Arbeitgeber auch eine nationale Mission haben und eine produktive Rolle im Wirtschaftsprozess spielen, und daß die Ansprüche des vierten Standes zur Verwertung der Arbeit und damit der Güter führen und damit die Arbeiter selbst doch auch treffen. Mit diesem Vorbehalt stehen wir den Arbeitern sehr wohlwollend gegenüber. Es handelt sich nicht darum, eine Konzeption zuzugestehen, wie der Abg. Stöder meinte. Wir stehen vollkommen auf dem Standpunkte eines wirklich konstitutionellen Staatswesens. (Abg. Bebel: Haben wir ja noch garnicht!) Aber heute herrscht schon auf Seiten der Arbeiter vielfach ein Absolutismus. (Stürmische Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Das kommt Ihnen komisch vor, ist aber doch so. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Besonders bei den Landarbeitern! Große Heiterkeit.) Die Rücksicht auf diejenigen, die nicht in der Organisation sind, ist ein Gebot der Menschlichkeit, der Freiheit, die Organisation der Arbeiter darf nicht zum Terrorismus führen. Das Auftreten des Reichsfinanzlers und auch des Ministers Möller hat uns die Ueberzeugung gegeben, daß bei ihnen Wohlwollen entscheidender Wille ist. (Lebhafte Zurufe bei den Sozialdemokraten: Rein, nein! Keine Spur!) Dann können Sie allerdings für die Enquete-Kommission stimmen, aber wir sind nicht dafür zu haben. Herrn Stöder, für den ich die größte Verehrung habe, will ich nur erwidern, daß auch die Arbeit eine Gott gewollte ist und daß es nicht nur ein Christentum der Arbeiter, sondern auch ein Christentum aller gibt. Darauf müßten wir mit aller Klarheit Bedacht nehmen, nur so werden wir durch Gerechtigkeit nach beiden Seiten den Frieden fördern, den wir alle wollen. (Bravolurde.) Hierauf wird ein Vertagungsantrag angenommen.

Persönlich bemerkt  
Abg. Dr. Deumer (natl.): Der Abg. Bömelburg hat meine Angaben über die Brotpreise in der Bäckerei „Volkswohl“ bestritten und behauptet, sie betrügen nicht 19, sondern nur 16 Pfennige. Ich habe die amtlichen Ziffern vom Mai 1903 bis zum April 1904 vor mir, in diesen befindet sich kein einziges Mal der Preis von 16 Pfennigen, sondern die Preise schwanken zwischen 17 und 19 Pfennigen.

Abg. Korfanty (Pole) zur Geschäftsordnung: Durch die Vertagung ist mir das Wort entzogen worden. Ich wollte über die oberflächlichen Verhältnisse sprechen, was nicht unwichtig ist, da der Streik dahin hübergeschlagen kann.

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abg. Korfanty, das Wort ist Ihnen durch die Vertagung nicht entzogen worden, Sie stehen noch immer auf der Liste. (Heiterkeit.)

Nächste Sitzung Dienstag 1 Uhr. (Interpellation Böling über die medlenburgerischen Verfassungsverhältnisse.)

Schluß 5/4 Uhr.

## Der Kongreß der italienischen Gewerkschaften und Arbeitskammern.

Rom, den 10. Januar 1905.  
(Vierter Tag.)

In der Gewißheit, daß der letzte Tag nicht hinreichen würde, um alle noch auf der Tagesordnung stehenden Fragen zu erledigen, beschließt der Kongreß in namentlicher Abstimmung gegen 10 Stimmen sofort in das Thema: Verhalten des Proletariats gegenüber der Gewaltpolitik der herrschenden Klassen einzutreten.

Dierzu liegt ein Referat der Arbeitskammer von Mailand vor, das schon nach dem Wutbad von Buggero, also vor dem Ausbruch des Generalstreiks geschrieben worden ist. Das Referat hebt hervor, daß die Verwendung bewaffneter Macht gegen Streikende diesen das Recht der Notwehr verleiht, so daß die Arbeiter voll berechtigt sind, der Gewalt entgegenzutreten. Gleichzeitig müsse aber das Proletariat auf Mittel finden, um diese Verbrennen der herrschenden Klasse unmöglich zu machen. Es sei ferner Pflicht der Organisationen, der herrschenden Klasse die Waffe zu entwenden, die ihr durch das Heranziehen von Streikbrechern sowie durch die Verwendung von Soldaten an Stelle von Streikenden zur Verfügung steht. Es sei deshalb in allen Schichten des arbeitenden Volkes zu agitieren, um so das Klassenbewußtsein zu wecken, durch das der Verrat in den eigenen Reihen unmöglich wird.

Die Mailänder Arbeitskammer legt ihre Schlussfolgerungen in folgender Tagesordnung dem Kongreß vor:

„In Erwägung, daß die Repression und die mit den neuen Zerkürungsmitteln bewaffnete staatliche Einmischung bei den wirtschaftlichen Kämpfen ein charakteristisches Merkmal des bürgerlichen Regimes ist;

in Erwägung, daß in Italien infolge der Rückständigkeit des Bürgeriums und der politischen Institutionen diese Repressionen die gewaltsamsten Formen annehmen und zum Schlimmen werden;

fordert der Kongreß die Organisationen auf, die Agitation zu vermehren, damit die unter die Waffen gerufenen jungen Leute volles Bewußtsein ihrer Aufgabe erlangen und ihr Verhalten demgemäß regeln,

erklärt der Kongreß ferner, daß, obwohl die Verantwortung für die Gewalttat auf die Regierung als auf die Vertretung der herrschenden Klassen zurückfällt, den Arbeitern dennoch das Recht der Notwehr ihren Exekutivorganen gegenüber zusteht und sie auf die Gewalt zu antworten haben, sei es durch materielle und moralische Unterstützung der Opfer, sei es durch Brokkamierung des Generalstreiks, mit dem ausdrücklichen Zweck des Protestes, welchen Generalstreik das Gewerkschaftskomitee im Verein mit den Arbeitskammern leisten werden, sei es durch die Verbreitung des Bewußtseins in der Arbeiterschaft, von der Notwendigkeit mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln solche Verbrennen der herrschenden Klassen unmöglich zu machen;

gibt der Kongreß schließlich dem Wunsche Ausdruck, daß die arbeitenden Klassen Italiens ihre Tatkraft aufbieten mögen, um jene Institutionen niederkämpfen, die der freien Entfaltung des Klassenkampfes entgegenstehen.“

Die Diskussion über diese Tagesordnung gestaltete sich sehr lebhaft.

Cabrini und Reina heben die Notwendigkeit hervor, den Streik zu disziplinieren, damit er nicht wie ein vom betöuhten Willen unabhängiges Naturereignis hereinbricht.

Guarino macht auf die Notwendigkeit aufmerksam, die Gewerkschaften als solche bei einem Generalstreik nicht entscheiden zu lassen. Die Zentralorganisation könnte nur schwer die Ortsgruppen benachrichtigen und leiten. Dazu seien die Arbeitskammern der einzelnen Orte da. Der Vorschlag Guarinos, alle Gewerkschaften aufzufordern, alle entgegenstehenden Bestimmungen ihrer Statuten abzuschaffen, wird einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung der Arbeitskammer von Mailand geht darauf in namentlicher Abstimmung mit 41 Stimmen durch. (Lebhafte Beifall.)

Hierauf wird zu dem nächsten Punkt: Ortsstatut der Arbeitskammern übergegangen. Auf Antrag des Referenten Dell'Aballe beschließt der Kongreß, daß nur eine Arbeitskammer in jeder Provinz zu bestehen habe. Die anderen haben als Filialen zu gelten. Es wird die Notwendigkeit hervorgehoben, die Arbeitskammern zu Sachwaltern aller Klasseninteressen des Proletariats heranzubilden.

Ueber das Zentralsekretariat der Arbeitskammern und Gewerkschaften und über die Regelung der Beitragsquoten der Arbeitskammern soll ein Kommissionsentwurf vorgelegt werden, über den durch Referendum entschieden werden soll.

Es wird noch eine Tagesordnung Franconi angenommen, daß die den Gewerkschaften angehörigen Abgeordneten als Beauftragte der Gewerkschaften in der Vertretung der sozialen Gesetzgebung im Parlament zu gelten haben.

Darauf bestätigt der Kongreß Mailand als Sitz des Zentralkomitees und schließt dann seine Arbeiten unter dem Protest einiger Delegierten, die über die Nichterledigung einiger wichtiger Punkte der Tagesordnung Beschwerde führen. In der Tat kann man dem Kongreß den Vorwurf, mit seiner Zeit wenig haushälterisch umgegangen zu sein, nicht ersparen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. Januar.

### Für das Recht der Vergarbeiter.

Die heutige Fortsetzung der Debatte über den Streik im Ruhrrevier konnte den Eindruck der Sonnabendstimmung nur verstärken. Während es da noch einen Redner gegeben hatte, der im Gegensatz zu allen anderen die Berechtigung der Arbeiterforderungen zu leugnen suchte, erklärten heute alle Redner aus allen Parteien ohne jede Ausnahme die Forderungen der Streikenden für gerechtfertigt, mochten sie zum Streik selbst eine freundliche oder feindliche Stellung einnehmen.

Zunächst proklamierte der Pole Brejski die vollkommene Solidarität seiner Partei mit den kämpfenden Vergarbeitern. Seine Feststellung, daß die nichtsyndizierten Zechen „freie Vögel“ und „Unberhofft“ die Arbeiterforderungen bewilligt hätten, unterstrich die Tatsache, daß es sich um einen Kampf zwischen dem syndizierten Kapital und der Arbeit handelte.

An diese Feststellung hielten sich auch alle folgenden Redner. Freiherr v. Deyl, der bekannte Sozialpolitiker und Gewerkschaftsfeind aus der nationalliberalen Fraktion, benutzte zwar auch die Gelegenheit dieser Debatte, um wie Herr Dr. Deumer mit der Stellung sozialdemokratischer Minister in Frankreich und sozialdemokratischer Regierungsräte in der Schweiz eine mehr als dürftige Polemik gegen die Sozialdemokratie zu führen, aber im übrigen forderte er die Befreiung des Wagenmüllerns, den Maximal-Arbeitstag, die Gleichberechtigung der Arbeiter bei Feststellung des Bedinges und machte sich so die wesentlichsten Forderungen der Vergarbeiter zu eigen.

Herr v. Deyl will der Souveränität des Unternehmertums zwar nicht den Konstitutionalismus der Gleichberechtigung von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gegenüberstellen, wohl aber über beide die Souveränität der Gesetzgebung erheben. Zu dem Zweck verlangt er eine parlamentarische Enquete-Kommission, die möglichst bald einen Gesetzentwurf zum Ausbau des Vergrechts ausarbeiten soll.

Weit scharfer begründete der Zentrum's-Abgeordnete Spahn dieselbe Forderung. Er zeigte das Unsinnsige des Gedankens an einen individuellen Arbeitsvertrag in einer Industrie, in der sich das Kapital, wie in keiner andern, zu gewaltigen Affoziationen zusammen getan hat, beleuchtete die Gemeingefährlichkeit des Syndikats und wies mit einer nach alledem recht deutlichen Kl.-forderung darauf hin, daß den Vergwerksbesitzern der Staat das Nutzungrecht verlehren habe. Wenn man den Worten des Zentrums trauen kann, ist es also bereit, zur Verstaatlichung des gesamten Vergbaus zu schreiten, wenn das Unternehmertum in seinem hartnäckigen Widerstreben verharrt. Herr Spahn hatte nebenbei auch das Gerüde vom Kontraktbruch zerstückt; sein Vergleich mit dem Kriege bewies, wie unerheblich diese rein juristische Frage ist. Nicht, wer den Krieg erklärt, sondern wer das moralische Recht auf seiner Seite hat, hat auf die Sympathie der gesamten Welt Anspruch.

Trotzdem versuchte auch heute der konservative Redner, Herr v. Heydebrand, mit diesen lächerlichen Argumenten zu arbeiten. Nachdem die Konservativen sich einmal durch die Fraktionserklärung auf diesem unhaltbaren Standpunkt festgerannt hatten, haben sie nachträglich gehört — von selbst wußten sie das wohl nicht —, daß die Arbeiter in den Streik eingetreten seien, ohne die Unternehmer vor das Verg-Schiedsgericht zu laden. Das sollte ihnen ein zweites Argument für ihre Stellung geben. Zum Dritten versicherten sie, daß das Christentum nicht nur für die Armen, sondern auch für — alle da sei, und schließlich machten sie die Entdeckung, daß vielfach ein Terrorismus der Arbeiter gegenüber den armen Unter-



nehmen bestände, den sie wahrscheinlich bei den Landarbeitern so gut haben beobachten können, wie bei den Kohlenarbeitern gegenüber dem kapitalistischen Syndikat. Mit diesen „Einschränkungen“ stehen auch die Konserwativen den Arbeiterforderungen „verständnisvoll und wohlwollend“ gegenüber.

Das gerade Gegenstück zu diesen konserwativen Verlegenheitsphrasen waren die demagogischen Erbidialitäten, durch die der antisemitische Abg. Zimmerman sich mit dem Streik abzufinden suchte. Da er die Herren Stimmes, Thöffen und Daniel mit dem besten Willen nicht zu Juden machen konnte, so benutzte er die Gelegenheit, um die Minister Köller und Graf Bosadowitz in persönlicher Gehässigkeit anzugreifen, von der Stellung der Sozialdemokratie gegenüber den Warenhäufern und dergleichen Dingen mehr zu schwärzen. So bergarbeiterfreundlich die Rede des antisemitischen Abgeordneten auch ansaffiert war, so wirkte sie durch die brutale Manier, in der sie mit Volksversammlungs-Schlagworten, wie dem von der roten und goldenen Internationale, arbeitete, abstoßender als die des konserwativen Lobredners auf das Unternehmertum.

Umsowirksam war die ruhige, sachliche Art, in der Genosse Bömelburg von dem folgenreicheren Kampfe der Bergarbeiter sprach. Er versicherte zunächst aus seiner eigenen Kenntnis des Bergarbeiters heraus, daß die Ruhe im Streikgebiet nur durch den Ueberseer oder die Ungeächlichkeit der Polizeibehörden gefährdet werden könnte, daß, um sie aufrecht zu erhalten, es des Säbelrasens der Minister nicht bedürft hätte. Viel eher hätten sie gegenüber dem Trost-Trußt des Unternehmertums, der selbst der Autorität der Staatsregierung spottet, die Macht des Staates zur Geltung bringen sollen. Eine Drohung mit der Einführung des gesetzlichen Achtstundentages, dem gesetzlichen Verbot des Wagenmillens, der gesetzlichen Hinzuziehung der Arbeiter zur Grubeninspektion, zuletzt die Drohung mit der Expropriation hätte die Unternehmer rasch nachgeben gelehrt. Zu all diesen Maßnahmen bedürfte es nicht erst wochenlangender Erwägungen. Greift trotzdem die Regierung nicht dazu und unterliegen die Arbeiter im Kampfe, so wird, das stellte Genosse Bömelburg der Regierung bestimmt in Aussicht, die deutsche Industrie im ungewissen für längere Frist vor der Gefahr eines neuen Meienkampfes der Bergarbeiter stehen.

Herr Köller wußte auch heute nichts Besseres zu erwidern, als daß die Regierung nach dem Streik sich überlegen werde, ob und welche Gesetze sie zum Schutz der Bergarbeiter vorschlagen solle; einwilligen will sie abwarten, bis die Unternehmer von selbst zur Einsicht kommen.

Gegenüber dieser bequemen, aber gefährlichen Untätigkeit der Regierung hielt der Reichstag es für zwecklos, morgen die Streikdebatte fortzusetzen; er vertagte sie auf unbestimmte Zeit.

Morgen wird er sich mit der Interpellation Büsing (natl.) über die Revision der mecklenburgischen Verfassung beschäftigen.

### Preussisches Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm am Montag zunächst in dritter Lesung die Sibernia-Vorlage mit großer Mehrheit an. Gegen den Entwurf stimmten die Freisinnigen und eine kleine Zahl Nationalliberaler, wie Herr Schmieding, der in dem Erwerb von Aktien der Sibernia den ersten Schritt zu einer Verstaatlichung des gesamten Bergbaues erblickt, und Herr Syndikus Sirsch, der fürchtet, daß durch diese Vorlage Verunreinigung in den gesamten Kohlenbergbau gebracht wird.

Es war erklärlich, daß die Anwälte des Grubenskapitals, die Herren Schmieding und Sirsch, wie kürzlich bei der Staatsberatung, so auch jetzt wieder Stimmung gegen die armen Bergarbeiter zu machen suchten. Beide verteidigten das Verhalten des bergbäulichen Vereins im Gegensatz zu ihrem früheren Fraktionsfreunde, dem Minister Köller, der in dem Vorgehen der Kohlenbarone einen schweren politischen Fehler erblickt. Herr Sirsch suchte seinem heberischen Treiben von neuem die Krone aufzusetzen, indem er — übrigens ohne dafür zur Ordnung gerufen zu werden — unseren Genossen Que und die „übrigen sogenannten Arbeiterführer“ als „Arbeiterführer“ bezeichnete und die Beschwerden der Bergarbeiter samt und sonders als unbegründet erklärte.

Hierauf begann das Haus die Beratung des Etats der Landwirtschaftlichen Verwaltung. Die sogenannte Generaldebatte wurde mit einer Konfusion, in dem ihm eigenen Deutsch gehaltenen Rede des Ministers v. Bodbielski eingeleitet, in der er sich über seine bekannten Pläne zur Entschärfung des ländlichen Grundbesitzes, über Maßnahmen zur Seuchenbekämpfung und dergleichen verbreitete und sich als „Angriffskarnikel“ der Presse präsentierte. Mund heraus erklärte der Minister, er werde nur noch dem Hause Rede und Antwort stehen, aber mit der Presse will er nichts zu tun haben; die hat ihn zu sehr geärgert. In welchem Zusammenhang dieser Teil seiner Rede mit dem Etat steht, ist nicht zu ersehen. Herr v. Bodbielski wollte offenbar nur seinem gepreßten Serzen Luft machen.

Nach belangloser Debatte wurde die Weiterberatung auf Dienstag verlagert. Vorher wird die Geschäftsordnungskommission über das Schreiben des Polizeipräsidenten in Kassel betr. die Ermächtigung zur strafrechtlichen Verfolgung des „Volksblatt für Hessen und Wald“ wegen Verleumdung des Abgeordnetenhauses Bericht erstatten.

### Demokratisches Zentralorgan für Streikbrecher-Inserate.

Einer Uebertragung der Moskischen „Volks-Zeitung“ haben wir uns, wie wir belennen, schuldig gemacht. Wir hatten angenommen, daß der Verkauf der Redaktion des demokratischen Blattes an die Inseratenfirma von den Betroffenen nicht sehr angenehm empfunden worden sei, daß man sich unfrei fühle und ein Gefühl sich bewahrt habe für die Praktiken eines großindustriellen Zeitungsgeschäftes. Die „Berliner Volks-Zeitung“ teilt uns nun in eigener Sache in einem langen Leitartikel mit, daß sie sich durchaus wohl und frei fühle; der Inseratenteil übe keinerlei Einfluß auf die redaktionelle Haltung aus, und im übrigen — Geschäft ist die Hauptsache — ginge es der „Volks-Zeitung“ so gut, daß der „Vorwärts“ offenbar Konkurrenzgeid empfinde. Außerdem übten wir publizistische Ehrabsichtlichkeit, verfolgten die erbärmliche Methode, den politischen Gegner in der Achtung der Parteigenossen herabzusetzen, verfügten über eine lobenswerte Bestimmung usw. Zwischenworte wird in diesem und in einem anderen folgenden Artikel auch den Lesern der „Volks-Zeitung“ mitgeteilt, daß der „Vorwärts“ tatsächlich weder die Redaktion der „Volks-Zeitung“, noch die Gewerkschaftler mangelhafter Unterstützung für die Bergarbeiter geziehen hätte, sondern daß es sich nur um eine Kritik der freisinnigen Partei gehandelt habe.

Wenn die „Volks-Zeitung“ ihre Unabhängigkeit vom Inseratenteil der Firma Mosse anpreist, so haben wir dagegen gar nichts einzuwenden. Wir haben vielmehr über die Unabhängigkeit des

Inseratenteils von der Redaktion und aufgehalten und es für unvereinbar mit der Ueberzeugung eines arbeiterfreundlichen Blattes erklärt, daß es sich zum Zentralorgan für Streikbrecher-Inserate hergebe. Wir haben wiederum die Moral der „Volks-Zeitung“-Herren überschätzt, wenn wir voraussetzten, daß es den Herren ein peinliches Gefühl sei, nicht so viel Einfluß auf den Inseratenteil zu haben — bei der sozialdemokratischen Presse ist ein solcher Einfluß selbstverständlich — um die Ausmerzungen dieser arbeiterfeindlichen Inserate zu erreichen. Wir erfahren nun, daß die „Volks-Zeitung“ schon zufrieden ist, wenn sie nicht noch die direkte Politik ihres Inseratenteils zu vertreten braucht. Wir können der „Volks-Zeitung“ versichern, daß wir nicht wiederum voraussetzen werden, daß sie sich nicht völlig den Bedingungen der Firma Mosse angepaßt habe, sondern auch den Widerspruch zwischen einer demokratischen arbeiterfreundlichen Haltung und einem brutalen Inseratengeschäft empfindet.

### Huoland.

#### Frankreich.

##### Das neue Kabinett.

Von dem neuen Ministerium gehören Roubier, Poincaré und Dupuy der republikanischen Vereinigung des Senats an, Delcassé, Etienne und Thomson der demokratischen Vereinigung, Ruau und Guyot-Deissegne der radikalen Linken und Vertean, Dubief und Vienvenu Watrin der sozialistischen radikalen Gruppe der Kammer. Roubier hatte die Absicht, ein Portefeuille einem Mitgliede der über 100 Mitglieder zählenden demokratischen Linken des Senats anzubieten, doch wurde davon Abstand genommen, da dem Ministerium in der Regel nicht mehr als drei Senatoren angehören.

In dem ersten Ministerrat des neuen Kabinetts soll auch die Frage der Amnestie erörtert werden. Was die Denunziationsangelegenheit anbelangt, so wird das neue Kabinett angeblich beschließen, den Kommandeur des 9. Armeekorps Peigné und die Majore Regnicourt, Pasquier und Vouqueron zu mahregeln. Falls die Nationalisten ihre Treibereien trotzdem fortsetzen sollten, so werde das Ministerium die Interpellation über die Angelegenheit einfach ablehnen.

In der Presse findet das neue Kabinett im allgemeinen vorläufig keine günstige Aufnahme. Die nationalistischen und gemäßigten republikanischen Blätter tabeln insbesondere in sehr scharfer Weise, daß Vertean und Thomson in das neue Kabinett berufen worden sind; denn Vertean habe sich in der Angeberei von denselben Gründen leiten lassen, wie der bisherige Ministerpräsident, und Thomson sei in der parlamentarischen Kommission zur Untersuchung der Zustände der französischen Marine der eigentliche Beschüder des bisherigen Marineministers Pelletan gewesen. Ebenso wird auch Roubier selbst scharf angegriffen, weil er bei der Kabinettsbildung die Gruppen Ribot und die dissidenten Radikalen vollständig ausgeschlossen habe. Die linksradikalen Blätter meinen, Roubier werde zwar alle Reformen versprechen, sei aber jetzt schon entschlossen, kein einziges Versprechen zu halten. Clemenceau sagt in der „Aurore“, die Freunde Meline seien innerlich mit Roubier sehr zufrieden, da nunmehr eine gemäßigte Politik ans Ruder gelangt sei. Jaurés sagt in der „Humanité“, er wolle die Erklärungen und Taten des neuen Ministeriums abwarten.

#### Dänemark.

##### Anerkennung der sozialdemokratischen Kritik des Militarismus.

Die Kritik, die unser Parteigenosse A. M. Klausen seit Jahren an der Militärpolitik des Ministeriums Deunger geübt hatte, seine Enthüllungen über die militärischen Schleichwege des Kriegswirtschafters Madsen haben nun endlich auch auf bürgerlicher Seite die verdiente Anerkennung gefunden. Der radikale Abgeordnete Zahle, der auf der Ausschlußliste der Linkenpartei steht, fungierte selbst am Donnerstag als Wortführer der Partei zum Militärbudget. Er machte das Geständnis, daß er und seine Parteigenossen über die geheimen militärischen Unternehmungen des zurückgetretenen Kriegswirtschafters getäuscht worden seien, daß aber die Sozialdemokratie Madsens Pläne und Taten richtig beurteilt und durchsichtig hätte, und konstatierte, daß die Militärausgaben, deren Gerabsetzung das Programm der Linken verlangte, unter dem ersten linken Ministerium um zwei Millionen gestiegen sind.

Als 4. Punkt, Zahle inbegriffen, im letzten Frühjahr dem Kriegsminister zu Festungsanlagen auf der Insel Saltholm 1187. Kronen bewilligt, da Militärklausen, der Kriegsminister werde jedenfalls noch mehr gebrauchen, da doch zweifellos auch Unterrichtsraum für die Veranbarung der Festungswerke geschaffen werden müßten. Aber die Linke hörte nicht auf diese Einwendungen. Nun möchte Zahle eingestehen, daß was unser Parteigenosse vorausgesehen, eingetroffen ist. Madsen hat außer der bewilligten Summe circa 18 000 Kronen für Kasernen und Paganräume auf Saltholm verbraucht, ja, er hat sogar für die Anlagen Grund und Boden in Beschlag genommen, der Privatbesitz ist und erst nachträglich dieses Terrain leihweise für den Staat erworben. Um sich die fehlenden Gelder für seine militärischen Unternehmungen zu verschaffen, hat Madsen den Preis des Stoffes, der von der staatlichen Tuchfabrik in Ålborg für das Militär geliefert wird, auf 51 Ore per Elle unter die Herstellungskosten herabgesetzt. Außerdem fand man in den Staatsabrechnungen folgenden sonderbaren Posten angeführt:

„Für Stoff, geliefert ohne Bezahlung, zur neuen Ausrüstung der Infanterie 2 625,70 Kr.“

Dieser haben die Staatsrevisoren bis jetzt nichts bemerkt. Durch solche Manipulationen hat Madsen Geld für sein Ressort „gepart“ und den Ueberfluß der Tuchfabrik, an dem die Arbeiter partizipieren, von 100 000 Kronen auf 2890 Kr. herabgebracht, wodurch die Arbeiter im letzten Jahr einen Verlust von 3—4000 Kr. erlitten haben. Auch die Ausdeutung dieser Heimlichkeiten des Kriegswirtschafters ist der Sozialdemokratie zu verdanken. Sie und die Saltholmsaffäre haben wesentlich zum Sturz Madsens beigetragen, neben dem Neutralitätsbruch durch Lieferung der Rechtsgewehre für Rußland, deren Ausfuhr übrigens jetzt, wie der neue Landesverteidigungsminister Christensen mitteilte, verboten ist, obgleich, wie er sagte, die Gewehre, die von einem Kaufmann in Hamburg bestellt waren, nach einer vorliegenden Erklärung nicht an irgend eine kriegsführende Macht geliefert werden sollten. Das Ausfuhrverbot beweist jedoch, daß die sozialdemokratische Presse auch in diesem Falle recht hatte und sich damit um das Vaterland verdient gemacht hat.

Um die Arbeiter der staatlichen Tuchfabrik für den Verlust zu entschädigen, den sie durch Madsens Finanzkünste erlitten, beantragte Klausen, daß ihnen 8000 Kronen überwiesen werden sollten. Ministerpräsident Christensen versprach diese Angelegenheit untersuchen zu lassen, worauf Klausen seinen Antrag vorläufig zurückzog.

Bei der Abstimmung zum Militärbudget wurden die vom Finanzminister vorgeschlagenen kleinen Änderungen angenommen, die der Sozialdemokratie, welche größere Ersparnisse bezweckte, aber abgelehnt.

#### Amerika.

##### Papiertrutz und Zeitungsmacht.

Der Papiertrutz, gegen den die Regierung vor kurzem mit viel Geräusch einen Feldzug in Szene setzte, hat eine große Niederlage erlitten. Nicht etwa durch die Angriffe der Regierung, nein, — da sind die Untersuchungen noch im Gange — sondern durch die Macht der großen Zeitungen, die durch ihren ungeheuren Papierkonsum dem Trutz zu hohe Tribüne zahlen mußten und boddeinig wurden. Die „American Newspaper Publisher

Association“ (Vereinigung amerikanischer Zeitungsherren) rückte gegen ihren Feind vor, ohne langwierige Untersuchungen nötig zu haben, und das Resultat war, daß die Truztmacht gebrochen wurde und für das Jahr 1906 mehrere Millionen Dollar an den Kosten für Zeitungspapier gespart worden. — Als „Chicago Tribune“ einen neuen Kontroll machen wollte, diktierte der Trutz, daß 100 Pfund Papier 2,25 Dollar mehr als bisher kosten sollten, was für die „Tribune“ eine Mehrausgabe von 100 000 Dollar pro Jahr bedeutete würde. „Chicago Tribune“ verband sich mit „Boston Herald“ und „Philadelphia Telegraph“ und diese Zeitungen eröffneten sich neue Quellen, indem sie kleinere, vom Trutz unabhängige Gesellschaften in den Stand setzten, ihre großen Kontrakte zu übernehmen. Andere große Zeitungen folgten dem Beispiel und der Trutz verlor seine besten Kunden. Jetzt leitet er Unterhandlungen ein und will sich gern mit weniger hohen Profitten begnügen. Dazu kommt noch, daß die Presse die Regierung energisch zur Aktion gegen den Trutz auffordert, was von diesen natürlich auch sehr unangenehm empfunden wird.

## Gewerkchaftliches.

### Unnütiges Kopferbrechen.

Eine Eingabe des Gewerkschaftsartells in Verdau (Sachsen) an die königliche Kreisshauptmannschaft hat dieser sächsischen Kopferbrechen gemacht. Nicht insofern, als sich die Behörde darüber im unklaren war, wie sie diese Eingabe sachlich zu behandeln hätte; das war selbstverständlich, daß sie das Ansuchen der Arbeiterschaft (es handelte sich um Errichtung eines Gewerbegerichtes) ablehnend zu bescheiden hätte. Aber der Ablehnung hängt die Kreisshauptmannschaft folgende tief sinnige Bemerkung an:

Hierbei mag dahin gestellt bleiben, ob das sogenannte Gewerkschaftsartell als eine zu Eingaben an die Behörden befugte Vertretung der Arbeiterschaft angesehen werden kann.

Die sogenannte Kreisshauptmannschaft wird sich wohl darein finden müssen, daß zu Eingaben an die Behörden (selbst in Sachsen!) jeder befugt ist. Wenn sie aber mit ihrer Vertretung beauftragt, darüber entscheidet natürlich die Arbeiterschaft selbst. Auch königlich sächsische Kreisshauptmannschaften haben ihr dabei nichts dreinzureden!

### Berlin und Umgegend.

#### Achtung, Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes!

Das Resultat der am 22. d. M. vorgenommenen Wahl ist folgendes:

Zur Wahl des Bureaubeamten sind abgegeben 5305 Stimmen. Es sind erhalten: Blumenthal 1604, Hartmann 2217, Kahle 423, Roth 349 und Weigel 708.

Da niemand die absolute Majorität erhalten hat, muß Stichwahl stattfinden und zwar zwischen Blumenthal und Hartmann.

Zur Wahl der Delegierten zum Gewerkschafts-Kongress sind abgegeben 5388 Stimmen.

Davon haben erhalten: Cohen 4179, Hartmann 900, Körsten 1897, Ramsbrod 1246 und Wiesenhal 1886.

Gewählt ist somit Cohen, während zwischen Körsten und Wiesenhal Stichwahl stattfinden muß.

Nähere Angaben über das Stattfinden der Stichwahl erfolgen in den nächsten Tagen. Die Ortsverwaltung.

**Achtung, Bauarbeiter!** Unterzeichnete möchen die Bauarbeiter darauf aufmerksam, daß in der Parzellensirma Louis Heine (Breslau, Dresden), Vertreter Schneider (Berlin), Differenzen bestehen, weil der Berliner Parzellens-Tarif nicht anerkannt wird. Es kommen folgende Bauten in Betracht, welche von organisierten Parzellengern zu meiden sind: Barckauerstr. 70, Schwedenstr. 4, Romintenerstr. 11, Kaiser Friedr. 25; Charlottenburg, Subenerstr. 20, und Nollendorfer-Platz. Da die Firma sich bemüht von außerhalb Arbeitskräfte heranzuziehen, erluchen wir die Parzellensger Deutschlands, diese Firma zu meiden. Sollten auf genannten Bauten Parzellensger arbeiten, so erluchen wir Nachricht an Paul Walter, Köpnickestr. 167, gelangen zu lassen.

### Die Branchenkommission der Parzellensger des D. S. B.

Die Zentralorganisation der Barbier- und Friseurgehälfen führt seit dem 1. April 1903 den offiziellen Titel: „Verband der Friseurgehälfen Deutschlands“ (Zweigverein Berlin). Da sich ein neuer Verein den früheren Titel der Organisation — Verband deutscher Barbier, Friseur und Perückenmacher, Zweigverein Berlin — angeeignet hat, bitten wir dies genau zu beachten.

Verband der Friseurgehälfen Deutschlands, Zweigverein Berlin. Arbeitsnachweis und Vereinslokal: Rosenthalerstraße 57 im Restaurant Pfeffer.

### Eine Konferenz der Lagerhalter.

die in den Konsumvereinen von Brandenburg und Pommern ange stellt sind, wurde am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshaus abgehalten. Anwesend waren 52 Lagerhalter aus 18 Ortschaften einschließlich Stettin. Als Hauptpunkt der Tagesordnung galt die Aussprache über den „Ausbau des Unterstützungs wesens im Lagerhalter-Verbande“. Das Referat hierzu hielt Küster. Redner bezog sich auf § 6 des Verbandsstatuts, der in seiner Fassung nicht bestimmt genug gehalten sei und einen zu weiten oder auch zu engen Spielraum in der Bemessung der einzelnen Unterstützungen lasse. Die Bemessung der vom Verbands eingerichteten Stellenvermittlung seitens der Konsumvereine lasse sehr zu wünschen übrig. Es gäbe ja auch noch eine ganze Anzahl von Genossenschaften, die die Mindestforderungen des Verbandes nicht anerkennt. Deshalb sei auf ähnliche Abkommen hinzuwirken, als wie sie von den Genossenschaften jetzt vielfach mit den Organisationen der Bäcker, Schlichter, Transportarbeiter und Handlungsgehälfen abgeschlossen werden. Betreffs der Umzugsbeihilfe müsse gefordert werden, daß der Verband zwei Drittel und der Lagerhalter ein Drittel der Umzugskosten zu tragen habe. Ebenso sei eine bessere Regelung des Kautions- und Kontraktwesens anzustreben. Komme es doch des öfteren vor, daß Genossenschaften Entscheidungen der jetzigen Schiedsgerichte, die zugunsten der Lagerhalter ausgefallen sind, umgehen oder sogar überhaupt nicht beachten. Die Einrichtung der Schiedsgerichte aber sei schon ungewissen nicht zu entbehren, weil der Lagerhalter-Verband ja keine Kampforganisation im Sinne der übrigen Gewerkschaften sei, da er nicht gegen ein profitvolles Unternehmertum kämpfe, sondern lediglich die Wahrung der nach den Arbeitergrundsätzen berechtigten Interessen seiner Mitglieder in den von Arbeitern gegründeten Genossenschaften im Auge habe. Hieraus ergebe sich auch die Festlegung einer bestimmten Minderungsunterstützung. Wegen der Zugehörigkeit zum Verbands werde allerdings kein Lagerhalter gemahregelt, wohl aber wegen der leidigen Wankos. Und doch seien Wankos nur gar häufig eine Folge davon, daß dem Lagerhalter allerhand sonstige Ehren- und Vertrauensämter in der Arbeiterbewegung aufgebürdet würden, deren Ausübung dann nicht selten eine gewisse Vernachlässigung der rein geschäftlichen Tätigkeit nach sich zieht. Im Zusammenhang hiermit müsse auch die Einführung einer Arbeitslosen-Unterstützung befürwortet werden, und um die Angehörigen der Lagerhalter einigermaßen zu sichern, auch eine Sterbe- sowie Witwen- und Waisen-Unterstützung. Zwar habe der Zentralverband deutscher Konsumvereine die letztere Angelegenheit bereits in die Hand genommen, doch lasse sich noch nicht erkennen, welches Resultat sie zeitigen werde. Bei der Durchführung der genannten Unterstützungs zweige würden sich die Verbandsmittelglieder allerdings auf eine Beitragserhebung gefaßt machen müssen. — In der Diskussion stimmten die Redner fast durchweg dem Referenten zu, wenn einige auch die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung als



nach nicht spruchreif bezeichnet. Es gelangte hierauf folgende Resolution zur einstimmigen Annahme:

Die heutige Konferenz erklärt sich mit dem Referenten einverstanden und erklärt den weiteren Ausbau des Untersuchungswezens, als wie: Inanspruchnahme des Arbeitsnachweises, Beihilfe beim Umzug, Arbeitslosen-Unterstützung und Gewährung von Arbeitsgeld, als notwendig an und sollen dementsprechend zu der nächsten Generalversammlung diesbezügliche Anträge gestellt werden.

Ferner erkennt die Konferenz an, daß es notwendig ist, daß das vom Zentralvorstand deutscher Konsumvereine ausgearbeitete Projekt bezüglich der Angestellten-Fürsorge einer schleunigen Umarbeitung bedarf und nochmals vorgelegt wird.

Gleichzeitig ermächtigt die Konferenz den Hauptvorstand unseres Verbandes, daß wenn aus dem Projekt nichts Erprächliches hervorgehen sollte, sofort selbst ein Projekt betreffend das freie Untersuchungswezen auszuarbeiten und dieses im Verbandsorgan zwecks Diskussion in den Bezirken zu veröffentlichen.

Beschlossen wurde ferner, der kommenden Generalversammlung des Verbandes einen Antrag zu unterbreiten, wonach Lagerhalter, die mindestens ein Jahr, bevor sie Lagerhalter wurden, einer anderen Gewerkschaft angehört, ohne Zahlung von Beitrittsgeld die vollen Verbandsrechte genießen sollen, falls sie ihren Uebertritt in den Verband spätestens drei Monate, nachdem sie Lagerhalter geworden, bewerkstelligen.

Aus den hierauf folgenden Situationsberichten über die Anstellungs- und Arbeitsbedingungen in den einzelnen Orten interessierte noch die Mitteilung eines Lagerhalters vom „Berliner Rabatt-Sparverein Süd-Ost“, wonach trotz erfolgter Erledigung der Vertragsdifferenzen durch den Schiedspruch des Ausschusses der Berliner Gewerkschaftskommission vier Lagerhalter durch Kündigung gemahregelt worden seien.

### Deutsches Reich.

Die Bauarbeiter Kreise beabsichtigen, einen neuen Tarif mit den Bauunternehmern abzuschließen. Der alte, der am 1. April d. J. abläuft, soll nicht verlängert werden. Während in dem alten Tarif ein Stundenlohn für Männer von 45 Pf. und für Hilfsarbeiter von 35 Pf. bei 10stündiger Arbeitszeit vereinbart war, werden in dem neuen Tarif in der Hauptsache folgende Forderungen aufgestellt: Der Mindestlohn beträgt für den Maurer pro Stunde, vom 1. April 1906 bis zum 1. August 1906: 50 Pf., von da bis zum 1. Mai 1907: 53 Pf. und vom 1. Mai 1907 bis 1. Mai 1908: 55 Pf. — Der Lohn für die Bauhilfsarbeiter beträgt in vorstehender Zeit pro Stunde 10 Pf. weniger wie der der Maurer. — Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden: a) bei Verkehrsstörungen, b) in Fabrikbetrieben, wo sonst die Arbeiter derselben am nächsten Tage feiern müßte. Diese Ueberstunden werden mit 10 Pf. Zuschlag bezahlt, wenn nicht ein höherer Zuschlag in den nachfolgenden Punkten festgesetzt ist. — Für Feuerungs-, Nacht- und Wasserarbeiten werden 50 Proz. Zuschlag bezahlt. Für Kanal- und Kleinfahrten werden pro Stunde 10 Pf. mehr bezahlt. Bei Arbeiten außerhalb des Stadtbezirks sind sowohl Fahrt wie Fahrzeit vom Wohnort des Arbeitgebers aus zu vergüten. — Für Sonntags- und Abortarbeiten werden 100 Proz. Zuschlag bezahlt. — Affordarbeit ist gänzlich untersagt. — Die Arbeitszeit beträgt im Sommer 10 Stunden. Tritt der Stundenlohn von 55 Pf. in Kraft, dann wird die Arbeitszeit auf 9 1/2 Stunden im Sommer reduziert. — Wegen Zugehörigkeit zur Organisation und Agitation auf den Baustellen dürfen keine Maßregelungen stattfinden. — Zur Regelung etwaiger Streitigkeiten und Ueberwachung des Vertrages wird eine Schiedskommission gewählt, bestehend aus 6 Vertretern der Arbeitgeber und 6 Vertretern der Arbeitnehmer, zu denen jede der Organisationen zwei Mann stellt. Diese treten zusammen, wenn von einer Seite ein Antrag dazu gestellt wird. Sollte die Kommission sich nicht einigen, so entscheidet das Gewerbegericht, zugleich 2 Vertreter der Arbeitgeber und 2 Vertreter der in Frage kommenden Organisation. — Wird ein Innungsmeister kontraktbrüchig, so sind die Maurer verpflichtet, streng gegen ihn vorzugehen, und die anderen Innungsmeister haben kein Recht, ihm in irgend einer Weise behilflich zu sein. Dieser Vertrag gilt für sämtliche Maurer, auch für Nichtorganisierte, und hat Gültigkeit bis zum 1. Mai 1907. Der Lohn der Nichtorganisierten darf auch durch längere Arbeitszeit den Lohn der organisierten Arbeiter nicht übersteigen.

Die Bauunternehmer werden sich zur Annahme des Tarifes nicht so leicht bereit finden lassen, bedurfte es doch eines viermonatlichen Kampfes der Maurer, um den alten Tarif, der einen niedrigeren Stundenlohn, überhaupt nicht solche Forderungen enthält, zur Geltung zu bringen. Es können sich die Bauarbeiter Kreise auf einen schweren Kampf gefaßt machen.

## Aus der Frauenbewegung.

Am die Frauen Berlins. Heute, Dienstag abend, finden in allen Wahlkreisen Berlins Volksversammlungen statt mit der Tagesordnung: „Der Klassenkampf im Ruhrgebiet“. Es gilt Protest einzulegen gegen die Ausbeutung und Entrechtung der dortigen Bergarbeiter. Schon lange garte es unter den Bergarbeitern, doch hat in den letzten Wochen die Empörung ihren Höhepunkt erreicht; die Bergarbeiter sind in den Streik eingetreten. Eine vierel Million Menschen befinden sich im Ausnahme. Die Unternehmer sind augenblicklich Herren der Situation, sie lehnen jede Verhandlung mit den Arbeitern ab.

Auch die Frauen Berlins haben ein Interesse daran, wie sich dieser Kienkampf gestaltet. Die Kohlenpreise werden steigen, Kohlenmangel wird eintreten und somit immer weitere Kreise der Industrie in Mitleidenschaft gezogen. Kommt daher zahlreiche in diese Versammlungen, beweist durch Euer Erscheinen, daß Ihr Euch einig fühlt mit Euren armen, bis aufs äußerste bedrückten Mitmenschen. Legt Zeugnis davon ab, daß auch die Frauen des Proletariats sich des Erfolges des Kampfes bewußt sind.

Die weiblichen Vertrauenspersonen Berlins.

## Soziales.

Die Arbeitslosen-Unterstützung in München ist am Freitag in Kraft getreten. Jeder Ledige erhält eine Anweisung auf ein Mittagessen. Die verheirateten Arbeitslosen bekommen, wenn sie sich bis Freitag gemeldet hatten, am Sonnabend eine erste Unterstüttung von zwei Mark. Es meldeten sich bis Sonnabend im ganzen 2538 Arbeitslose, davon waren 1043 ledig, 1495 verheiratet. Sonnabend und Sonntag meldeten sich zahlreiche Arbeitslose, so daß die Puffen in den nächsten Tagen wohl bedeutend in die Höhe schwellen werden. Die Entgegennahme der Meldungen der Arbeitslosen und die Ausgabe der Sows wurde durch Delegierte der Gewerkschaften besorgt. Diese Geschäfte haben sich überall glatt abgewickelt. Die bayerische Regierung weigert sich entschieden, Vermittel zur Linderung des Arbeitslosen-Elends zu bewilligen, und zwar angeblich aus — Furcht vor Konsequenzen. Die Regierung befürchtet, wenn für München etwas bewilligt werde, auch andere Städte Anforderungen stellen würden!

Auf Grund der Gefinde-Ordnung war das Fräulein S. in zweiter Instanz vom Kier Landgericht zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie sich hartnäckig Ungehorsam gegen die Befehle der Dienstherrschaft habe zuschulden kommen lassen. Begründend wurde angeführt, dies Vergehen sei durch die Feststellung erwiesen, daß Angeklagte öfter erst nach längerem Hören und mehrfachen Aufforderungen die Aufträge der Dienstherrschaft erfüllt habe. Auch hätte sie sich unbotmäßiger Äußerungen bedient, wie z. B., daß sie es erst recht nicht tue, wenn ihr gesagt werde, sie solle sich beugen.

Das Kammergericht hob auf die Revision der Angeklagten hin die Vorentscheidung auf und verwies die Sache zu nochmaliger Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurück. Begründend wurde angeführt: Aus der Vorentscheidung geht nicht hervor, ob die Angeklagte überhaupt zum „Gefinde“ gehöre. Maßgebend sei hierfür im vorliegenden Falle die schleswig-holsteinische

Gefinde-Ordnung. Nach dieser müsse, wenn ein Gefindevertrag mündlich zustande kommen solle, auf jeden Fall ein Handgeld gegeben werden. Ueber die Art, wie das Engagement zustande gekommen, sei hier noch nichts festgestellt. Auch sei Angeklagte in der fraglichen Zeit noch nicht 10 Jahre alt gewesen. Es hätte deshalb nicht unterlassen werden dürfen, nachzuprüfen, ob sie die zur Strafbarkeit erforderliche Einsicht besessen habe. Und schließlich sei der hartnäckige Ungehorsam nicht einwandfrei festgestellt worden. Es wäre festzustellen, ob Angeklagte wirklich es erst recht nicht getan habe, wenn ihr gesagt worden sei, sie solle sich beugen. Nach allen diesen Richtungen hin müßten sich die Nachprüfungen des Landgerichts erstrecken.

Der niederländische Gesetzentwurf über den Arbeitskontrakt ist von der Regierung in einzelnen Punkten verbessert worden. Die wichtigsten Verbesserungen, die die Arbeiterschaft gegen den Entwurf erhebt, sind dabei jedoch nicht berücksichtigt worden. Es wird daran festgehalten, daß die Bestimmungen dem Bürgerlichen Gesetzbuch einverleibt werden, also nicht wie die deutsche Gewerbeordnung ein besonderes Gesetzbuch bilden sollen. Ebenso wird nach wie vor auf die Errichtung von besonderen Gewerbegerichten verzichtet und die Entscheidung von Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis dem Kantonsrichter überwiesen, doch sind hier neue Bestimmungen eingefügt, die das Klagen erleichtern und das Prozeßverfahren beschleunigen sollen. Bestimmungen über den kollektiven Arbeitsvertrag zu treffen, lehnt die Regierung ebenfalls nach wie vor ab. Eine Verbesserung ist es, daß der Arbeitgeber den Lohnanteil, den er als Garantiefonds einbehalten berechtigt ist, nicht mehr als Betriebskapital verwenden, sondern auf der Reichs-Sparbank anzulegen verpflichtet werden soll. Weitere Verbesserungen gegenüber dem ursprünglichen Entwurf sind unter anderem die Bestimmungen, daß Geldstrafen, die den Arbeitern in den Betrieben auferlegt werden, nicht in die Taschen der Arbeitgeber fließen sollen; daß die Kündigungsfrist nicht, wie früher vorgeschlagen wurde, je nach der Dauer des Arbeitsverhältnisses eine längere sein soll, sondern im allgemeinen dem Lohnzahlungstermin entsprechen und sechs Wochen nicht übersteigen soll, und daß Arbeiter, die weniger als vier Gulden Tagelohn haben, über Streitigkeiten aus dem Arbeitskontrakt kostenlos prozessieren können.

Der niederländische Justizminister schreibt dem neuen Entwurf die Kraft zu, den Sozialismus einzudämmen. Doch ein Gesetz, das in grundlegenden und wichtigen Bestimmungen noch hinter der deutschen Gewerbe-Ordnung zurückbleibt, solche Wirkung ausüben sollte, wird keiner glauben, der die wirtschaftlichen Ursachen der sozialdemokratischen Bewegung kennt.

Sterblichkeits- und Gesundheits-Verhältnisse der deutschen Großstädte. Nach den Veröffentlichungen des kaiserlichen Gesundheitsamtes sind in der Zeit vom 1. Januar bis 17. Januar von je 1000 Einwohnern, auf das Jahr berechnet als gefordert gemeldet: in Berlin 16,4, Charlottenburg 14, Breslau 25,1, Köln 21,4, Varnen 25,4, Elberfeld 17,4, Düsseldorf 18,6, Wachen 19,2, Dortmund 19,1, Königsberg 19,3, Frankfurt a. M. 18,2, Wiesbaden 22, Hannover 14, Magdeburg 22,1, Steinf 25,1, Altona 19,3, Straßburg 20,4, Reg 27,3, München 19,7, Nürnberg 28,2, Augsburg 20,1, Dresden 21,1, Leipzig 14, Stuttgart 16,2, Karlsruhe 15,8, Rammheim 12,7, Braunschweig 21,5, Hamburg 17,6.

## Verammlungen.

Der Verein der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter hielt am Sonntag, den 22. Januar, eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab. Frau Dr. Wegscheider-Ziegler führte in einem Referat über „Jugend und Alkohol“ aus, daß gerade für die arbeitende Jugend die Alkoholfrage eine äußerst wichtige sei. Sie berückete über Erhebungen, die man bei Schülern angestellt habe, um festzustellen, wie der Alkohol auf die Jugend wirkt. Dabei hat sich nun herausgestellt, daß diejenigen, die absolut keine alkoholhaltigen Getränke bekamen, zu den besten Schülern, diejenigen, die hin und wieder Alkohol bekamen, zu den mittelmäßigen und diejenigen, die täglich alkoholhaltige Getränke erhielten, zu den mindertwertigsten Schülern gehörten. Die Referentin führte dann noch aus, daß gerade die Jugend zum ehesten dazu bestimmt sei, den Kampf gegen den Alkohol aufzunehmen, und daß der Alkohol nicht nur den Geist, sondern auch den Körper zerrütze. — Es entspann sich eine längere Diskussion, in der die meisten Redner für die Abstinenz sprachen. Zum Schluß der Diskussion brachte Verlaach den Antrag ein, ebenso, wie die jugendlichen Arbeiter Wiens, ein Agitationskomitee gegen den Alkohol zu wählen. Der Antrag wurde mit Freuden begrüßt, und, da eine Teilversammlung nicht beschlußfähig ist, der großen Versammlung, die am 12. Februar stattfindet, überwiesen. Nunmehr schilderte Martin einen Vorfall, in dem Arbeiter (1) die Lehrlinge und Hausdiener vergewaltigt haben, weil sie sich zur Lehrlingsorganisation bekannt hatten. — Hierauf teilte Lehmann mit, daß in der „Berliner Arbeiterinnung“ der Vorschlag gemacht worden ist, die Lehrlinge ein halbes Jahr länger lernen zu lassen, weil durch den Besuch der Pflichtfortbildungsschule viel Zeit verloren gehe. Nachdem verschiedene Redner ihre Unterstützung über ein derartiges Vorgehen ausgesprochen hatten, sprach ein Stöcker-Schüler, der sich in die Mitgliederversammlung eingeschlichen hatte, für den Vorschlag. Er meinte, so gut wie die Mitglieder Zeit haben, die Fortbildungsschule zu besuchen, so gut müßten sie auch Zeit haben, die Pflichtfortbildungsschule abends zu besuchen. Nachdem Wötter diesem Herrn kargelegt hatte, daß man die Fortbildungsschule besuchen muß, der Besuch der Fortbildungsschule lediglich aus eigenem Antriebe geschieht, schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Organisation der jugendlichen Arbeiter.

Aldershof. Am Sonntag, den 22. Januar, tagte im Weisnerischen Lokale eine zahlreich besuchte Volksversammlung, welche Protest gegen die neueste Polizeikation in Aldershof erheben sollte. Genosse Bremer als Referent erledigte sich seiner Aufgabe in bester Weise. Er unterzog, auf die Entstehungsgeschichte des Vereins, und Versammlungsrechts eingehend, die Handhabung von zweierlei Recht einer scharfen Kritik. Die Auflösung der letzten, am 19. Januar stattgefundenen Wahlvereinsversammlung sei eine Ungeheuerlichkeit, da alles getan war, um den Anforderungen des Erlasses des Ministers des Innern vom 22. März 1902, die Teilnahme von Frauen in einem Segment betreffend, gerecht zu werden, und forderte die Aldershofer Arbeiterschaft auf, den scharfsten Protest gegen dieses bisher einzig dastehende Vorgehen zu erheben. In der Diskussion beleuchtete Loft an der Hand eines umfangreichen Provermaterials, wie in Aldershof mit zweierlei Maß gemessen werde und welchen behördlichen Drangsalierungen die Arbeiterschaft, sowie die Wirte, welche ihre Säle zu Versammlungen zur Verfügung stellen, ausgesetzt seien. Den rauberhaltenen Vereinen sei alles gestattet: Umzüge, Ueberstreitungen der Polizeistunde, Ausnahmen von Malak, Teilnahme von Gästen an den Vereinsversammlungen usw., ohne daß die Behörde, welche zur Wahrung der Recht und Gesetz da sei, irgendwie einschreite. Sobald von seiten der Arbeiterschaft auch nur das kleinste Recht im bescheidensten Sinne verlangt wird, inhibiert die Staatsgewalt die getroffenen Maßnahmen. Gegen die ungeheuerliche Auflösung der Versammlung soll der Beschwerde- ev. Klageweg beschritten werden, indem als Beweis für die irrige Auffassung, die die Auflösung verfügenden Beamten das Segment photographiert wurde, und auch genaue Zeichnungen über den Saal nebst Räumlichkeiten angefertigt worden sind. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die am 22. Januar 1905 in Aldershof tagende, von circa 400 Personen besetzte Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Bremer, einverstanden und erklärt sich entschieden gegen die willkürliche, einseitige Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts gegenüber der Sozialdemokratie. Die Versammlung protestiert ferner energig gegen die ungeschickteste Auflösung der am 19. Januar hier abgetannt gewordenen Wahlvereinsversammlung, abgleich jede Vermittlung der Geschlechter durch die Unterbringung der Frauen in einem ganz abgeschlossenen Segment ausgeschlossen war. Die Versammlung erwartet von der vorgehenden Behörde geeignete Instruktionen an die Aldershofer Polizei, um den Erlaß des Ministers

des Innern vom 20. März 1902 auch für Aldershof zur Durchführung zu bringen. Ferner protestiert die Versammlung gegen die Anwendung von zweierlei Maß gegen die hiesige Bevölkerung. Die Anwesenden erachten die Aufhebung der willkürlichen gegen die Arbeiterlokale festgesetzten frühen Polizeistunde für dringend nötig. Ferner wird von den Behörden im allgemeinen erwartet, daß sie sich keiner Verletzung des Vereins- und Versammlungsrechts mehr schuldig machen, sondern alle Parteien, also auch die Sozialdemokratie, die gesetzlich garantierten Rechte gleichmäßig ausüben läßt. — Das Bureau der Versammlung wurde beauftragt, obige Resolution mit entsprechender Begründung an die oberen Behörden und den Minister des Innern zu senden. Bei Beginn der Diskussion wurden außer dem im Bureau befindlichen Schriftführer noch 4 Genossen aus der Versammlung zu dessen Unterstützung gewählt, um einwandfreie Zeugen gegenüber den eventuell nicht korrekten Auffassungen der Beamten zu haben. Mit einem Hochruf auf die Sozialdemokratie wurde die imposante Versammlung geschlossen. — Die gesamte Tellerammlung wurde den streikenden Bergarbeitern überwiesen.

In Rummelsburg tagte am Dienstag, den 17. Januar er., im Saale des „Café Bellevue“ eine öffentliche Volksversammlung, in welcher Genosse Grauer-Richtenberg als Kreisdelegierter zum preussischen Parteitag Bericht erstattete. Einleitend mit dem Hinweis auf den in gewaltiger Ausdehnung im Ruhrrevier ausgebrochenen Bergarbeiter-Streit, führte der Referent das reichhaltige Material und die bedeutungsvollen Beschlüsse des ersten Parteitages vor Augen. In der nachfolgenden Diskussion wurde die vollste Befriedigung mit den Beschlüssen des Parteitages ausgesprochen. Die „Klassen-demonstration“ gegen das preussische Dreiklassen-Wahlssystem erweckte nicht viel Sympathie, und führte Grauer dazu im Schlußwort aus: Unsere Aufgabe kann nicht darin bestehen, der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber unseren Unwillen durch Demonstrationen kundzugeben, sondern sie besteht darin, eine Revolution in den Köpfen der proletarischen Bevölkerung herbeizuführen. Redner fand allgemeine Zustimmung. — Bezüglich des Turnhallen-Streites gibt Gemeindevorsteher Ritter bekannt, daß eine friedliche Lösung in Aussicht steht, und bittet deshalb, diesen Punkt von der Tagesordnung abzulehnen. Nachdem Kollstadt auf den Bergarbeiterstreik eingehend hingewiesen, ernahmt Verger alle Genossen, die nur bis 30. Januar ausliegende Gemeindevorwählerliste einzusehen, da im Laufe des Jahres eine Kommunalwahl leicht zur Möglichkeit wird, ein Antrag zur Aufnahme in die Wählerliste aber später berücksichtigt bleibt. Wer an der persönlichen Einschätzung verhindert ist, wende sich mit der letzten Steuerquittung an einen der nachbezeichneten Genossen: Gastwirt Lindner, Türschmidstraße; Gemeindevorsteher Günther, Konsumverkaufsstelle; Gemeindevorsteher Gustav Tempel, Alt-Vogelagen, und Otto Richter, Zigarrengeschäft, Alt-Vogelagen Nr. 30, welche dann die beachtete Einschätzung in die Gemeindevorwählerliste vornehmen. — Der Ertrag der Tellerammlung wurde den streikenden Bergarbeitern überwiesen.

### Sitzung haben Dienstag:

Sozialdemokratischer Agitations-Verein für den Reichstags-Wahlkreis Jülich-Bonn-Schweins-Krofen-Zommersfeld. Versammlung jeden Dienstag nach dem 8. im Monat bei Großler, Dinsenerstr. 39, vorn 1. Arbeiter-Kamerabund Berlins und der Umgegend. Kameraden im Vereinskalender sind zu richten an Albert Liebetrau, Berlin, Fuhlenstraße 15, IV. „Gemeinschaft IV“, Friedrich, Franzfurter Allee 198. — „Rudolf“, Udel, Forsterstraße 19. — „Eldorado“, Schiele, Gräner Weg 120. — „Feste Brüder Noab“, Schö, Bremerstraße 71. — „Vielgeliebte“, Duffert, Wilschstraße 56. — „Dewets Eiserne Pfeile“, Engler, Schulstr. 8. — „Jugend“, Neuenhof, Neu-Beihenke, Friedrichstraße 5. — „Neuer Berliner“, Stefan, Wienerstr. 31. — „Gesundbrunnen“, Boban, Adersstraße 138. — „Goldkamp“, Bach, Ränchebergstraße 21. — „Domingo“, Kroll, Waldemarstr. 16. — „Victoria“, Felder, Vogelsangerstr. 2. — „Rausch“, Stein, Kridorf, Bienenstr. 3. — „Unverzag“, Gruber, Friedenstraße, Ecke Kopenstraße. — „Neuer Gai“, Lehmeyer, Langenbiedstr. 7. — „Excelsior“, Eißert, Köbenerstr. 23. — „Ruhig“, Herzog, Dierkerstr. 48. — „Weißel“, Müller, Rantenerstr. 101. — „Gemeine Ruppe“, Jähndorf, Krautstr. 6. — „Tafel zur Höhe“, Jädel, Charlottenburg, Osanbrüderstraße 27. — „Freie Stunde“, Grundmann, Wilschstr. 18. — „Rein Streit“, Schmidt, Wilschstraße 32. — „Blau Wolke IV“, Benning, Fuhlenstraße 25. — „Einlad“, Polad, Faldensteinstr. 19. — „Granum“, Heine, Pittenerstr. 12. — „Blau Wolke II“, Kienast, Werthauerstr. 26. — „Ränge Velle-Roabit“, Ströbel, Dittenstraße 8. — „Bulgarien“, Marth, Fruchtstr. 58. — „Eber“, Schade, Probstauerstraße 27. — „Profians Heim“, Schöler, Stromstraße 28. — „Columbus SO“, Oede, Appelerstr. 19. — „Wiedersehen“, Weber, Neu-Beihenke, Friedrichstraße 35. — „Hand in Hand“, Ewald, Wienerstr. 41. — „Graue Höhe“, Brandt, Graubenzgerstr. 2. — „Alter Berliner“, Bedmann, Reichenderstraße 45/47. — „Eintracht“, Meier, Stragmannstr. 41. — „Gemeinschaft II“, Gräy, Brandelstr. 21. — „Grüner Dohr“, Drömer, Fellingstr. 4. — „Freie Männer I“, Friedenau, Grube, Kaiser-Allee 65. — „Rairo“, Dunschl, Köbenerstr. 16. — „Freie Männer“, Vassager, Groß-Nähterside, Chausseestraße 54. — „Abellias“, Luning, Dulsienstr. 31. — „Frei weg“, Hoppe, Schöneberg, Verjeeburgerstr. 7. — „Korea“, Reilast, Franzfurter Allee 107. — „Arbeiter-Kadabrerbund, Solidarität“. Gau 9 (Brood, Brandenburg) alle Judschiffen und Anfragen, den Bund betreffend, sind zu richten an H. D. Ritter, Christinenstraße 33. — „Berliner Arbeiter-Kadabrer-Verein“, Abteilung 9, Section der Bäder, jeden 1. und 3. Dienstag, nachmittags 3 Uhr, Gipsstr. 2. — „Vorwärts“, Wilmersdorf, Berliner 40. — „Frisch auf“, Dienstag nach dem 1. und 15. Baum-Schulenberg, Baum-Schulenbergstr. 14. — „Stern“, Ludenstraße, bei Helau. — „Stern“, nach dem 1. und 15. bei Jordan, Alt-Landsberg. — „Germania“, Woltersdorf, Stolpstr., nach dem 1. bei Lehmann.

Arbeiter-Kadabrerbund „Freiheit“. Geschäftsstelle bei F. Nieß, Weinstr. 3, I. Norden, Köhler, Bankstr. 22. — „Vorwärts“, jeden Dienstag nach dem 15. in Schencks Festhalle, Müldersdorferstraße 45. — „Komet“, Nidorf, im Restaurant „Kartagarten“, Kartagartenstraße 6/10. — „Arbeiter-Kadabrerbund „Adonia 1902“, jeden Dienstag nach dem 1. und 15. bei Schmidt, Rudowerstr. 15. — „Fahrt wohl“, Schumann, Bankstr. 47.

Arbeiter-Turnerbund. Turnverein „Fichte“, Berlin, Geschäftsstelle Berlin O. 17, Kopenstr. 24 II, abends 8 bis 10 Uhr: 2 Männerabteilung: Stalhoferstr. 15/16; 4 Männerabt.: Roabit, Siemensstr. 20; 5 Männerabteilung: Waisstr. 16; 6 Männerabt.: Stallhüterstr. 51; 7 Männerabteilung: Reichenderstraße 131; 9 Männerabt.: (Wedding) Müllerstr. 158; 10 Männerabt.: Petersburgerstraße 4; 11 Männerabt.: Jähringerstr. 33; 12 Männerabt.: Kottanien-Allee 82/83; 13 Männerabt.: Göttingerstr. 51. 1. Lehrlingsabt.: Friedenstraße 37; 2. Lehrlingsabt.: Voedstraße 17/20; 3. Lehrlingsabteilung: Göttingerstr. 35/37; 12 Lehrlingsabt.: Überswalderstraße 10; 1. Damenabteilung: Mariannen-Ufer 1a. 2. Damenabteilung: Adersstraße 67. Abends 6—8 Uhr: 2 Schülerabt., Grammanns Festhalle, Rammstr. 27. 3. Schülerabteilung: Roabit, Kottanien-Allee 63. — „Arbeiter-Turnverein Neu-Beihenke“ im Prallan, Leberstr. 122. „Freie Turnerschaft Stralau-Rummelsburg“, in der Turnhalle zu Vorlagen, 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr: Damenabt. — „Freie Turnerschaft“, Steglitz, Dierenswäldchen, Schönerstraße. „Freie Turnerschaft „Vormittag“, 8 1/2—10 1/2 Uhr bei den Schwestern, Friedenstr. 48. „Freie Turnerschaft Tempelhof-Parlendorf“, 8—10 Uhr: Männer- und Lehrlingsabt. im Tempelhofer Park.

Arbeiter-Schwimmerbund. Anfragen sind zu richten an H. Danziger, Burgstr. 14. Sitzung: „Adonia“, jeden Dienstag nach dem Erster bei Fritsch, Köpenick, Rosenstr. 101. — „Lebungsstunde“, „Vorwärts“ (Abteilung Berlin) referiert in der hiesigen Badeanstalt an der Schillingstraße.

Gesellige u. Vereine. Rühroverein „Einigkeit“, Reichenderstraße 19. — Spar- und Lotterieverein „Fortuna“, im Liegnitzer Garten, Liegnitzerstraße 23. — Lotterieverein „Fortuna“, bei Bernhard Raabe, Kolbergerstraße 30. — Lotterieverein „Vorwärts“, Dornbusch, Uting Auguststr. 8. — „Ruhroverein „Ruhroverein“, Dylom, Rammstr. 37.

Marktpreise von Berlin am 21. Januar. Nach Ermittlungen des lgl. Polizei-Präsidenten. Für 1 Doppel-Pennet: „Erlgen“, gute Sorte 17,60—17,58 M., mittel 17,56—17,54 M., geringe 17,52—17,50 M. „Rogen“, gute Sorte 13,65—13,64 M., mittel 13,59—13,58 M., geringe 13,51—13,50 M. „Buttergerste“, gute Sorte 15,00—14,80 M., mittel 14,70 bis 14,60 M., geringe 13,50—12,40 M. „Jaher“, gute Sorte 15,50—15,70 M., mittel 15,60—14,80 M., geringe 14,70—13,90 M. „Erbsen, gelbe, zum Kochen 45,00—30,00 M. „Spelzbohnen, weiße 50,00—30,00 M. „Büben 60,00—30,00 M. „Kartoffeln 10,00—7,00 M. „Mehlrot 4,82—4,82 M. „Heu 0,20—0,20 M. „Stroh 1,00—1,00 M. „Butter 2,50—2,00 M. „Eier per Schock 5,00—3,30 M. \*) Frei Wagen und ab Bahn. \*\*) Ab Bahn.

Wasserstand am 21. Januar. Höhe bei Kaffig + 1,25 Meter, bei Dresden + 1,66 Meter, bei Magdeburg + 0,62 Meter. — Unkrut bei Eber + 1,30 Meter. — D e b e r bei Kaffig + 1,53 Meter, bei Dresden Eber + 1,24 Meter, bei Dresden Unkrut + 0,82 Meter, bei Frankfurt + 1,12 Meter. — W e i ß e l bei Strahmann + 4,35 Meter. — W a r t e bei Voten + 1,08 Meter. — R a d e bei Ull + 1,08 Meter.



Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste.

In der letzten Lokalliste befindet sich ein Irrtum. Im 8. Wahlkreis, Radoitz, ist das Lokalkommissions-Mitglied nicht A. Schütz, sondern Haus Buchweiz, Wilhelmshagenstraße 38; für Rosenthaler Vorstadt und Gesundbrunnen nicht A. Hartsberg, sondern Richard Henschel, Wollmerstr. 51. — Ober-Schöneeweide. Die Fabrik-Feuerverweh des Kabelewertes Ober-Spree hält am Sonntagabend, den 11. Februar 1905, im Körners „Blumengarten“ ein Vergnügen ab. Desgleichen hält der Gesangsverein „Ober-Spree“ einen Maskenball im Wirtshaus „Loreley“ in Nieder-Schöneeweide ab. Da die beiden Lokale der Arbeiterchaft zu Veranstaltungen usw. nicht zur Verfügung stehen, so weist man angebotene Villen zurück.

Die Lokalkommission.

Zentral-Wahlverein des Wahlkreises Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg. Die Kassierer der Wahlvereine haben jeden Montag die für die streikenden Bergarbeiter eingegangenen Gelder und Listen nur mit dem Zentralkassierer Eberhardt, Charlottenburg, Rosinenstr. 3, abzurechnen. Bei allen per Post eingegangenen Geldern muß auf dem Abschnitte vermerkt werden, für was die betreffende Summe bestimmt ist. Der Vorstand.

Charlottenburg. Die Parteigenossen werden auf die heute abend im Volkshaus, Rosinenstr. 3, stattfindende Volksversammlung aufmerksam gemacht, in welcher über den Bergarbeiterstreik referiert wird.

Steglitz. Am Freitag, den 27. Januar, findet im „Vorkriegswaldchen“ eine Volksversammlung statt mit der Tagesordnung: „Der Bergarbeiterstreik“. Am Mittwoch abend 7 Uhr Flugblatt-Verbreitung von den Bezirkslokalen aus. Zahlreiche Beteiligung dringend erwünscht.

Lokales.

Ein Leben wie im Sommer

brachte der verfloßene Sonntag, soweit die Milgerzüge ins Freie in Betracht kommen. Dem Eisport gehörte der Tag voll prachtvollen, milden Frostwetters. Da nicht geprengt werden konnte, waren die Straßen zwar staubig und mehr noch die Chaussees; aber das tat nichts. Sowohl nach Osten wie nach Westen pilgerten Tausende und Abertausende; vor allem ergoß sich nach dem Grunewald der Strom der Völkerverwanderung. Die Seen innerhalb der Kolonie waren allerdings nur gegen Geld zugänglich, da sie im Privatbesitz sind. Seltener aber machte es sich, daß ein Mann, der sich Eis-pächter tituliert, auch den Hundekuhlensee ringsum mit Stacheldraht umgibt hatte und nun ungerechnet das Anschneiden der Schlittschuhe von Erwachsenen 30 Pf., von Kindern 20 Pf., ja selbst für das einfache Überqueren des Sees von „Zugängern“ 10 Pf. forderte. Wie konnte der Fiskus einem Privatmann solche Rechte einräumen? Der Grunewaldsee hingegen, der bedeutend größer ist als der Hundekuhlensee und auch besseres Eis hat, war frei. Nur diejenigen, die sich nicht weiter in den Grunewald hinein-gewagt, fielen auf den Stacheldraht hinein; wer Courage hatte, sah sich durch eine bessere Eisbahn, die nichts kostete, glänzend belohnt. Hielt sich die Ausbeutung der Eisläufer in der Nähe Berlins noch in Grenzen, so wurde auf dem Wannensee mit dem Publikum ein geradezu unerhörtes Spiel getrieben. Ein Freund unseres Blattes schreibt uns darüber:

Den freien Sonntag wollte ich auf dem Eise ausnützen. Nach der strengen Arbeit der Woche tut die harmonische Anspannung der Kräfte durch den Schlittschuhlauf dem Körper besonders gut. Also mache ich mich denn zum Wannensee auf. Drei Nickel sind am Schalter der Stadtbahn das erste Opfer, das ich darbringen muß; macht mit Rückfahrt immerhin schon 60 Pfennige. Aber härteres steht mir noch bevor: Am Eingang zu dem Wannensee forderte ein Mann in einer Bude, neben der sich ein Schuhmann silblich plaziert hat, 50 Pfennige, sage und schreibe fünfzig Pfennige, für die Eintrittskarte. Da ich mir den Luxus einer Erfrischung nach erhittem Eislauf nicht leisten kann, habe ich mich mit meinem Ueberzieher versehen, für den ich mich natürlich nach einer Unterkunft um-schaue. Es existiert wirklich so etwas wie eine Garderobe am Eingang zur Eisbahn. „Was kostet's?“ „Dreißig Pfennige!“ Macht alles zusammen 1,40 Mark.

Nun sehen wir uns die Gegenleistungen einmal an, die ich dafür eingetauscht habe. Von der Stadtbahn sind wir die Mißhandlungen gewöhnt: 16, 18, 20 Personen stürmen die Coups; eingeteilt in drangvoll fürchterliche Enge, hegt jeder Passagier nur den einen Wunsch, möglichst bald aus der schauerhaften Situation befreit zu sein. Die „ordinaire Polizei“ kümmert sich grundsätzlich nicht um diese sicherheits-gefährlichen Orgien der preussischen Fiskalität: sie muß jetzt Streifposten im Ruhrgebiet „überwachen“ — das ist wichtiger!

Auf dem Wannensee sind neben der als Garderobe aus-gegebenen Miniaturbude drei elende Bänke aufgestellt, von denen eine schon um 2 Uhr der Last der Käufer gewichen war. Etwa hundert Meter hinter diesem Anschlupfplatz, der eine Vorpiegelung falscher Laifachen war, zog sich ein breites Schollenband quer über den See, eine für Schlittschuhläufer äußerst heisse Passage. In ganzen Scharen stürzten hier die Käufer, manche Damen brachten zehn und mehr Minuten, um die zwanzig Meter Schollen zu überwinden, und riskierten dabei noch Arm- und Beinbruch. Mit ein paar Eimern rechtzeitig gegossenen Wassers oder mit einem starken Eiskücher hätte der Pächter in kürzester Frist und ohne sonderliche Mühe eine zweimäßige Passage schaffen können. Aber nichts, gar nichts war getan worden. Der famose Herr beschränkte sich auf das Einfassieren des Sees. Der letzte Sonntag soll ihm, wie man mir sagte, mehr als 6000 Mark eingebracht haben. Wo für? — so fragen wir.

Also noch einmal: Warum werden die Seen, die sich zum Schlittschuhlaufen eignen, überhaupt der privaten Aus-beutung überantwortet? Wir sehen nicht an, es als eine grobe Ungehörigkeit zu bezeichnen, daß man der Bevölkerung einen gesundheitlich so überaus wichtigen Sport, wie den Eis-lauf auf großen Flächen, in dieser Weise verteuert, und das ohne irgend ein Äquivalent. Die über den Wannensee (und wohl auch die anderen Seen) gebietende Behörde sollte ihre Aufgabe vielmehr darin sehen, die Eisfläche der Bevölkerung kostenlos zugänglich zu machen. Die Unglücksfälle auf dem Eise entstehen zum großen Teil deshalb, weil arme Teufel außerhalb der sicheren Bahn laufen, um das unerhörliche Eintrittsgeld zu sparen.

Die gemischte Deputation zur Abwehr der Gefahren, welche durch die Aenderungen des Fleischbeschau-gesetzes den Einwohnern Berlins drohen, tagte am Montag zum ersten Male unter Vorsitz des Oberbürgermeisters. Nach langer eingehender Diskussion wurde beschlossen: erstens an den Polizeipräsidenten die Anfrage zu richten, welche Maß-regeln getroffen sind zur Kontrolle darüber, ob das in Berlin eingeführte Fleisch überhaupt untersucht ist, und ob es nicht nach der Untersuchung verdorben und für den menschlichen Genuß ungeeignet geworden ist; zweitens den Minister zu er-suchen, anzuordnen, daß für die Abstempelung von minder-wertigem Fleisch eine andere als die blaue Farbe ver-wendet werde, damit so die wiederholten Fälschungen und Fre-führungen des Publikums verhütet werden. Drittens beschloß die gemischte Deputation, je einen Vertreter der in Berlin vorhandenen Organisationen der Fleischermeister zur nächsten Sitzung einzuladen, um mit diesen über weitere Schritte zu unterhandeln.

Der Stadtverordneten-Ausschuß zur Vorbereitung der Vorlage betreffend die Frage, in welcher Weise die drohenden Ausfälle im Stadt-Haushaltsetat gedeckt werden können, hielt gestern seine zweite Sitzung ab und trat zunächst in die Beratung über die Erhöhung der Hundesteuer ein. Die gemischte Deputation hatte seiner Zeit be-schlossen, den Satz der Hundesteuer von 20 auf 40 M. zu erhöhen, doch war der Magistrat diesem Beschluß nicht beigetreten. Im Aus-schuß wurde der Antrag eingebracht, den Satz von 20 auf 40 M. zu erhöhen und das finanzielle Ergebnis wurde unter Berücksichtigung aller Umstände auf 300 000 M. geschätzt. Nach längerer Beratung wurde in der Abstimmung der Antrag auf Erhöhung des Hund-steuer-Satzes abgelehnt.

Es wurde sodann über die Frage beraten, zur Herbeiführung einer gleichmäßigen Besteuerung der bebauten und unbebauten Grund-stücke eine Reform der kommunalen Grundsteuer dahin vorzunehmen, daß sämtliche Grundstücke nach dem Maßstabe des gemeinen Wertes besteuert werden und, wenn möglich, die an regulierten Straßen, welche Fluchtlinien auf Grund des Gesetzes vom 2. Juli 1875 haben, liegenden unbebauten Grundstücke zu einer Bauplatzsteuer heranzuziehen sind.

Die Frage der Einführung einer Bauplatzsteuer mußte aus den Beratungen ausscheiden, weil nach den ungünstigen Entscheidungen des Ober-Verwaltungsgerichts eine wirksame Bauplatzsteuer ohne Aenderung der Gesetzgebung nicht möglich ist. Die Besteuerung nach dem gemeinen Wert soll nach einem Antrag Ballach nur für un-bebaute Grundstücke eingeführt werden; für die Besteuerung der bebauten Grundstücke soll es bei dem bisherigen Modus der Steuer nach dem Ruwertag verbleiben.

In der Debatte führte der Oberbürgermeister zunächst aus, daß er mit Bezug auf die Steuer nach dem gemeinen Wert von einem Saulus zum Paulus geworden sei und nach genauem Studium des ganzen einschlägigen Materials nunmehr mit allem Nachdruck für die Einführung der neuen Steuer eintreten müsse, insbesondere weil die Grundwertsteuer eine gerechtere Verteilung der Lasten und die schärfere Heranziehung der unbebauten Grundstücke ermöglicht. Auch von anderen Genossen, die schon seit langen Jahren Anträge für Einführung der Grundwertsteuer gestellt haben, wurde die geplante Steuer für alle Grundstücke aus wärmster Befürwortung und davor gewarnt, mit dieser Reform, die in Duzenden von großen und kleinen Kommunen schon durchgeführt ist, wieder zu warten, bis Berlin durch Gesetz zur Umwandlung seiner Steuerordnung gezwungen wird. Zu einer Abstimmung kam es nicht, da wegen der vor-gerückten Stunde die Beratung abgebrochen werden mußte.

In Berlin war Sonntag Ordensfest. Während in Peters-burg der Abolitionismus seinen schrecklichen Kampf mit dem Volke auskämpfte, während im Ruhrgebiet eine Viertelmillion Bergarbeiter sich das Sklavengoch zu erleichtern suchten, führen im königlichen Schloß hunderte Droschken und Equipagen vor, die Leute abholten, welche ihren Dank für eine Dekoration abzufassen hatten. Unter den Beglückten befinden sich Stadtrat Dr. Weigert und der aus seinem Anstehen in Sachen des Obdachs bekannte Stadtrat Fisch-bek; beide erhielten den roten Adlerorden vierter Klasse. Derselbe Orden wurde den Prokuristen der Firma Rudolph Herzog, den Herren Reifemann und Hartenstein zuteil. Den Kronenorden dritter Klasse erhielt Stadtkämmerer N. H. Herr August Scherl wurde selbstverständlich bedeutend höher bemerkt als die vorher genannten Herren, er erhielt die königliche Krone zum roten Adlerorden dritter Klasse mit der Schleife; es ist dies die einzige derartige Dekoration, die überhaupt verteilt wurde. Zum Zeichen, daß der Freisinn völlig un-gesährlich geworden ist, erhielt der Reichstags-Abgeordnete, Dichter und Justizrat Träg er den Kronenorden dritter Klasse. So wurde Sonne verbreitet selbst unter den unentwegtesten Stützen der monarchischen Staatsordnung. Allerdings gibt es immer noch Un-zufriedene. Dazu zählen erstens diejenigen, die diesmal vergeblich auf eine Auszeichnung gehofft haben, zweitens aber die ewig Blinden, denen erst erklärt werden muß, wieso denn ein Orden unter urteilsfähigen Männern überhaupt Zulassung erlangen kann. Vor dem Umgang mit dieser gefährlichen Menschensorte soll aber jeder Patriot, auch der bis dahin noch unzufriedene, sich in acht nehmen. Diese Leute sind, wie verschiedene Ereignisse der Gegenwart zeigen, zu allem fähig.

„In freien Stunden“. Illustrierte Romanbibliothek für das arbeitende Volk. Das zweite Heft des neuen Jahrganges ist soeben erschienen. Es enthält die Fortsetzung des Romans „Im Banne der Versuchung“ von H. Rasol und die Fortsetzung der Novelle „Die Mörderin“ von Schulze-Smidt. Im Feuilleton finden wir eine Erzählung über „Das Rauchen“ und außerdem lehrreiche Notizen unter „Dies und Jenes“. „Wit und Scherz“ bilden den Schluß des Heftes. Wir empfehlen unseren Lesern, die Heftausgabe zu abonnieren, von der in jeder Woche ein Heft für 10 Pf. erscheint.

Bücker und sein Ende. Die Blätter berichten: Graf Bücker hat bekanntlich den Landgerichtsdirektor Kanjow fordern wollen. Es ist aber nichts daraus geworden. Er erklärt in einer jetzt ver-öffentlichten Schilderung seines Prozesses folgendes: „Mit dem Direktor Kanjow hatte ich am Schluß der Verhandlung noch einen gewaltigen Krach. Ich habe dem Mann sofort meinen Vertreter auf die Bude geschickt, welchen der Herr Direktor jedoch nicht empfangen hat. Ich nehme daher an, daß Herr Kanjow eine Forde-rung von meiner Seite doch niemals annehmen wird. Die Sache ist somit erledigt.“ — Die Verhaftung und zwangsweise Vor-führung, die dem Grafen vom Glogauer Amtsgericht bekanntlich an-gedroht ist, möchte Bücker gern vermeiden. Er hat an das Glogauer Amtsgericht ein Schreiben gerichtet, in dem er bittet, doch von einer Verhaftung Abstand zu nehmen; zum nächsten Termin würde er freiwillig erscheinen. — Gestern durchzuführen zehn große Möbelwagen die Berliner Straßen, auf denen in großen Lettern folgendes zu lesen war: „Der Reiter aus der Judenmohr ist da!“ Es wird dann angeklagt, daß Dienstag das neue Organ des Grafen Bücker, die „Wochenzeitung für nationalen Sozialismus und reines Deutsch-tum“. Der Reiter aus der Judenmohr“ erscheinen wird.

Russisches von der Berliner Polizeigenjur. Während in Russland das Eis kracht, wird von der Berliner Polizeigenjur die folgende Darnlosigkeit berichtet: Eine neue Verschärfung der Compulsenur ist in letzter Zeit eingeführt worden. Alle Compulsetropfen, die Wibelstraße oder Gesangbuchverse, selbst in harm-losster Anwendung, enthielten, wurden gestrichen und dürfen nicht mehr auf der Variétébühne vorgetragen werden. Dabei fiel ein der ältesten Berliner Couplets, das aus einer Postle der sechziger

Jahre stammt und bisher anstandslos gesungen werden durfte, wegen des Refrains: „Herr, verzeih dem armen Sünder, denn er weiß nicht, was er tut!“ der Jenjur zum Opfer.

Wenn die von solchen Polizeitalen betroffenen Artisten wenigstens den Mut hätten, als Antwort ihr Repertoire von dem lächerlichen Scurrilpatriotismus zu säubern, der sich immer noch auf der Variété-bühne breit macht.

Die Ausschreitung auf dem Alexanderplatz-Bahnhofe. In der bekannten Anklagefahde gegen die Maurer Brüder Winkler wegen der Ausschreitung auf dem Alexanderplatz-Bahnhofe, in deren Folge der Stationsassistent Kühn sein Leben eingebüßt hat, ist nunmehr erneuter Termin zur Hauptverhandlung auf den 4. Februar vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I anberaumt worden. Dieselbe Strafkammer hatte am 1. Oktober die beiden Angeklagten zu je vier Jahren Gefängnis verurteilt, das Reichs-gericht hat aber das Urteil teilweise aufgehoben. Die Angeklagten werden diesmal von den Rechtsanwälten Dr. Werthauer und Dr. Liebflecht verteidigt werden.

Musikunterricht. Die Berliner Kriminalpolizei hat einem jener Leiter von Damenkapellen das Handwerk gelegt, die es nicht scheuen, Mädchen für Tourneeen fragwürdigster Art zu benutzen. In dem neuen Fall handelt es sich um den Direktor der Wajori-Truppe, den 35 Jahre alten Pfiffler Philipp Linger, der beschuldigt wird, sich gegen mehrere seiner Schülerinnen und Angestellten früher ver-gangen zu haben. Linger, der aus Budapest stammt und mit einer 40 Jahre alten deutschen Pfifflerbläserin verheiratet ist, kam, wie wir erfahren, vor anderthalb Jahren nach Berlin und mietete in der Wangelstraße 21 im zweiten Stock eine Wohnung für 600 M. Nachdem er zwei Musiker als Lehrer angenommen hatte, suchte er durch Anzeigen junge Mädchen, die sich im Pfiffler-blasen ausbilden wollten. Es meldeten sich über hundert. Die Lehrzeit dauerte vier Monate; die Übungen fanden in einem Lokal in der Nachbarschaft des Direktors statt, 36 seiner ausgebildeten Schülerinnen teilte Linger in drei Gruppen ein, die unter dem Namen Wajori-Truppe umherzogen und in Spezialitäten-Theatern auftraten. Die eine Gruppe begleitete der Direktor, die zweite seine Frau und die dritte einer seiner Lehrer. Linger wird nun von den Eltern mehrerer Jünglinge beschuldigt, sich an den Mädchen, die zum Teil noch nicht 13 Jahre alt waren, vergangen und anderen obscuren Unternehmungen im In- und Auslande zu-gelassen zu haben. Die Kriminalpolizei ging den Anzeigen nach, und ihre Ermittlungen hatten zur Folge, daß der Direktor ver-haftet und in Untersuchungshaft genommen wurde. Linger bestritt die Richtigkeit der Beschuldigungen. Er behauptet, es liege ein Mißgehalt vor.

Fortschrittliche Frauen für die Bergarbeiter. Uns wird be-richtet: Die vom Verbands Fortschrittlicher Frauenvereine ge-schaffene „Zentralstelle für Arbeiterinnen-Organisation“ hat bei der stellvertretenden Vorsitzenden der Zentralstelle, Frä. Else Lüders, W. 62, Kaldenstraße 14, eine Sammelstelle für die streikenden Bergarbeiter im Ruhrgebiet eingerichtet. Die Zentralstelle richtet namentlich an die Frauen aller Kreise den dringenden Appell, sich recht eifrig an den Sammlungen zu beteiligen. Ueber die Geld-eingänge wird direkt quittiert. Das Geld wird der Hauptsam-melstelle der Arbeiterorganisationen übermittelt.

Eine Zeitungsredaktion aus dem Jahre 1905. Der Presse wird berichtet: Der Ort, wo der Liedlingshund des Kron-prinzen kürzlich überfahren und getötet wurde, wurde dieser Tage von der Kaiserin besichtigt. Als sie gelegentlich dem Kron-prinzen einen Besuch im Kabinettshaus zu Potsdam abstattete, er-zählte ihr derselbe von dem Verlust seines Lieblinges, der auch bei der Kaiserin in hoher Gunst stand. Auf der Fahrt zum Bahnhofe stieg sodann die Kaiserin im Lustgarten aus dem Wagen und ließ sich auf dem Eisenbahnbaum die Stelle zeigen, wo Pagan sein Ende gefunden hatte.

„Ueber Hexen und Hexenverbrennungen“ bringt das 41. Heft des Rosenowischen Buches „Wider die Pfaffenherrschaft“ ein reiches Material, aus dem namentlich der enge Zusammenhang zwischen der Kirche und den Hexenverfolgungen hervorgeht. So hieß es in einer vom Papst Innozenz VIII. im Jahre 1484 erlassenen Bulle: „Neulich haben wir zu unserem großen Schmerze gehört, daß es im oberen Deutschland und in den Diözesen Mainz, Köln, Trier, Salzburg und Bremen Personen beiderlei Geschlechts gibt, die sich, umgingend ihres eigenen Seelenheils und abtörend vom katholischen Glauben, dem Teufel hingeben und durch ihre Zaubersprüche und Zauberkünste, durch ihre Beschwörungen, Verwünschungen und andere nichtstehende Zaubermittel es dahin brachten, daß die Geburten der Frauen und die Jungen der Tiere, die Früchte der Erde . . . vernichtet würden . . . Männer selbst und Frauen . . . peinigen sie und hindern Männer und Frauen an der Erfüllung ihrer ehelichen Pflichten . . .“ Die deutschen Inquisitoren wurden durch diese Bulle des Papstes ausdrücklich angewiesen, gegen die wegen Hexerei verdächtigen Personen gerichtlich vorzugehen. — Von den zahlreichen Illustrationen erwähnen wir das große Flugblatt auf eine Hexenverbrennung, die im Jahre 1555 in Bernberg im Harz stattgefunden hat. In jeder Woche erscheint ein Heft des Werkes, das für 20 Pf. von jeder Parteibuchhandlung und jedem Kolporteur bezogen werden kann. Das Werk kann noch jetzt von Heft 1 an nachbezogen werden.

Unterschlagungen in der städtischen Vaugewerkschule. Der Sekretär dieser Schule, ein 28 Jahre alter Herr Abel, hat Unterschlagungen begangen, deren Höhe noch nicht feststeht, die sich aber auf etwa 5000 M. belaufen dürften. Es ist eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden, doch hat man seiner bis jetzt nicht habhaft werden können.

Uns wird in dieser Sache geschrieben: „Die Zustände der Vaugewerkschule in der Rurfürstenstraße hätten schon längst die Aufmerksamkeit der Behörden erregen sollen. Jetzt kommt hinzu, daß der Sekretär Abel mit den zu Beginn des Quartals einkassierten Schulgeldern von 50 M. für jeden Schüler durch-gegraben ist. Schon über acht Tage fehlt der Mann, ohne daß es bisher für nötig gehalten wurde, die Öffentlichkeit von dieser unangenehmen Laifache zu unterrichten. Unter Abel, der ein Muster von Anmaßung ist, hat die ganze Schule zu leiden gehabt. Der alte Herr Direktor vermochte diesen Jüngling leider nicht in den geziemenden Schranken zu halten und die Lehrer konnten gegen ihn auch nichts ausrichten. Es kam vor, daß er tagelang fehlte; und in der Ferienzeit, wo er zwei Stunden täglich zur Erledigung der laufenden Geschäfte in der Schule anwesend sein sollte, glänzte er ebenfalls zumeist durch Abwesenheit. Öffentlich wird in die Zustände der Schule jetzt bessere Ordnung gebracht.“

Die Abgebrannten aus Ralisch. Gewarnt wird vor einem Schwindlerpaar, bestehend aus einem alten und einem jungen Manne, die sich als Gynick und Grabner „Arne Abgebrannte aus Ralisch“ ausweisen und auf Grund von Empfehlungen und amtlichen Zeug-nissen mildherzige Leute brandtschonen. Die Zeugnisse sind zwar wirklich echt, doch haben ihre rechtmäßigen Inhaber ihre Sammel-tätigkeit längst abgebrochen und die Schwindler, die auf irgend eine Weise in den Besitz der Papiere gelangt sind, betreiben unter deren Namen das anscheinend recht lohnende Bettelgeschäft weiter.

Neue Waldverwüstungen? Eine Lokalkorrespondenz schreibt von bevorstehenden weiteren Waldabholungen an der Ober-Spree. Trotz der zahlreichen Einsprüche gegen Waldverwüstungen in der Umgebung Berlins soll doch wieder ein großes forstwirtschaftliches Ge-



**Wände in der Nähe der Reichshauptstadt** abgeholt und der Bebauung erschlossen werden. Es handelt sich um den Wald zwischen den Bahnhöfen Friedrichshagen und Hirschgarten, dessen Abholzung und Aufteilung zum Frühjahr beschlossene Sache sein soll. Der Waldbestand ist zwar für den Forstfiskus wenig rentabel, doch bildet er eine beliebte Erholungsstätte für die Bewohner der Gegend und zahlreiche Berliner Ausflügler.

**Ueber Berlin und die Kohlennot** weiß der Magistratsberichterichter zu melden: Der Ausfall im Ruhrgebiet in Verbindung mit der Kälte hat sich auch in Berlin schon fühlbar gemacht. Die Händler haben die Preise für die Kohlen um 2—10 Pf. pro Zentner erhöht. Die Gaswerke werden ihre großen Kohlvorräte jetzt im Umsehen los. In der Giesbenerstraße sind jetzt schon nur noch geringe Mengen zu haben und auch auf den Lagerplätzen der übrigen Gasanstalten nehmen die Vorräte ganz enorm ab. Sollte die Kälte und der Ausfall noch einige Wochen dauern, dann können viele Fabriken und Familien in Verlegenheit kommen. Die Vorräte an Kohlen, Stroh u. s. w. sind nämlich in Berlin zurzeit bedeutend kleiner als sonst. Dieser Mangel ist auf die Wasserknot im Sommer zurückzuführen. Die Zeit im Herbst, wo Kohlen verschifft werden konnten, war zu kurz, um die Läden, die im Sommer in den Lagern entstanden waren, wieder zu füllen. Es kann also unter Umständen eine ebensolche Kohlennot in Berlin entstehen, wie zurzeit des Ausfalls in Wehmen. In den letzten Tagen sind von hier aus eine Menge Kohlen nach Hannover und anderen Orten im Westen verladen worden, was sonst nicht beobachtet worden ist und sich auch nicht lohnen würde.

**Befangenommen** wurde gestern eine Schwindlerin, die unter der Maske einer Wohlthäterin diese arme Frauen um ihre letzten Groschen presste und oft auch noch bestahl. Eine obdachlose Hermine Schulz sammelte sich Zeitungsausschnitte, durch die Aufsichtsratsmitglieder täuschten und ging, ein schwarzes Täschchen mit den Ausschnitten in der Hand, von einer Bewerberin zu anderen. Sie erzählte den Frauen, die sich mühsam ihr kümmerliches Brot verdienen müssen, daß sie die Reinigung auf diesem oder jenem Bahnhof oder im Sprengwerk zu beorgen habe. Eine Bekannte, die ihr bis jetzt zur Seite gestanden, sei gestorben. Daher habe sie vom Vorsteher des Bahnhofs oder vom Direktor der Ludwigsbahnverwaltung den Auftrag, sich nach einer anderen Frau umzusehen, und komme nun auf die Anzeige der Bewerberin. Da den Frauen für eine Arbeitszeit von 8 bis 2 Uhr drei Mark versprochen wurden, so nahmen sie das Angebot hoferfreut an und gaben der Vermittlerin gern ihren letzten Groschen, wenn sie ihnen erzählte, daß sie durch Zurechnen oder Einkäufe mehr ausgegeben habe, als sie wollte. Wo sich die Gelegenheit bot, stahl die Schwindlerin auch noch alles, was sie unbemerkt mitnehmen konnte. Wenn dann die Frauen am nächsten Tage sich zur Arbeit meldeten, erfuhr sie zu ihrer größten Enttäuschung, daß sie betrogen waren. Vor längerer Zeit wurde schon einmal öffentlich vor der Schwindlerin gewarnt. Trotzdem hatte sie auch noch weiter Erfolg, bis sie gestern zum zweitenmal eine Frau aussuchte, die sie schon einmal beschwindelt hatte, die aber seitdem in eine andere Wohnung gezogen war und von dieser aus eine neue Anzeige ausgegeben hatte. Die Betrogene ließ sie jetzt festnehmen. Nur der kleinste Teil der Betrogenen hat Anzeige gemacht. Ihre Zahl ist sehr groß, denn jeden Tag kommen fünf oder sechs Bewerberinnen nach diesem oder jenem Bahnhof.

**Wegen Strafenraubes** wurden in der Nacht zu vorgestern der 29 Jahre alte Schmied Gustav Langfeld und der 24jährige Arbeiter Bruno Kiehl gefangen. Ein Beamter sah, daß die beiden an der Ecke der Stopen- und Großen Frankfurterstraße einen bestimmten Mann in der Nähe eines dunklen Haustores so fertig zu Boden warfen, daß er liegen blieb, ihm etwas entziehen und dann durch die Wappentstraße entflohen. Er verfolgte die Räuber, nahm sie mit Hilfe eines Amtsgenossen fest und brachte sie nach der Revierstation. Hier fand man bei dem einen die Uhr und Kette, die sie dem Betrunkenen geraubt hatten. Einer der Räuber machte einen Mordversuch. Als er sich auf der Wache einen Augenblick nur einem einzigen Beamten gegenüber sah, schlug er ihn mit der Faust ins Gesicht und ergriff die Flucht. Ein anderer Beamter kam aber rechtzeitig dazu und hielt ihn fest. Ihn wollte der Verbrecher würgen, er wurde aber überwältigt. Als nun der Beamte nach dem Taktort zurückkehrte, war der Verbrecher schon weggegangen. Die beiden Verbrecher, die wegen Strafenraubes schon vorbestraft sind, besahen auch noch eine silberne Damenkette, die sie wohl ebenfalls geraubt haben.

**Ein schweres Bauunglück** ereignete sich Montag früh in der neunten Stunde auf dem Bau des Hauses Glogauerstraße 6. Die verheirateten Maurer Fritz Jochel, der Warschauerstraße 62 wohnt, und Karl Martin aus der Pfingstbergerstraße 4 waren dort als Hilfsarbeiter beschäftigt. Infolge eines Fehltritts stürzten sie aus einer Höhe von etwa sechs Metern herab und erlitten schwere Verletzungen. Auf der Rettungstation am Görlicher Bahnhof erhielten sie die erste Hilfe, dann wurden sie nach dem Krankenhaus am Urban gebracht.

**Ueber Anfälle auf dem Eise** wird berichtet: Im Lehnigsee brach ein Dienstmädchen namens Meta Liebig ein, das zu Fuß über das Eis ging, sich in der Dunkelheit verirrt und auf dünnes Eis geriet. Fast zur selben Zeit erkrankte der 24jährige Schüler der Oranienburger Gärtnerlehranstalt Willy Kade aus Berlin im Lehnigsee. Neht, nachdem sich die unzulängliche Absperrung der unsicheren Strecken herausgestellt hat, ist das Betreten des Sees von der Polizei verboten worden. — Auf dem Straussee geriet am Sonntag gegen 1/2 Uhr mittags ein etwa 13jähriger Schüler aus Strausberg auf eine durch das Offenhalten des Wassers für die Fäbne entstandene dünne Eisschicht und brach ein. Obgleich ihm Hilfe gebracht und ein junger Mann in das Wasser sprang, um den schon halb erstarrten an eine Stange zu binden, konnte der Knabe nur als Leiche herausgebracht werden. Alle Wiederbelebungsversuche eines anwesenden Arztes blieben erfolglos. Im Veestow-Storkower Kanal erkrankte bei Wendisch-Nieitz der 11jährige Schulfreund Paul Schuster, der auf Schlittschuhen von der Schule nach Hause laufen wollte, wobei er auf einer dünnen Stelle einbrach. Seine Mitschüler liefen davon und taten nichts zu seiner Rettung. — Auf der Habel bei Werder erkrankte ferner der 17jährige Karl Winter, der sich mit zwei Freunden beim Schlittschuhfahren auf dem Eise vergnügte. In der Mitte des Flusses brachen sie mit dem Schlitten ein und Winter ging unter. — Auf der Rückfahrt von Kaputh nach Potsdam, die abends beim hellen Mondschein erfolgte, fielen ferner zwei Männer aus Potsdam, ein älterer und ein jüngerer, mitten auf dem Tempelinersee eingebrochen. Sie waren aber mit Bambusstangen und Dolchen ausgerüstet, so daß sie sich, wenn auch mit vieler Mühe, selbst wieder auf das feste Eis bringen konnten. — Rechtsanwält Dr. Alfred Salomon fiel gestern beim Schlittschuhlaufen auf der Westfischbahn hin und trug einen Knöchelbruch am rechten Bein davon.

**Feuerbericht.** Die Brandchronik der letzten 48 Stunden ist eine sehr reichhaltige, denn sie weist gegen 20 Alarmierungen auf. Montag vormittag wurde der 19. Löschzug nach der Leipzigerstraße 120 gerufen, weil hier Stroh und anderes Radmaterial in einem Keller in Flammen stand. — Ein zweiter Kellerbrand mußte dann in der Dranienstr. 57 abgelöscht werden. — In der Schwebelstraße 15 war Sonntag abend 8 Uhr im ersten Stock in einer Wohnung Feuer ausgebrochen, das Betten, Möbel, Kleidungsstücke, Decken u. s. w. ergriffen hatte. Der dritte Löschzug hatte längere Zeit zu tun, um die Gefahr zu beseitigen. — An der Ecke der Köpenicker- und Reanderstraße war vorher durch Kurzschluß ein elektrischer Straßenbahnwagen in Brand geraten, der indes vor Eintreffen der alarmierten Wehr bereits durch die Angestellten gelöscht war. — Nach der Alexanderstr. 53 wurde der erste Löschzug gerufen, weil dort vor dem Hause Terpentiner Feuer gefangen hatte. — In der Müllerstr. 148 hatte dann die vierte Kompanie einen Brand zu beseitigen, der den Fußboden und die Wänden ergriffen hatte. — Zur selben Zeit brannte es in der Poststr. 44 und in der Dresdenerstraße 66 in Wohnungen. Möbel, Gardinen und Wäschestücke wurden hier im wesentlichen beschädigt. — In der Poststr. 30 war

infolge eines Wasseroberbruchs ein Keller überschwemmt. Der 19. Löschzug hatte längere Zeit mit dem Auspumpen der Wassermengen zu tun. — Nachmittags war in der Parkstr. 24 in einer Waschküche Feuer entstanden, dessen Ablöschung aber leicht erfolgen konnte. — Die übrigen Alarmierungen, die dann noch aus der Gölzlerstr. 88, vom Königsgraben 18, aus der Brunnenstr. 24 und noch aus verschiedenen anderen Stellen einliefen, waren durchweg auf ganz geringfügige Anlässe zurückzuführen.

**Stellungen für Lehrlinge.** Herr Stadtschulrat Dr. Jwid sendet uns folgende Mitteilung zur Veröffentlichung zu: Die Lehrlingsunterbringung des Vereins für das Wohl der aus der Schule entlassenen Jugend beginnt am 6. Februar 1905. Handwerker, Gewerbetreibende und Kaufleute, welche am 1. April 1905 Lehrlinge einzustellen wünschen, wollen ihre Anträge an die ihnen zunächst gelegene der folgenden Unterbringungsstellen richten: 1. Lehrer Pätz, NO. 55, Nylstr. 15. 2. Rektor Dreymann, O. 2, Hinter der Garnisonstraße 2. 3. Rektor Luybenberger, NO. 55, Heinersdorferstr. 18. 4. Rektor Schinemann, SO. 36, Reichenergerstr. 131. 5. Fortbildungsschul-Dirigent Willert, N. 30, Ravenstr. 12. 6. Fortbildungsschul-Dirigent Sangholz, N. 20, Prinzen-Allee 8. 7. Fortbildungsschul-Dirigent Sawowich, NW. 21, Krummstraße 88. 8. Lehrer Heyn, SW. 20, Fidinistr. 16.

**Eine Matinee zugunsten der streifenden Vergarbeiter** des Ruhrreviers veranstaltet am Sam. ab. den 29. Januar, mittags 12 Uhr, im großen Saale der „Neuen Welt“, Dafenheide, der in Arbeiterkreisen rühmlichst bekannte Gesangsverein „Typographia“ unter Leitung seines Chorleiters Herrn Alexander Weinbaum. In Anbetracht des guten Zweckes ist der Besuch dieser Matinee den Genossen und Genossinnen nur zu empfehlen. Billetts à 30 Pf. (am der Kasse 40 Pf.) sind in den im heutigen Inserat angegebenen Verkaufsstellen zu haben.

**Der Verein zur Förderung der Kunst** hat am Sonntag sich in einer vortrefflichen Aufgabe bewährt. Er übernahm es, im Kaiser Friedrich-Gymnasium seinen zahlreichen Freunden von sozialer Kunst in Dichtung und Musik ein Bild zu geben. Leider mußte die Kunst ausfallen, da die Sängerin, auf die man gerechnet hatte, den Verein, im Stich ließ. Aber bei alledem blieb soviel Tüchtiges, daß der Sonntagabend wohl zu den wertvollsten im Repertoire der erwähnten Vereinigung zu zählen ist. In einem einleitenden Vortrage wies Herr Engelbert Graf darauf hin, wie der Industrialismus den „vierten Stand“ aus der Tiefe herausgehoben, ihn auf einen Platz gestellt habe, von welchem aus der Proletariat in seinem opferreichen Kampfen sich nicht allein die Beachtung der Politiker, sondern auch die der Dichter und Künstler erzieht. Indem Herr Graf hervorhob, daß der heutige Abend seiner politischen Tendenz dienen solle, führte er ferner die Tatsache an, daß die vor einem guten Jahrzehnt belästigte gemauerte Armeelieferanterei und Glend-Dichtung der Bourgeoisie zwar eine Abwehrschleuse bereitet, den Arbeiter aber, der nicht nur seine Leiden schildert, sondern auch zur Höhe emporgehoben werden wolle, keineswegs beschützt habe. Mit dem Hinweis auf einige Dichter, die aus dem Schoße des Proletariats selber hervorgegangen sind, schloß Herr Graf seinen Vortrag, aber inhaltreichen Vortrag. Dann reichten sich Maria Holgers und Dr. Gustav Wang in die nicht leichte Aufgabe, das Denken und Dichten des Proletariats dem zahlreich versammelten Publikum vorzuführen. Freilich grüßte „Rühmlich“, seines trübigen Weberslied und Thomas Goobs Lied von Hende waren die älteren Dichtungen, die an diesem Abend zu Gehör kamen. Von Dichtern und Dichterinnen der Gegenwart wurden Ada Regni, Arno Holz, Gustav Schiller, E. Freygang, Hensel, Jacobowski, Dehmel und Seidel rezitiert, desgleichen wurden Bruchstücke aus „Folios“, „Germinal“, aus R. Filders „Erinnerungen eines Arbeiters“ sowie aus Björns „Ueber unsere Kraft“ vorgelesen. Vor allem gebührt hier Maria Holgers Anerkennung; mit sympathischer Stimme mußte diese ja auch in der Arbeiterwelt bekannte Dichterin die Schönheiten der ja mannigfaltig variierenden Dichtungen hervorzuheben. Daß Hauptmanns „Weber“ auch an diesem Abend am eindrucksvollsten wirkte — wen will das wundernehmen? Während der fünfte Akt dieses Dramas vorgelesen wurde, der bekanntlich die Vertreibung des Ritters durch die Weber darstellt, wurden draußen die ersten Nachrichten über das Blutbad in Petersburg bekannt, das dem russischen Volke hoffentlich die Freiheit bringen und damit auch in unserem Vaterlande den reaktionären Gewalten einen heilsamen Schrecken durch die Wiederjagen wird.

**Das Luisen-Theater** kam am Sonnabend mit Ibsens „Stüben der Gesellschaft“, also mit einem Drama, das ganz aus dem Repertoire dieser Bühne herausfällt. Allerdings gehört das Theater in der Reichenergerstraße zu den vielseitigsten und geschäftigsten Berlins; kann eine Woche vergeht, daß nicht irgend eine Neuaufführung angezeigt wird. Pöffen aus den achtziger Jahren wechseln ab mit klassischen Dramen, und selbst an Gerhart Hauptmann hat man sich hier ja schon herangewagt. Nach unserer Meinung wäre auch in diesem Fall weniger mehr. Bei einer derartigen Anstrengung der Künstler kann es wenigstens bei ernsthaften Stücken nicht immer klappen, und selbst an Gerhart Hauptmann hat man sich hier ja schon herangewagt. Nach unserer Meinung wäre auch in diesem Fall weniger mehr. Bei einer derartigen Anstrengung der Künstler kann es wenigstens bei ernsthaften Stücken nicht immer klappen, und selbst an Gerhart Hauptmann hat man sich hier ja schon herangewagt. Nach unserer Meinung wäre auch in diesem Fall weniger mehr.

**Frei Fortbildungskurse für Arbeiter**, veranstaltet von der Bilderschaft, Lehn. Hochschule, Berlin. Mittwoch, 25. Januar, abends 8 Uhr, spricht Herr Referendar Ruben über: „Ein Auszug durch die Berliner Sondergerichte“, in der Aula der Charlottenburger Oberrealschule, Schloßstr. 27. Eintrittskarten zu 10 Pf. (Abonnement auf sämtliche Vorträge 50 Pf.) sind an der Abendkasse erhältlich.

**Vollständige Vorträge** gegen den Alkoholismus in der ständigen Ausstellung für Arbeiterwohlfahrt, Charlottenburg, Frauenhoferstr. 11—12. Nächster Vortrag Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr: „Alkohol und Verbrechen“ von Frau Dr. Doppel-Roser, Berlin. Eintritt für jedermann frei.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Heute abend beginnt der Unterricht in der Geschichte unter Leitung des Genossen Dr. Marenbrecher. Mittwoch beginnt Genosse Wege mit dem Unterricht in Naturerkenntnis. Donnerstag fällt der Unterricht in der Sozialgesetzgebung nicht aus, da Genosse Kohnstein die mit den Teilnehmern besprochene Reise nicht unternimmt. Freitag Rede-Übung unter Leitung des Genossen Marenbrecher.

## Gerichts-Zeitung.

### Unvorsichtige Eide.

Wie leichtfertig manche Leute mit ihrer Eidespflicht umgehen, zeigen drei Anlagefälle, die gestern vor den hiesigen Strafgerichten verhandelt wurden. In dem ersten Falle standen die Witwe Magdalena Berg und der Arbeiter Dittberner aus Charlottenburg wegen Meineides bezügl. Anklage vor dem Schwurgericht des Landgerichts II. Dittberner lag mit seiner Frau in einem

Ehescheidungsprozeß, in welchem die Angeklagte Berg als Zeugin vernommen wurde und zu seinen Gunsten aussagte. Trotz dieser günstigen Aussage verlor D. den Prozeß und es konnte festgestellt werden, daß die Aussage der Frau B., die sie unter ihrem Eide gemacht hatte, eine unwahre und zweifellos auf die Beeinflussungen des D. zurückzuführen war. Letzterer wurde vom Schwurgericht zu 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, Frau Berg zu 1 Jahr Gefängnis verurteilt. — Am ein gleiches Milieu handelte es sich in dem zweiten Falle. Hier hatte sich die Dienstmagd Amanda Korzowska wegen Meineides vor dem Schwurgericht des Landgerichts I zu verantworten. Sie hatte bei einem in Charlottenburg wohnenden Ehepaar gedient, und als der Ehemann gegen seine Frau die Ehescheidung wegen Ehebruchs betrieb, wurde das Dienstmädchen als Zeugin vernommen. Sie machte schwer belastende Aussagen gegen die verklagte Ehefrau, die sie des sträflichen Umganges mit anderen Männern beschuldigte. Von Seiten der Frau wurden erhebliche Einwendungen gegen die Glaubwürdigkeit dieser Zeugin erhoben und bezüglich deren Moralität Tatsachen aus ihrem Vorleben behauptet, deren Richtigkeit sie in einem Termin vor dem Kammergericht bestritt. Die Ehe ist daraufhin geschieden worden, es folgte aber bald die Anklage wegen wissentlichen Meineides gegen die B., da nunmehr Beweise für die Richtigkeit der von ihr bestrittenen Tatsachen erbracht wurden. Die Geschworenen entsprachen einem Antrage des Verteidigers Rechtsanwält Galland, indem sie die Angeklagte nur des schuldigen Falleschuldes schuldig sprachen. Sie wurde zu 2 Monaten Gefängnis verurteilt und die Strafe durch die Untersuchungshaft für verbüßt erachtet. — Im dritten Falle hatte die Buchmadrin Anna Gurska wegen Abgabe einer falschen eidesstattlichen Versicherung vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I zu erscheinen. Hier war der Sachverhalt ein eigenartiger. Am 4. März sah die Angeklagte mit dem Bauunternehmer Max Müller und dessen Ehefrau, die ihre intimste Freundin ist, bei Streichert und Hansen beim Abendbrot. In animierter Stimmung tauschten die beiden Frauen ihre goldenen Uhren aus, da die eine gern einmal die Uhr der anderen tragen wollte. Der tödliche Zufall wollte es, daß am nächsten Tage, 5. März, der Gerichtsbolzhier bei Herrn Müller eine Forderung vorzunehmen hatte und außer anderen Sachen auch die im Besitz der Frau befindliche goldene Uhr mit Beschlag belegte. Frau Müller reklamirte die Uhr als ihr mit in die Ehe gebrachtes Eigentum und die jetztige Angeklagte unterschrieb ihr auf ihr Erjuden sofort eine eidesstattliche Versicherung, in welcher sie bestätigte, daß Frau M. jene Uhr mit in die Ehe gebracht habe. Der Gläubiger gab die Uhr aber nicht frei, es kam vielmehr zum Interventionsprozeß und in diesem stellte es sich heraus, daß die in Frage stehende Uhr der Frau Müller überhaupt nicht gehörte, sondern Eigentum des Fräulein Guttsche und von dieser nur zeitweilig gegen die Uhr der Frau Müller umgehauptet war. Daraus entstand dann die Anklage. Die Angeklagte behauptete im geführten Termin unter Tränen, daß ihr bei dem Unterschreiben der eidesstattlichen Versicherung der in weinseliger Stimmung Tags vorher erfolgte Austausch der Uhren ganz entfallen gewesen sei. — Der Staatsanwalt hielt diesen Umtausch der Uhren am Vorabend einer drohenden Zwangsvollstreckung doch für sehr verdächtig und die Fahrlässigkeit der Angeklagten für so groß, daß er 14 Tage Gefängnis beantragte. — Rechtsanwält Dr. David John beantragte dagegen die Freisprechung, indem er darauf hinwies, daß die Leute aus dem Volke, die in solchen Interventionsfällen eidesstattliche Versicherungen abgeben, gewöhnlich des Glaubens seien, diese würden nur dem Gläubiger vorgelegt. Nach § 156 Str.-G.-B. sei eine falsche Versicherung an Eidesstatt auch nur strafbar, wenn sie vor einer zuständigen Behörde abgegeben wird. Der Gerichtshof schloß sich diesen Erwägungen an. Obgleich er das Vorgehen der Angeklagten als äußerst leichtfertig bezeichnet, erkannte er doch auf Freisprechung, da er es für möglich hielt, daß die Angeklagte tatsächlich nicht gewußt habe, daß die eidesstattliche Versicherung dem Amtsgericht vorgelegt werden würde.

## Vermischtes.

**Wie das Zuchthaus wirkt.** Drei schwere Verbrecher sind in letzter Zeit während ihrer Strafkraft im Zuchthaus zu K r o n e an der Wache geisteskrank geworden. Es sind dies der Insieger Ignaz Osmial aus Pilsnola Paragimowska (Kreis Kempen), der im Jahre 1880 wegen Mordes zum Tode verurteilt, später aber zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt worden war; ferner der Tischler Josef Hahn aus Hohenfelde, bestraft wegen Strafenraubes mit zehn Jahren Zuchthaus, und der Schläglermeister Josef Woban, der wegen vorläufiger Brandstiftung eine mehrjährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat. Die Unglücklichen wurden zunächst dem städtischen Krankenhaus in K r o n e zugeführt, von wo aus später ihre Einlieferung in die Landesirrenanstalt erfolgen wird.

**Erdbeben in Thessalien.** Mehrere Dörfer in der Umgegend von Agbia in Thessalien sind, nach einem Telegramm aus Athen, infolge der Erdbeben, die noch andauern, vollkommen zerstört; andererseits bedroht das Anschwellen des Peneus den niedrig gelegenen Stadtteil von Larissa. Der strenge Winter macht die Lage ganz besonders schwierig.

## Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 17. Heft des 2. Jahrganges erschienen. Es hat den Inhalt des Heftes haben wir hervor: Der Vergarbeiter-Streit. — Die Arbeiterklasse und die Schulhölle. Von Otto Bauer. — Der Vergarbeiter-Streit und das Röhlenmachersyndikat. Von Hermann Rollenbaur. — Theorien über den Mehrwert. I. Die Anfänge der Theorie von Mehrwert bis Adam Smith. Aus dem nachgelassenen Manuskript „Zur Kritik der politischen Ökonomie“ von Karl Marx, herausgegeben von Karl Kautsky. Von Heinrich Canow. (Fortsetzung). — Beiträge zur kritischen Arbeiterpolitik. Von Jean Reesfeld (Athen). I. — Bergmannslieder. Von H. S. — Literarische Rundschau: Eine Zeitschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Von ew. Eine neue sozialistische Zeitschrift. Von oo. Karl Hensel, Mein Lebenslauf. Reuland. Ausgewählte Gedichte. Von r. h. — Notizen: Arbeiterkampf. Von E. G.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 3,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 5 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer) ist soeben die Nr. 2 des 15. Jahrganges eingegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer haben wir hervor: Aufsatz der Verrennenperson. — Der Kampf im Ruhrgebiet. — Die weibliche Gewerkschaft in Deutschland. I. Von Emanuel Baum. — Wahrung. Von Prof. Dr. A. Hodel. — Die Proletarierin im Reich der rheinisch-westfälischen Großindustrie. Von W. D. — Aus der Bewegung: Kultur an die Genossinnen. — Von der Agitation. — Die Beteiligung der Genossinnen am Parteitag der Sozialdemokraten in Bremen. — Die Haltung der Frauen beim Vergarbeiter-Streit im Ruhrgebiet. Von Agnes Plum-Oßen. — Einreden der Berliner Genossinnen für den kommunalen Schutz von Mutter und Säugling. — Agitationsberichte aus Bayern. Von O. Köhler. — Louise Michel. — Notizen: Genossenschaftliche Rundschau. Von Eimon Kapfenstein. — Kommunale Fürsorge für Mutter und Kind. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Begräbnis während des Ausfalls. Von Ada Regni. (Gedicht). — Unberechnlich. Von Ludwig Plan. (Gedicht). — Im Armenbauze. Von Ada Christen. — Für unsere Kinder. Foksmung. Von Fr. Schiller. (Gedicht). — Meine Bekanntschaft mit Schiller. Von Ernst Ameloh. — Einprüfungs aus Schillers Werken. — Ein Winterausflug. Von A. Heubrich. — Räthsel. (Gedicht). — Das Märchen von der Arbeit. Von Ida Heistermann. — Ihr braucht es nicht zu glauben. (Gedicht). — Eis popcia. (Gedicht).

## Briefkasten der Redaktion.

**Vergarbeiter.** In Berlin ist und keine Annahmestelle bekannt. Bitte! demnach die nachstehende Adresse: Redaktion der „Vergarbeiter-Zeitung“ Dortmund, Steinstraße 5. — H. J. Essen. — B. P. Saar- gebiet.



Dienstag, den 24. Januar, abends 8 Uhr

finden in Berlin und den Vororten

# 28 Volks-Versammlungen

statt und zwar in folgenden Lokalen:

- I. Kreis:** Arminhallen, Kommandantenstraße 20.  
Englischer Garten, Alexanderstraße 27 c.
- II. Kreis:** Aliens Festsäle, Hafenheide 13/15.  
Bühlke, Dennewitzstraße 13.
- III. Kreis:** Franke's Apollo-Saal, Sebastianstraße 39]  
Voigts Ritter-Säle, Ritterstraße 75.
- IV. Kreis:** Zur Drachenburg, Vor dem Schlesiſchen Tor 1/2.  
(Süd-Ost) Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.
- IV. Kreis:** Pipp's (Brauerei Friedrichshain).  
(Osten) Elysiun, Landsberger Allee 40.  
Andreas-Festsäle, Andreasstraße 21.
- V. Kreis:** Musiker-Säle, Kaiser Wilhelmstraße 18 m.
- VI. Kreis:** Berliner Prater, Kastanien-Allee 79.  
Weimanns Volksgarten, Badstraße 56.  
Hensel, Invalidenstraße 1 a.  
Kösliner Hof, Köslinerstraße 8.  
Kolberger Salon, Kolbergerstraße 23.  
Bagenhofer Brauerei, Turmstraße 25/26.  
Peters, Wicelſtstraße 24 und Emdenerstraße 34/35.

**Lichtenberg:** Gebr. Arnold (Schwarzer Adler),  
Frankfurter Allee 120.

**Weißensee:** Vereinshaus, Charlottenburgerstraße 150.

**Rummelsburg:** Weigels Restaurant, Türſchmidtſtraße.

**Reinickendorf-West:** Restaurant J. Franke,  
Eichhornstraße 18.

**Rixdorf:** Thiel, Bergstraße 152.

Heickaus, Karlsgartenstraße 9.

**Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstraße 3.

**Schöneberg:** Obſts Festsäle, Meiningenſtstraße 8.

**Friedenau:** Geſellſchaftshaus, Rheinſtstraße 14.

Tages-Ordnung:

## Der Klassenkampf im Ruhrrevier.

Referenten: Genossen **Bebel, Brückner, Bruns, Bömelburg, David, Dietz, Ewald, R. Fischer, Förster, Grenz, Goldstein, Hirsch, Heimann, Kaliski, Ledebour, Lipinski, Molkenbuhr, Ritter, Stadthagen, Sassenbach, Scheidemann, Singer, Wermuth, Wiesenthal, Wurm, Zubeil.**

In Anbetracht der überaus wichtigen Tagesordnung bitten wir um zahlreichen Besuch.

**Die Vertrauensleute.**

**Gesundheit ist Reichtum!**

Regelmäßiges Baden erhält und fördert die Gesundheit.

Bade Berlin-Ost im: **Bad Frankfurt** | Ritter-Bad | Bade Berlin-Süd im:

Gr. Frankfurterstrasse 130. | Ritterstr. 10, Ecke Prinzenstrasse.

**Medizinische Bäder aller Art**  
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen und Herren.

**2 Wannen-Bäder** mit je 2 Handtüchern  
0,75 Mk. (40 Minuten Badeszeit)

Hygienisch einwandfrei bleiben nur Einzelbäder, niemals gemeinschaftlich benutzte Bassinbäder!

**Wärzburger Hühneraugenmittel**  
von Dr. H. Unger-Wärzburg. — 20 Pf.  
In Berlin:  
Salomon-Apothek., Charlottenstraße.  
Greif-Apothek., Darnimstr. 33.  
In Breslau: 10371.  
Victoria-Apothek., Friedr. Wilhelmstr. 34.

**Franz- und Glauer's** <sup>Handel</sup>  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.  
Bereits-Kränze, Palmen- u. Blumen-  
Arrangements, Bouquets, Guirlanden  
u. s. w. werden fein u. preiswert geliefert.

**H. & P. Uder,** Berlin SO. 10,  
Engel-Ufer 5.

**Tabak-Großhandlung u. Tabakfabrik.**  
Rauch-, Kau-, Schnapftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Zigaretten (Garbáty, Josotti usw.)  
zu Originalpreisen.

**Leihhaus**  
Berlin, Anhalterstr. 2, Charlottenburg, Friedrich Karstl. 12.  
Belohnung von Brillanten, Gold- und Silbersachen, Uhren, Bücher, Wäsche,  
Kleidungsstücke etc. 17732

## Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Verwaltungsstelle Berlin.

Haupt-Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt IV, 9679.  
Arbeitsnachweis: Zimmer 31. Amt IV, 3353.

Mittwoch, 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Dresdener Garten“,  
Dresdenerstr. 15:

### Versammlung der Gold- u. Silberarbeiter u. verwandter Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen H. Ritter über: Die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Recht zahlreiches Erscheinen der Kollegen und Kolleginnen wird erwartet.

Mittwoch, 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Kolberger Salon“,  
Kolbergerstr. 23:

### Versammlung der Former und Berufsgenossen.

Tages-Ordnung:  
1. Unsere Vereinbarungen. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Mittwoch, 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im „Rosenthaler Hof“,  
Rosenthalerstr. 11/12:

### Versammlung der chirurgischen Branche.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Genossen Dr. Naureubrecher. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Mittwoch, 25. d. M., abends 8 Uhr, bei Reisen, Richterfelde,  
Chausseest. 104:

### Bezirks-Versammlung für Richterfelde und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Wuschid. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.  
Zahlreiches Besuch erwartet. Die Ortsverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

### Branche der Modell- und Fabriktschler.

Mittwoch, den 25. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Schmidt,  
Gartenstr. 6:

### Branchen-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission. 2. Wahl eines Obmannes und der Berichts-  
fontrollkommission. 3. Verschiedenes. Die Kommission.

### Achtung! Gast- und Schankwirte Rixdorfs.

Mittwoch, 25. d. M., beim Kollegen Münzer, Rueselstr. 113:

### Öffentliche Versammlung der Gast- und Schankwirte von Rixdorf und Umgegend.

Tages-Ordnung:  
1. Vortrag des Kollegen Ewald-Berlin. 2. Diskussion. 3. Aufnahme  
neuer Mitglieder. 14706  
In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung Erscheinen dringend erwünscht.  
F. M.: Die Agitationskommission der Ortsverwaltung Rixdorf.

### Achtung! Achtung!

## Fliesenleger.

Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr:  
Außerordentliche Mitglieder-Versammlung  
der Sektion der Fliesenleger des Zentral-Verbandes der Maurer  
im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7).

Tages-Ordnung:  
1. Jahresbericht. 2. Diskussion. 3. Neuwahl des Vorstandes.  
4. Verschiedenes.  
Pflicht eines jeden im Fliesenlegerberuf beschäftigten Kollegen ist es,  
in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch resp. Legitimationskarte legitimiert.  
136/6\* Der Sektionsvorstand. F. M.: F. Rabe.

### Spar- und Produktiv-Genossenschaft Berlin-Rixdorf.

Freitag, den 27. Januar 1905, abends 8 Uhr, im Gewerkschafts-  
haus (großer Saal), Berlin, Engel-Ufer 15:

### General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
1. Vorlegung der Liquidationsbilanz. 2. Verschiedenes.  
Nur Mitglieder haben Zutritt. Nur das Mitgliedsbuch  
legitimiert. 105/14

## Deutscher Buchbinder-Verband.

Morgen Mittwoch, den 25. Januar, abends 8 1/2 Uhr  
Ordentliche  
General-Versammlung  
im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht.  
2. Neuwahl der Ortsverwaltung.  
3. Wahl von 5 Mitgliedern und 5 Stellvertretern zum Arbeitsnachweis-  
kuratorium.  
4. Regelung der Anstellungsbedingungen unserer Angestellten.  
5. Bericht vom Gantag.  
6. Abrechnung vom Projektions-Vortrag.  
7. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Wir richten an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, recht zahlreich  
und pünktlich in dieser Versammlung zu erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert.  
Die Ortsverwaltung.

## Buchhandlung Vorwärts,

Berlin SW. 68,  
Lindenstr. 69, Laden.

Seben erschienen:  
Protokoll über die Verhandlungen  
des Parteitag der sozialdemokra-  
tischen Partei Preussens. Abgehalten  
zu Berlin 28.-31. Dezember 1904.  
Inhalt: Der Programm-  
gesetzentwurf. Der Schulge-  
setzentwurf. Der Beihilfengesetz-  
entwurf. Die Verträge wegen  
Annahme sozialistischer Kr-  
beiter. Das Landtags-Wahlrecht.  
Preis 30 Pf.

Ferner empfohlen wir die Protokolle  
der deutschen Parteitage:  
Galle. 1890. Neu-Organisation;  
Programm der Parteitag; Stel-  
lung zu Straß und Boykott;  
Auswärtige Beziehungen mit den Un-  
abhängigen. 50 Pf.

Stuttgart. 1891. Festlegung des  
Programms; Programmvorläufe;  
Ausschluss der „Unabhängigen“;  
Zustimmung der Parteitag. 50 Pf.

Berlin. 1892. Staatssozialismus;  
Genossenschaftswesen, Boykott, Kon-  
trollmärkte. 50 Pf.

Bonn. 1893. Gewerkschaftsbewe-  
gung; Antisemitismus; Wahlrecht  
und Beteiligung an preussischen  
Landtagswahlen. 40 Pf.

Frankfurt. 1894. Budgetbewillig-  
ungstrage in den Landtagen;  
Agrartrage; Druck, Dinge und  
Kartelle. 25 Pf.

Breslau. 1895. Agrarprogramm;  
Hausindustrie. 30 Pf., gebd. 50 Pf.

Gotha. 1896. Frauenorganisation;  
Literaturbeilage. 30 Pf.

Hamburg. 1897. Preuss. Landtags-  
wahlen; Militärismus.  
Preis 35 Pf., gebd. 60 Pf.

Stuttgart. 1898. Wahlrecht;  
Verarbeiterwahl; Preuss. Landtags-  
wahlen; Job- und Handelspolitik.  
Preis 35 Pf., gebd. 60 Pf.

Hannover. 1899. Bernstein-De-  
batte; Justizhausvorlage; Militär-  
trage. 50 Pf.

Mainz. 1900. Weltpolitik; Be-  
lehrs- und Handelspolitik; Taktik  
bei den Landtagswahlen; Anhang;  
Bericht über die Frauenkonferenz.  
50 Pf.

Düsseldorf. 1901. Vergriffen.

München. 1902. Die bevorstehende  
Reichstagswahl; Arbeiterverfiche-  
rung; Kommunalpolitik; Der interna-  
tionale Kongress 1903. Anhang;  
Bericht über die 2. Frauenkonferenz.  
60 Pf.

Dresden. 1903. Taktik der Partei;  
Reichstagswahlen; Vizepräsidenten-  
trage; Die rechtswissenschaftlichen Be-  
streibungen. 75 Pf., gebd. 1 M.

Bremen. 1904. Organisation;  
Kommunalpolitik; Der interna-  
tionale Kongress zu Amsterdam. An-  
hang; Bericht über die 3. Frauen-  
konferenz.  
Preis 70 Pf., gebd. 1 M.

### Ziehung 15., 16., 17., 18. Februar in L. u. s.

Wohlfahrts-Lose à 3.30

(Porto u. Liste 30 Pf.) zu Zwecken  
d. deutschen Schutzgebieten.  
12977 Gelegew. ohne Abzug Mk.

**490000**

Hauptgewinn: Mark

**75,000**

**50,000**

**25,000**

**15,000**

3 • 5000 - 15 000

10 • 2000 - 20 000

20 • 1000 - 20 000

40 • 500 - 20 000

100 • 200 - 20 000

200 • 100 - 20 000

600 • 50 - 30 000

3000 • 30 - 90 000

9000 • 10 - 90 000

Loose empfiehlt der General-Debit.

Lud. Müller & Co.

Berlin, Breitestr. 5. Telegr.-Adr.:  
Glockenküchler

### Gänsefedern 60 Pf.

per Pfund (geborene zum Neuen).

Schlachtfedern, wie bei v. d. Gans

fallen, nur allen Tannen II. 1.50,

höflicher Gänsefedern II. 2.00,

bessere Gänsefedern III. 2.50,

3.00, best. schwarze III. 3.50,

russische Tannen III. 3.50, weiße

böhmi. Tannen III. 5.00, ge-  
sammelte Federn III. 1.50, 2.00,

2.50. Prima gefüllte III. 3.00,

3.50. Versand gegen Nachnahme.

Berlin S.

Gustav Lustig, Prinzenstraße 46a.

Erst-Beitragenergebnis in elektr.

Vertriebe. Viele Anerkennungsbriefe.

Wer-Stoff-hat,

fertige Herrenanzug, 20 M., ohne

Konturierung, feinste Jute, 2 Uhr.

Für guten Stoff bekam gold. Medaille.

Ludwig Engel, Preussener-  
straße 23, II. (Alexanderplatz).

Gegründet 1892. 1068







Für die ausländigen Bergarbeiter

gingen bei der Berliner Gewerkschaftskommission folgende Beiträge ein:

- Stinkfabrik und Hülshof, Reichen Mülheim 13,25. Innungs-Krauterei der Zähler 20. Telefon-Bericht von Schand, 2375 10. u. G. 200. Drucker Selma Dager, 2. 2380 24,20. S. u. D. Lindenhof, 1. 2425 29,05. S. u. D. Saal 22, 2913 26,50. Verb. d. deutsch. Buchdrucker, Gau Nordwest u. Bezirksverein Bremen 150. Koll. Holz u. Breilmann 9,55. Buchdr. Müller u. Borell 9,25. Maurer u. Bauarb. Probenstr. 5/6, 2. 2956 15,05. U. G. G. Saal B. 13. Kollagen von Schandmeyer, 2. 2394 6. Buchdrucker E. R. Barckhoff, 2. 2418 16,50. Ver. d. J. Abrahamsohn, Charlottenburg, 2395 15,50. Buchd. Schwig 4,95. Stofabrik Schindler u. Co., 1. Rate 7,50. Buchdr. J. A. Winter u. Sohn, 2321 22,85. Ver. Grashof'sche Gesellschaft, 2877 22,65. Boback u. Co., 2458 10. Sektion der Kadlerer 30. Buchdr. G. Nagel, 2391 7. Buchbinderlei Sperling, 2435/6 54. Maler, Klosterrubau, Marienfelde 17,55. Tapezierer Flatau u. Brimmer 20. Durch Holzfirma Westphal, 3947 5,50. Firma Georg Drechsler 7,20. Maler, Bau Schillerstr. 53 11,20. Rupp, 3923 10. Gasolinfabrik Marienfelde, 2415 26,45. J. G. G. Mariendorf, 2413, 14, 16, 17 100,65. Tischl. Häblich, Lustenauer, 2420 9,35. Verband der Kupferhämmer, Bochum auf Litten 100. Arbeiter der Holz, Louis Jellig 13. Arb. der Firma Brüdner Nachfolger, Alexandrinenstr. 9 5,50. Verband der Buchbinder, a Konto auf Litten 300. Familie Lauch 5. Kolo R. H. G. Werkzeug 1409 13,15. H. B. D. Red. W. Dreher 1411 11,70. Segmentsch. 1413 16,65. Werkzeug R. B. 1414 29,10. Hül. Beckenhoff 1427 33,10, da 1429 30,25, da 1430 30,25. Rieles, Maschinenbau 1428 15,30. 1426 15,30. 1437 17. 1438 22,80. Liste 1456 12,55. H. B. D.: Papierfabr. 1475 31. Telefonfabr. 1476 22,65. Metallfabr. laal, 1477 16,95. 1478 11,25. Drahtfabr. Saal 12, 1479 19,75. Saal 12, 1480 11,45. S. Ep. 1481 7,35. S. G. 8. 1482 15,25. S. G. 1483 17,55. Metallgießerei, 1485 30,65. 1486 15,25. Bau Kiderstraße, H. G. G. 7. Schube nebst Fremden, Kitz. 4,50. Lotterieverein „Gute Hoffnung“ 5. Buch u. Steinbrucker Binkemann, 2399 27,90. Familie R. Annonierstraße 4. Hausdiener von Beck u. Cloppenburg 14,50. Bei einer dopp. Geburtsfeier 6,65. Kochmaler b. Kammiger, Lichtberg 2,90. Buchfabr. d. H. Hülsh. Lustenauer 20. Gesang. Vorwärts 1. (dar. ein Galt 1.) 19. Von Hülsh. d. Heng. und Kammiger 9. 2. 2096. Firma Veitram Bunde 24,65. 2301 17,20. Tischlerien Eisenbahnstraße 35b 10. 2. elende Schuhmacher aus SO. 2,50. 3967, Arb. d. J. Riehl 16,60. Ragnerstr. 129 2. Maler b. G. Schmidt, Bau der Landes-Verl. 4. Tapezierer u. D. Brandt d. Hülsh. 3,50. Tischler Roderich 3. Arb. d. Wommerte d. Anton, 1. Rate 4,50. Buchd. b. Schneider u. Co., 1. Rate 10,10. Firma Müller b. H. 2. 2378 d. Drechsel 30,45. 2310, Arb. b. Trabekus 16,60. 3926 Verh. Hoff, 2. Tr. 1. Rate 15,15. Tischler bei Reumann, Eisenbahnstraße 5. Tischler b. Franz u. Meyer 6. Kollatur der Firma Vary u. Co., Kollatur b. Kollaturstraße 25. Stamm b. Hülsh. Friedrichsstraße 1, 10. Tapez. Verh. Großh. 1, 1. Rate 30,15. 2. 2421, 22,28 Dr. National-Big. 2. Nachf. Saal, Stereotyperei u. Holzerei 55,65. Ein Speer-Mischer 3. Kammiger d. Verh. Hülsh. u. Transp. Arbeiter 10. Maler, Lopez u. Boden, Bude Halle 3,55. Arbeiter der Stofabr. Lubwig u. Co. 3,60. 2. 2377, 2769 Mechaniker b. Koller u. Schmidt 26,35. 2. 812 Hülsh. Personal 5. Riehl Buchdr. 9,85. Arb. u. Hülsh. Köpferstraße 15. 2. 2097 11,20. D. Stenden a. d. Reuen Königstr. 9. Tischler J. Heermann 4,50. 2. 2338, 89 Buchdr. b. Hülsh. d. Hülsh. 28,05. Tischler und Verh. Hülsh. b. Hülsh. u. Kohnmann 29,25. Hülsh. b. Prof. Landert 9,50. Robell-Hülsh. Hülsh. Verh. Hülsh. 12. 2. 4294 Boden. d. J. Koch 23. 2443 S. H. J. Typograph 55,50. Mont. Siemens u. Hülsh. Neub. Verh. Hülsh. 12. Buchfabr. b. Koch, Eisenbahnstraße 13,50. 2. 357, Buchd. b. Kammiger 36,65. Metallwarenfabrik Kapnick 7. 2. 2404 7,70. 3951 Hülsh. b. Hülsh. 8,80. 2426, 2427, 2428 Buchfabr. Hülsh. 50,50. Buchdr. b. Hülsh. 10,40. 3979 Hülsh. Hülsh. 17,70. Buchbinder-Verband, Hülsh. Verh. Hülsh. 300. Arbeiter d. Firma Bern, Hülsh. (Hülsh. Verh.) 10,50. 2. 2427 Hülsh. Hülsh. b. Hülsh. u. Hülsh. 6. 2795 11,50. H. B. Hülsh. 10. Hülsh. des Verbandes Deutscher Buchdrucker i. „Vorwärts“ 1. Rate 100. Buchd. Hülsh. Verh. Hülsh. 30. 2. 4278 Personal bei H. Hülsh. Hülsh. 8,55. Hülsh. d. Hülsh. Hülsh. 9. 2312 Buchdr. und Buchd. b. Hülsh. 8,55. Hülsh. d. Hülsh. Hülsh. 6. Hülsh. d. Hülsh. Hülsh. 30. Hülsh. der Maurer Marienfelde 30. Solidarität Hülsh. Verh. 12,40. Schleiher der D. Kon. u. Steingewerke Charlottenburg, 1. Rate 10. Personal bei H. Schröder, Schöneberg 3,80. Hülsh. der Hülsh. Hülsh. 22. Maler der Firma Hülsh. 4,50. Gewerkschafts-Kartei in Bernau 50. Tischl. d. Turbinenfabr. Hülsh. 49,05. Hülsh. Hülsh. Hülsh. 15. Kontad Schaduc 12. R. H. H. 5. Stamm Ref. Hülsh. Hülsh. 7. Beamte u. Hülsh. 8,70. Gewerkschafts-Hülsh. Hülsh. 5. Hülsh. Hülsh. Hülsh. 5. Hülsh. Hülsh. Hülsh. 2. Hülsh. d. Hülsh. Hülsh. 149,77. Summa 2489,27. Bereits quittiert 7878,95. Im ganzen 10 307,12.

Weitere Beiträge werden entgegengenommen im Bureau der Berliner Gewerkschaftskommission Engel-Hfer 15, vorm. 9-1 und nachm. 4-8 Uhr.

Bei größerem Andrang der Personen erfolgt die Abnahme der Gelder und Ausgabe der Listen im Saal 3 des Gewerkschaftshauses. Für Berlin sind die Gelder, welche mittels der Post eingehen, an H. Hülsh. Engel-Hfer 15, zu richten.

Der Ausschuss der Berliner Gewerkschaftskommission.

Partei-Nachrichten.

Eine Einigung der Trienter Sozialdemokraten. Vor einigen Tagen fand in Trient die fünfte Konferenz der Südtiroler Sozialdemokratie statt. Aus Italien war der Genosse Todeschini und von der Gesamtheit der österreichischen Partei der Genosse Dr. Ellenbogen erschienen. Die italienischen Genossen Südtirols sind in verschiedene Richtungen gespalten. Jede einzelne hat ihr Parteiorgan und die gegenseitige Erbitterung ist eine sehr tiefgehende geworden. Diese Verhältnisse haben sich übergriffen auf die Gewerkschaften, so daß die ganze Arbeiterbewegung darunter zu leiden hatte. Es gelang schließlich dem Eingreifen der Parteileitung, einen Beschluß herbeizuführen, wonach die Kommunisten zwischen den einzelnen Richtungen eingestellt und zur Vereinfachung der den Frieden entgegenstehenden Schwierigkeiten von beiden Seiten ein Komitee zu wählen ist.

Politikelles, Gerichtliches usw.

Eine Agitationskommission als Verein. Genosse Tiesch in Magdeburg hatte als Vorsitzender des Landes-Agitationskomitees ein Strafmandat über 20 M. erhalten, weil er der polizeilichen Auforderung, eine Liste der Kommissionsmitglieder einzureichen, nicht nachgekommen war. Er beantragte darüber gerichtliche Entscheidung. Das Schöffengericht bestätigte den Strafbefehl.

Aus Industrie und Handel.

Der Einfluß des Bergarbeiterstreiks auf den holländischen Kohlenmarkt macht sich bereits in Holland recht empfindlich geltend. Bekanntlich hat in den letzten Jahren das Kohlenhändlertum in den Niederlanden sein Absatzgebiet wesentlich erweitert, und da die dortigen Verkaufslager des Syndikats größtenteils nur mäßige Vorräte enthalten, so macht sich vielerorts bereits ein „Kohlenmangel“ bemerkbar. Von den Vertretern englischer Kohlengruben wird diese Situation nach Kräften ausgenutzt. Sie haben in der vergangenen Woche große Mengen englischer Kohlen von Newcastle und Cardiff nach den holländischen Häfen kommen lassen, und versuchen nun mit Erfolg, der deutschen Konkurrenz das von dieser okkupierte Absatzgebiet streitig zu machen. Es ist kaum zweifelhaft, daß das Kohlenhändlertum, wenn der Streik einige Wochen andauert, seine heutige Position auf dem holländischen Kohlenmarkt einbüßen und später große Mühe haben wird, sie zurück zu gewinnen. Und dieser Verlust, der sich voraussichtlich auch auf einen Teil Belgiens erstrecken wird, ist keineswegs gering anzuschlagen; denn nächst Oesterreich-Ungarn sind die Niederlande und Belgien die besten Abnehmer der deutschen Kohlenindustrie. Von den 10 233 062 Tonnen Steinkohlen, die in den ersten elf Monaten des vorigen Jahres (für den Monat Dezember fehlt noch die Angabe) von Deutschland nach dem Auslande verschifft worden sind, gingen zum Beispiel nach:

Table with 2 columns: Country and Tonnage. Oesterreich-Ungarn: 5 246 236 Tonnen. Niederlande: 1 642 490. Belgien: 2 361 874. Frankreich: 1 087 907. Schweiz: 1 094 481.

Alle anderen fremden Staaten erhielten mit Ausnahme Russlands, das 551 796 Tonnen bezogen hat, weniger als 100 000 Tonnen.

Die Lage des rheinisch-westfälischen Kohlenmarktes hat sich in den letzten Tagen wesentlich verändert. Als der Ausbruch ausbrach, wurden die Zechen und großen Kohlenlager von Kleinhändlern und Kleinverbrauchern geradezu bestürmt. Ungehobene Fuhrwerke besorgten die Bedenplätze. Gruben, welche über große Vorräte verfügten, konnten tagelang erhebliche Mengen im Landdebit absetzen. Jetzt ist dieser Verkauf aber, wie die „Köln. Volksztg.“ meldet, fast überall eingestellt; die Kohlenvorräte werden für den Selbstbedarf und für das Kohlenhändlertum zurückgehalten. Die Kohlenhändler aber haben nur geringe Kosten auf Lager und diese schwinden im Handumdrehen. Sollte der Ausbruch lange dauern, und der Winter seine Strenge längere Zeit behalten, so wird gerade bei den Kleinverbrauchern und bei den kleinen Leuten empfindlicher Kohlenmangel sich einstellen. Vorsichtige Hausväter werfen sich bereits mit Kohlen für Hausbrandvorräte, obwohl dieselbe in Zimmeröfen nicht gut verwendbar ist. Die kleinen Gewerbetreibenden sind meist ganz von den Syndikatskohlen vertreibenden Händlern abhängig. Bei früheren Gelegenheiten machten sich die letzteren meist die Lage zu Nutzen und forderten oft wahre Wunderpreise für Kohlen und Koks. Dem hat das Syndikat aber einen Riegel vorgeschoben. In den Verträgen mit den Händlern heißt es: „Sie (der Händler) verpflichten sich, beim Weiterverkauf die Verkaufspreise so zu bemessen, daß die Höhe des Gewinnes zu Ihrer Tätigkeit und zu Ihrem Risiko den Umständen nach in keinem Verhältnis steht. Diese Bedingung haben Sie auch etwaigen Wiederverkäufern aufzuerlegen.“

In wenig beneidenswerter Lage befinden sich die Eisenwerke, vornehmlich die großen gemischten Werke, die selbst Kohlengruben besitzen. In der Regel können diese ihren Bedarf an Brennstoffen aus ihren eigenen Zechen und Koksereien decken. Beim Syndikat haben dieselben nur insoweit Abschlüsse getätigt, als es um Kohlenforten sich handelt, die sie selbst nicht fördern können, oder um diejenigen Mengen, deren sie mehr bedürfen, als ihre Förderung beträgt. Im allgemeinen aber haben die großen Stahlwerke so ausreichend mit Zechen sich versorgt, daß sie ihren Bedarf an Brennstoff selbst fördern können. Nun sind aber die Belegschaften dieser Zechen im Ausbruch. Dadurch kommen die Werke in eine gefährliche Lage. Vorräte an Kohlen und Koks haben sie meistens nur in geringem Umfange, da sie ja die überschüssigen Mengen dem Kohlenhändlertum zum Verkauf überlassen. Infolgedessen sind sie jetzt auf das Kohlenhändlertum angewiesen, oder auf den Bezug von Kohlen aus dem Auslande.

Die Preise der wichtigsten Lebensmittel sind auch im vergangenen Jahre wieder nicht unerheblich gestiegen. Nach der von der „Stat. Korr.“ veröffentlichten Uebersicht über die Durchschnittspreise der wichtigsten Lebensmittel in den 24 bedeutendsten preussischen Marktorten stellten sich für 1904 die Durchschnittspreise pro Tonne (1000 Kilogramm), verglichen mit den Preisen für 1903, folgendermaßen:

Table with 2 columns: Year and Price per Tonne. 1904 vs 1903. Weizen 168 (154) M., Roggen 133 (132) M., Gerste 138 (137) M., Hafer 134 M., Getreide 233 (239) M., weiße Speisebohnen 296 (283) M., Rindfleisch 372 (352) M., Schafschafffleisch 60,8 (63,2) M., Nischtroch 40,5 (40,4) M., Senf 63,7 (63,9) M., etc.

Die preussischen Sparkassen. Nach vorläufigen Ermittlungen fliegen im Rechnungsjahre 1903/04 die Einlagen bei den preussischen Sparkassen durch Zuschreibung von Zinsen um 200,46 Millionen Mark, durch Neueinlagen um 1891,25 Millionen Mark. Die Rückzahlungen betrugen 1591,41 Millionen Mark, so daß sich ein Ueberschuß an Neueinlagen von 299,84 Millionen Mark ergab, wodurch der Einlagebestand auf 7229,05 Millionen Mark stieg. Vor zehn Jahren bezifferten sich die Einlagen bei den preussischen Sparkassen nur auf 3750,25 Millionen Mark. Verhältnismäßig am meisten haben sich die größeren Konten von mehr als 3000 Mark vermehrt, die in der Regel nicht im Besitze von Personen aus den mittleren und unteren Klassen stehen, doch haben auch die kleinen Konten recht bedeutend zugenommen.

Kann auch aus dieser Zunahme der Spareinlagen eine gewisse Zunahme des Wohlstandes der Bevölkerung gefolgert werden, so doch nicht, daß der Wohlstand entsprechend diesen Zahlen gestiegen ist, denn das Wachstum der Einlagen ist nicht nur, wie die „Statist. Korr.“ selbst betont, durch neue Ersparnisse, sondern auch zum bedeutenden Teil durch einen Wechsel der Anlageplätze früherer Ersparnisse hervorgerufen. So hat z. B. in den letzten Jahren die Vorschrift des Bürgerlichen Gesetzbuches (§ 1807), wonach die Anlegung von Münzelgeldern allgemein bei inländischen öffentlichen Sparkassen erfolgen kann, die dafür als geeignet erklärt worden sind, den Sparkassen zahlreiche Einlagen zugeführt, die ihnen früher fern bleiben mußten. Häufig bedienen sich auch die Hülsh. aller Art der Sparkassen zur Anlegung verfügbarer Bestände in oft bedeutender Höhe. Endlich kommt es vor, daß eine Sparkasse überflüssige Gelder bei einer anderen anlegt, jedoch sie dann in der Statistik zweimal erscheinen.

Witterungsübersicht vom 23. Januar 1905, morgens 8 Uhr.

Table with 10 columns: Station, Barometer, Wind, etc. Stations include Weimende, Hamburg, Frankfurt, Rangan, etc.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 24. Januar 1905. Frost wärmer, vorwiegend heiter und trocken bei ziemlich lebhaften südlichen Winden; später zunehmende Bewölkung. Berliner Wetterbureau.

Reichshallen-Theater. Stettiner Sänger. Vorstellung: Die Riesin Jena.

Die Riesin Jena. 483 Qd. schwarze, die schwarze Dame, die sie liebt. Medizinische Rätsel, anatomische Wunder, Riesen! - Werge!

Typographia. Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer. Gegr. 1879. - Chormeister: Alexander Weinbaum. - M. d. A.-S.-B. Sonntag, 29. Januar, mittags 12 Uhr, in der „Neuen Welt“, Hasenheide Nr. 108-114: MATINEE zum Besten der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Eintritt 30 Pf., an der Kasse 40 Pf., Garderobe 10 Pf.

Kleiner Saal zu 150 Personen mit anschließendem Vereinszimmer. Sonntags u. Sonntags noch zu vergeben. Ergebenst Anton Boeker, Weberstr. 17.

Etablissement Bughenhagen. Moritzplatz. Täglich von 12-4 Uhr: Mittagstisch. In den unteren Sälen jeden Abend: Bockbierfest. Der dumme Max u. der kluge Hans. Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Fritz Steidl-Sänger.

Gustav Behrens Spezialitäten-Theater. Frankfurter-Allee 85. Der neue Januar-Spielplan. Anny Raaly, deutsch-franz. Komikerin.

Masken-Garderobe. Carl Ernst, Köpenickerstr. 126, 1. Tr. Größte Auswahl! Billigste Preise! Bezüge aller Annoncen erhalten! 10/11, 12/13, 14/15, 16/17, 18/19, 20/21, 22/23, 24/25, 26/27, 28/29, 30/31.

Fatme, Indische Gauklerin, sowie alle übrigen erhalt. Sozialist. 11/12, 13/14, 14/15, 15/16, 16/17, 17/18, 18/19, 19/20, 20/21, 21/22, 22/23, 23/24, 24/25, 25/26, 26/27, 27/28, 28/29, 29/30, 30/31.

5 3/4 Pfund Brot 50 Pf. Albrechts Bäckereien: Wrangelstr. 135, Krautstraße 19, Goldensteinstr. 28, Bauhofstr. 2, Markthalle Bäckerei, Stand 222/23, Westhafen Allee, Stand 16/18, Central: Vorhoenerstr. 13.

Hustentropfen. unübertroffen wirksam gegen Husten, Heiserkeit, Verschleimung, Hals-, Schmerzen sowie alle Beschwerden der Atmungsorgane. 61. 50 Pf. Licht nur mit Karte „Vichy“, erhältlich in den durch Plakate kenntlichen Geschäften. Otto Reichel, Berlin, Eisenbahnstraße 4. Best: Arnika 10, Japancamp, 07, Anis 7, Pimpinell 15, dest. m. feinst. Spiritroctificat 70.

Hygienische. Bedarfartikel. Reicht. Katalog m. Empf. viel. Verzeu. u. Prof. aut. u. H. Unger, Gummiwarenfabrik, Berlin N., Friedrichstr. 131a.



Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

### Theater.

Dienstag, 24. Januar.

Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Opernhaus.** Die weiße Dame.  
**Neues königl. Opern-Theater.** Die Journalisten.  
**Deutsches. Gelden.**  
**Berliner.** ... so ist Dir!  
**Leitung.** Das gereifte Benedig.  
**Wefen.** Die neugierigen Frauen.  
**National. Rigoletto.**  
**Zentral. Die Geisha.**  
**Neues.** Die lustigen Weiber von Windsor.

Anfang 8 Uhr:  
**Schiller O.** (Ballner-Theater.) Fuhrmann Henschel.  
**Schiller N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.) Wallensteins Tod.

**Kleines. Elektra.**  
**Reichshaus. Der Familienstag.**  
**Trianon. Die glückliche Gilbarte.** (Heureuse.)

**Deutsch-Amerikanisches. Rev. Fort.** Luffen. Die Stützen der Gesellschaft.  
**Kasino. In Vertretung.**  
**Metropol. Die Herren von Maxim.**  
**Welle. Alliance.** Lumpacivagabundus.

**Carl Weiß. Geld und Name.**  
**Metropol. Berliner Luft. Spezialitäten.**  
**Passage-Theater. Bernhardt. Billi Prager.** Anf. 5 Uhr.  
**Herrnfeld-Theater. Prinz Levy in Ahlbeck.**

**Palast. Ein Allermweltsmädel. Spezialitäten.**  
**Wintergarten. Spezialitäten.**  
**Reichshaus. Stettiner Sänger.**  
**Urania. Taubenstraße 48/49.**  
 Im Theater abends 8 Uhr: Im Bannkreis der Jungfrau.

**Juwelendstraße 57/62. Sternwarte.** Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.  
 Im Theater abends 8 Uhr: Dr. F. Ristenpart: Die Vollender der astronomischen Reformation.

**Kleines Theater**  
 Abends 8 Uhr:  
**Elektra.**  
 Mittwoch: Die Neuenmähten.  
 Donnerstag: Abschiedsoper.  
 Freitag: Salome.  
 Samstag: Die Neuenmähten. Darauf: Abschiedsoper.

**Neues Theater.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr:  
**Die lustigen Weiber v. Windsor.**  
 Mittwoch: Der Graf von Charolais.  
 Donnerstag: Die lustigen Weiber von Windsor.  
 Freitag, Sonnabend, Sonntag: Der Graf von Charolais.

**National-Theater**  
 Weinbergstraße 19.  
 Dienstag, den 24. Januar:  
**Rigoletto.**  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Mittwoch, 25.: Donna Juanita.  
 Donnerstag, 26., 1. R.: Die Jüdin.  
 Freitag, 27., 2. R.: Gute Nacht, Herr Pantalon.

**Zentral-Theater**  
 Anfang 7 1/2 Uhr, zum 1043. Male:  
**Die Geisha.**  
 Operette in 3 Akten v. Sidney Jones. (Mimosa: Mia Berber.)  
 Mittwoch u. folgende Tage: Die Geisha.  
 Sonnabend: Die Jungfrau.

**Luisen-Theater.**  
 Abends 8 Uhr:  
**Die Stützen der Gesellschaft.**  
 Morgen Benefiz: Die wilde Stäbe.  
 Donnerstag Gastspiel: Mutter Thete.

**Kasino-Theater**  
 Lotzringstraße 37 (Rosenthaler Tor.)  
 Täglich 8 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr - 9 Konzert.  
**In Vertretung.**  
 Sonntag nachmittag 4 Uhr (kleine Preise): Mutter Gräbert.

**Trianon-Theater.**  
 Heute und folgende Tage:  
**Die glückliche Gilbarte**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Sonntag nachm.: Das eilfte Gebot.

**Lustspielhaus**  
 Abends 8 Uhr:  
**Der Familientag.**  
 Abenabendlich: Der Familientag.  
 Sonntag nachm. 3 Uhr: Das böse Brüderchen.

**Residenz-Theater.**  
 Dir.: Richard Alexander.  
 Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Herkulespflizen.**  
 Schwanz in 3 Akten von Paul Mühlau und R. Henneguin. Deutsch von R. Schönau.  
 Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Sattenbesitzer.

**Neues Konzerthaus**  
 Grand Hotel Alexanderplatz.  
 Inhaber: Albert Hoerner.  
 Heute  
**Gp. Curt Goldmann-Konzert**  
 Jeden Abend: Salon-Komiker  
**Oskar Saldow**  
 als Doktor Eisenbart  
**Kinematograph,**  
 bunte lebende Bilder.  
 Anfang 5 Uhr.  
**Krug zum grünen Kranze.**  
 Jeden Abend **Fidelitas.**  
 K. Lüddeckes humor. Konzerte.  
 Meine drei Säle sind Sonntags bis 5 Uhr nachmittags für Versammlungen zu vergeben.

**Urania, Taubenstr. 48/49.**  
 8 Uhr:  
 Im Bannkreis der Jungfrau.  
**Sternwarte**  
 Invalidenstr. 57/62.  
 Hörsaal:  
 Dr. F. Ristenpart: Die Vollender der astronomischen Reformation.

**P. CASTAN'S PANOPTICUM.**  
 Friedrichstr. 165.  
 Der geheimnisvolle Hexentisch!!  
 das Mirakel des 20. Jahrhunderts.

**Apollo-Theater.**  
 218 Friedrichstr. 218.  
 Täglich:  
**Berliner Luft**  
 von Paul Lincke  
 und das hochinteressante Januar-Spezialitäten-Programm  
 mit **Golemanns Hundemeute.**  
 ! Unerreichter Dressur-Akt!  
 Sonntag, 29. Jan., nachm. 3 Uhr, ermäßigte Preise:  
**Venus auf Erden**  
 und **Spezialitäten.**

**Metropol-Theater**  
**Die Herren von Maxim.**  
 Große Ausstattungspesise mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Julius Freund.  
 Musik von Viktor Hollaender.  
 Inszeniert vom  
 Direktor Richard Schultz.  
**Henry Bender. Josef Giampietro.**  
**Josef Josephi. Anton Grünfeld.**  
**Frid. Frid. Fritz Massary.**  
 Das Fest des Lichts. (Ballett.)  
 Anf. 8 Uhr. Rauchen gestattet.

**Carl Weiß-Theater.**  
 Gr. Frankfurterstr. 132.  
**Geld und Name.**  
 Anfang 8 Uhr.  
 Morgen: Dieselbe Vorstellung.  
 Sonnabend nachm. 4 Uhr: Kinder-Vorstellung: **Tornados.**  
 Sonntag nachm. 3 Uhr (Ballett 60 Pf.): **Maria Stuart.**

**Stadt-Theater Moabit.**  
 Alt-Reduit 47/49.  
 Gastspiel des Bernhard-Rose-Theaters:  
**Jägerliebchen.**  
 Hofe mit Gesang in 4 Akten von E. Krepton. Musik von G. Steffens.  
 Anfang 8 Uhr.  
 Nach der Vorstellung: **Gr. Ball.**  
 Entree 0 Pf., Nummer. Platz 50 Pf.

**W. Noacks Theater.**  
 Direktion: Rob. Dill. Brummenstr. 16.  
**Die Grille.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
 Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
 Mittwoch: **Wein Friebeberg.**  
 Donnerstag: **Il. Klassiker-Abend.**  
**Emilia Galotti.**

**Deutsch-Amerikanisches Theater.**  
 Köpenickerstr. 67/68.  
 Jeden Abend 8 Uhr:  
 Gastspiel **Ad. Philipp:**  
**NEW-YORK**  
 Sonntag nachm. 3 Uhr, halbe Preise  
**Ueber'n grossen Teich.**

**Passage-Theater.**  
 Anf. d. Abendvorstellung 8 Uhr.  
 Anf. nachm. 5 Uhr, Sonntag 4 Uhr.  
**Arturo Bernardi,**  
 der berühmte italienische Verwandlungskünstler.  
**Littke Carlsen**  
**Willy Prager**  
 14 erfolgreiche Nummern.

**Schiller-Theater.**  
**Schiller-Theater O.** (Ballner-Theater).  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Fuhrmann Henschel.**  
 Schauspiel in 5 Akten von Gerhart Hauptmann.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Grossstadtluft.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Familie Schlerke.**

**Schiller-Theater N.** (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater).  
 Dienstag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Tod.**  
 Trauerspiel in 5 Akten von Fr. Schiller.  
 Mittwoch, abends 8 Uhr:  
**Die Haubenlerche.**  
 Donnerstag, abends 8 Uhr:  
**Wallensteins Lager.**  
**Die Piccolomini.**

**Deutsche Konzert-Hallen.**  
 An der Spandauer Brücke 3.  
 Vollständig neu ausgestattet!  
 Täglich:  
 Gr. internationale Künstlerkonzerte. × Theater-Abteilung.  
 Spezial-Ausschank der Berliner Bock-Bräuerei.

**Arbeiter-Bildungs-Schule.**  
 Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links II.  
**Schulplan für das I. Quartal 1905.**

Unterrichtsfach	Behandelter Lehrstoff	Lehrer	Unterrichtstag
Nationalökonomie	Theoretische Nationalökonomie, II. Teil. (Wiederholung d. Grundbegriffe — Kapital, Mehrwert, Arbeitslohn — die Tendenz der kapitalistischen Entwicklung.)	Schriftst. Max Grunwald	Montag
Geschichte	Die Geschichte der Neuzeit bis zur französischen Revolution. (Der Umschwung im Völkerleben durch die großen Entdeckungen und Erfindungen: Buchdruckerkunst, Entdeckung Amerikas und des ostindischen Seeweges; die neue Naturwissenschaft — Die Folgen der Kirchenspaltung und Reformation. — Die europäischen Wirren während des 30jährigen Krieges. — Die Zeit der Aufklärung und die Vorbereitung der französischen Revolution.)	Schriftsteller Dr. Maurenbrocher	Dienstag
Natur-Erkenntnis	Entwicklungsgeschichte der Lebewesen. (Das organische Leben. — Der Ursprung des Lebens auf der Erde. — Die Grundtatsachen der Entwicklung der organischen Welt. — Die ältesten Spuren organischen Lebens auf der Erde. — Das erste Auftreten der Wirbeltiere auf der Erde. — Im Farnwald der Steinkohlenseit. — Das erste Auftreten der Säugetiere auf der Erde. — Das Zeitalter der Fische. — Die Kreidezeit. — Die Tertiärzeit. — Die Eiszeit. — Die ersten Menschen.)	Schriftst. M. H. Baego	Mittwoch
Gesetzeskunde	Die Verfassung des Deutschen Reiches. (Wesen und Entwicklung des Staates. Die Staatsformen, Staat und Recht, das Staatsrecht. — Die Entwicklung von Recht und Staat in Deutschland. Das alte Reich und seine Auflösung. Einheits- und Verfassungskämpfe. Die Reichsverfassung von 1849. Die Entstehung des Deutschen Reiches. — Grundlagen der Reichsverfassung. Das Wesen des Bundesstaates. Der Souverän des Reiches. Bundesrat und Kaiser. Die Staatsbürgerrechte. Staatsangehörigkeit, Freizügigkeit, Wahlrecht. — Der Reichstag. Die Reichsgesetzgebung. — Die innere Verwaltung des Reiches. Reichskanzler und Reichsämter. — Heer und Flotte. Die Militärgesetzgebung. — Die Reichsfinanzen. Steuer- und Zollgesetz. — Die Reichsbetriebe (Reichspost usw.). — Das Reichsland Elsaß-Lothringen. — Die völkerrechtliche Stellung des Reiches, die Schutzgebiete. — Die Entwicklung der Reichsgesetzgebung. — Das Reich und die nationalen Ideen. — Das Reich und die Sozialpolitik. — Die Sozialdemokratie und das Reich.)	Schriftsteller Simon Katzenstein	Donnerstag
Rede-Uebung	Uebungen in mündlicher Rede und im schriftlichen Aufsatz.	Schriftst. Dr. Maurenbrocher	Freitag
Fortschr.-Kursus in Nationalökonomie	Staatswissenschaftliche praktische Uebungen. (Die neuen Handelsverträge.)	Schriftst. Max Grunwald	Sonntag

Der Unterricht beginnt in **Nationalökonomie** Montag, den 16. Januar; **Geschichte** Dienstag, den 24. Januar; **Natur-Erkenntnis** Mittwoch, den 18. Januar; **Gesetzeskunde** Donnerstag, den 19. Januar; **Rede-Uebung** Freitag, den 27. Januar; **Fortschrittskursus** Sonntag, den 22. Januar.  
 Jeder Kursus erstreckt sich auf zehn Abende und beginnt pünktlich um 9 Uhr und endet pünktlich um 11 Uhr.  
 Die reichhaltige **Bibliothek** ist an diesen Abenden von 8 bis 9 Uhr geöffnet.  
 Die Sonntagskurse beginnen pünktlich vormittags um 10 Uhr. Der Mitgliedsbeitrag beträgt pro Monat 25 Pf.; das Unterrichtsgeld für jedes Fach beträgt pro Kursus 1 Mark und ist spätestens am zweiten Abend zu zahlen.  
 Der erste Abend jedes Kursus steht jedermann zum unentgeltlichen Besuche frei.  
 Die Aufnahme neuer Mitglieder und Schüler erfolgt am besten bei Beginn jedes Kursus im **Schullokale Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, Hof links 2 Tr.**, und in nachstehenden Zahlstellen: **Gottfr. Schulz**, Admiralstraße 40a; **Reul**, Barnimstraße 42; **Vogel**, Demminerstraße 32; **Krause**, Müllerstraße 7a; **Horsch**, Engel-Ufer 15.  
 Alle Zuschriften sind an den Vorsitzenden **Hermann Lammé**, Berlin SW. 47, Hornstr. 20, Querg. II, Geldsendungen an den Kassierer **H. Königs**, Berlin S. 59, Hasenheide 55, zu senden.  
**Der Vorstand.**

**Fellow Cigaretten**  
 2-5 Pf.

**Zirkus Schumann.**  
 Um 9 1/2 Uhr: Sensationeller Erfolg!  
 Zum 33. Male:  
 Die große, mit feinsten Pracht inszenierte Schumannsche Ausstattungs-Pantomime  
**Eine Nordlandreise.**  
 Im Strahl der Winternachtsstern.  
 Komisch-phantastische Pantomime in 7 Akten.  
 Besonders hervorzuheben: Im ewigen Eis. Die Bewohner des Nordpols. Die nordische Bos (Sänes-Orfan) u. Die märchenhaft-schöne Schlussszene.  
 Vorher: Die vorzüglichsten Programm-Nummern:  
 Direktor Albert Schumanns anerkannt unerreicht satehend  
**Original-Dressuren**  
 und  
**Der urkom. Original-Klown Jan Clermont**  
 mit sein. auf Kommando trübenden Gähnen, klavierpielendem Pudel usw. usw.

**Zirkus Busch.**  
 Die beiden Phänomene  
**Sisters Amalia-Léonora.**  
**Katharina II.**  
 Die Löwenbraut  
**Miss Claire Heliot**  
 und die vorz. Programmnummern.

**Palast-Theater**  
 Burgstr. 22, früher Feen-Palast.  
 Das epochemachende Januar-Programm.  
**! 14 Schaumnummern I. Ranges!**  
 9 Uhr. Ein Riesen-Lacherspiel!  
**Ein Allermweltsmädel.**  
 Zuerst mit Gesang u. Tanz v. Braune.  
 Freitag, d. 27., Elite-Vorstellung:  
**Leonore.**  
 Vaterländisches Schauspiel in 4 Akten von Karl v. Hofel.  
 Vorzeiger dieser Annonce zahlen wochentags die halben Kassenpreise.  
 Anfang 8 Uhr. Eröffnung 7 1/2 Uhr.  
 Entree 50 Pf.

**Sanssouci.**  
 Rollbühne Tor — Stat. der Hochbahn.  
 Heute Dienstag 8 Uhr. M.:  
 × **Mutterregen.** ×  
 Mittwoch 8. 1. Male:  
 × **Kein oder Gente und Leidenschaft.**  
 Schauspiel in 5 Akten.  
 Sonntag, Montag, Donnerstag:  
**Hoffmanns**  
 Norddeutsche Sänger  
 u. Tanzkränzchen.

**Herrnfeld-Theater.**  
 Der  
**Herrnfeld-Schlager**  
 mit seinen härmlich bejauelten Situationen  
**Prinz Levy in Ahlbeck**  
 Schwanz in 3 Akten mit den Autoren in den Hauptrollen.  
**Magnus Prinz Levy:**  
**Donat Herrnfeld.**  
**Anton Herrnfeld.**  
 Anf. 8 Uhr. 8 Urvorverk. 11—2 Uhr.

**Skala-Theater.**  
 Eichenstr. 132 (a. d. Friedrichstr.)  
**Sensationelles Programm!**  
**Die Dame von Maxim.**  
 Hofe mit Gesang in einem Akt.  
 30 international. Spezialitäten.  
 Anfang 7 1/2 Uhr.  
 Vor der Vorstellung: Konzert.

**Ein praktisches, billiges und hervorragendes Gelegenheitsgeschenk ist unstreitig meine weltberühmte Rasiergarnitur No. 2712**

Fein polierter Holzkasten, verschließbar, mit verstellbarem Rasier Spiegel, enthält sämtl. — Rasierutensilien: —  
 1. Sicherheits- Rasierapparat mit Anleitung;  
 2. einen guten Streichriemen;  
 3. eine Dose Schmirgelmasse;  
 4. eine Dose antisept. Rasierseife;  
 5. einen Rasierpinsel;  
 6. eine vern. Rasierschale.  
 Alles zusammen in Ia. Qual.  
**nur 3 M. geg. Nachn.**  
 Auf Wunsch liefere ich diese Garnitur mit Ia. Silberstahl-Rasiermesser unter der No. 2713 auch zum Preise von nur M. 3.—, No. 2714 und No. 2735, dieselben Garnituren in imitiertem Lederkarton ohne Spiegel, erstere mit Sicherheits-Rasierapparat, letztere mit Ia. Rasiermesser, kosten nur M. 2.50. — Alle meine Rasiermesser und Sicherheits-Rasierapparate sind fertig zum Gebrauch.  
 Porto 50 Pf., bei Aufträgen von 10 M. an portofrei.

**Große Auswahl in Haarschermaschinen**  
 schon von Mark 3,50 an.  
 Preisliste, über 6000 Gegenstände, auf Wunsch unsonst, portofrei und ohne Kaufzwang.

**Engelswerk C. W. Engels**  
 Foche bei Solingen.  
 Garantie-Stahlwarenfabrik u. Versandgeschäft  
 Engels-Mark. Größtes Stahlwaren-Versand-Geschäft überhaupt.  
 Einziges Versand-Geschäft mit wirklichem Fabrikbetrieb hier in Foche.  
 — Größtes Warenlager im Solinger Industrie-Bezirk. — Eigene Reparaturwerkstätte. — Reparaturen (auch solcher Waren, die nicht von mir bezogen worden sind) werden prompt und unter billigster Berechnung ausgeführt. — Versand nur per Nachnahme. — Nichtgefallendes wird noch nach 30 Tagen zurückgenommen und der Betrag zurückgezahlt. — Also weitestgehende Garantie.

Wird von einer Konkurrenz hin und wieder mal ein Artikel als Lockmittel zu einem billigeren Preise angeboten, als er in meiner Preisliste verzeichnet ist, dann ist dieser Artikel vom gleichen Tage ab bei mir zum gleichen Preise zu haben. Man hüte sich aber vor Täuschungen, denn in den meisten Fällen handelt es sich um minderwertige Ware. Für die gute Qualität meiner Waren leiste ich weitestgehende Garantie.

Der Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Paul Böttner, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW.